



HoF Wittenberg -
Institut für Hochschulforschung
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg e.V.

5 '03

ARBEITS BERICHTE

Hansgünter Meyer (Hg.)

Hochschulen in Deutschland:
Wissenschaft in Einsamkeit
und Freiheit?

Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003

Hansgünter Meyer (Hg.): Hochschulen in Deutschland. Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003 (HoF-Arbeitsberichte 5'03). Hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 2003. 79 S. ISSN 1436-3550.

Das Heft enthält die Beiträge einer Veranstaltung, die auf Initiative des Berliner Vereins für Wissenschaftssoziologie und -statistik (WiSoS e.V.) im Juli 2003 Wissenschaftsforscher, wissenschafts- und hochschulpolitische Experten sowie vom Umbau der Universitäten auf allen Ebenen Betroffene zusammenführte. Beabsichtigt war nicht eine Positionsbestimmung zu aktuellen Belangen der Berliner hochschulpolitischen Situation, obgleich diese in ihrer Dramatik natürlich als Gesprächsstoff gegenwärtig war, sondern das Sichtbarmachen langfristiger Linien und immanenter Erfordernisse der Entwicklung der deutschen Hochschulen und Universitäten. Zu einer Diskussionsgrundlage, die vom Vorsitzenden des WiSoS e.V., Prof. Hansgünter Meyer, vorgelegt wurde, trugen zunächst die Podiumsteilnehmer, die Professoren Klaus Fuchs-Kittowski, Reinhard Kreckel, Jürgen Kocka und Staatssekretär Dr. Peer Pasternack, Statements vor und gaben damit den Auftakt zu einem mehrstündigen Disput. Die Bandbreite der Beiträge erstreckt sich von der Rolle der Universitäten für das Niveau von Kultur und Bildung der Gesellschaft bis hin zu den Implikationen von Patentrecht, Verwertungszwängen und Studiengebühren. Im Mittelpunkt der Aussprache standen die künftige Geltung der Humboldtischen Universitätsidee, eine mögliche privatrechtliche/marktwirtschaftliche Verfassung der Hochschulen, ihre scheinbare bzw. wirkliche Überlastung mit Lehrverpflichtungen, Umfang und Ursachen des Studienabbruchs, die Hochschulbildung als Berufsbildungsstandard für mehr als ein Drittel der Heranwachsenden und deren Bedeutung als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit, der Humboldtsche Begriff des Kulturstaates und sein Interesse an Wissenschaft und Forschung sowie ethische und staatsrechtliche Tabus, mit denen Wissenschaft und Forschung konfrontiert sind.

This volume contains presentations of a conference initiated by the *Berliner Verein für Wissenschaftssoziologie WiSoS e.V.* (Berlin Society for Sociology of Science). Held in July 2003, the conference brought together science studies, experts on science and higher education policies as well as subjects of higher education change. The conference did not aim at developing a position on the current situation of higher education in Berlin. Rather, it addressed long term trends and imminent imperatives for the development of German higher education institutions. Based on a discussion paper authored by Hansgünter Meyer, chairman of WiSoS e.V., Klaus Fuchs-Kittowski, Reinhard Kreckel, Jürgen Kocka, and Under-Secretary of State Peer Pasternack, launched the debate with their statements. Topics ranged from the role of universities for the societal level of culture and education to implications of patent law, imperatives to utilize science, and tuition fees. The discussion then focussed on the future shape of the Humboldtian idea of university, the possible privatization of higher education institutions, its capacities for teaching, causes and scope of student dropouts, higher education as a means for social equality, the Humboldtian terminology in general, and ethical as well as juridical questions for research.

HoF Wittenberg dokumentiert die Veranstaltung des WiSoS e.V. Berlin mit Dank an den Vereinsvorsitzenden und Hauptinspirator des Gesprächs am 2. Juli 2003, Prof. Dr. Hansgünter Meyer, für sein langjähriges Engagement als Mitglied des Trägervereins von HoF Wittenberg zum Wohle des Instituts.

Inhalt

<i>Hansgünter Meyer</i> : Eröffnung und Begrüßung.....	5
<i>Konrad Umlauf</i> : Begrüßung durch den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Bibliothekswissenschaften.....	8
<i>Hansgünter Meyer</i> : Vorstellung der Akteure.....	9

Statements

<i>Hansgünter Meyer</i> Über Humboldt hinaus geht nicht	10
<i>Reinhard Kreckel</i> Handlungsoptionen für deutsche Hochschulen im Globalisierungskontext.....	16
<i>Peer Pasternack</i> Richtung und Klarheit. Plädoyer für eine empirisch gestützte Hochschulpolitik	22
<i>Klaus Fuchs-Kittowski</i> Humboldts Grundideen sind und bleiben unverzichtbar.....	26
<i>Jürgen Kocka</i> Die Vielfalt universitärer Agenda: Demokratische Bildungs-Instanz, Humboldtsches Wissenschaftsideal, Effizienz und Qualität in Forschung und Lehre.....	31

Die Diskussion

<i>PD Dr. sc. Heinrich Parthey</i> : Über unzureichende Mittel; Aktuell: Mischfinanzierung	37
<i>Prof. Hansgünter Meyer</i> : Kapazitätswellen der industriellen F&E	40
<i>Prof. Hubert Laitko</i> : Die KWG und fiskalische Zurückhaltung; Defizite in der Wissen- schaftsforschung; Paradigmen der Hochschul-Kontroverse; Wieviel Unikalität?	41
<i>Prof. Werner Meske</i> : Humboldtsche Idee und Universitäten heute; Konsequenzen des Wissenschaftswachstums; Bildungsexpansion und -ausdifferenzierung	45
<i>Staatssekretär Dr. Peer Pasternack</i> : Überlast und Studienabbrecher, Hochschul- bildungsfunktion und das Verhältnis von Hochschule und Wirtschaft.....	50
<i>PD Dr. Heinrich Parthey</i> : Wissenschaft und Risiken.....	52
<i>Dr. Lothar Dünkel</i> : Innovationsdefizite – Patente an Hochschulen?.....	54
<i>Prof. Hansgünter Meyer</i> : Das doppelte Spinn-off der Forschung	55
<i>Prof. Reinhard Kreckel</i> : Logiken der Wissenschaftspolitik.....	57
<i>Prof. Klaus Fuchs-Kittowski</i> : Eigentum – Wissen – Forschung	59
<i>Prof. Hansgünter Meyer</i> : Humboldt und Kulturstaatlichkeit.....	60
<i>Dr. sc. Rudolf Welskopf</i> : Ein Gesprächsbeitrag in Thesen: Zur Rolle der Hochschulen in Innovationszyklen	63
<i>Dr. habil. Annedore Schulze</i> : Staat und Wissenschaftsethik.....	66
<i>Prof. Hansgünter Meyer</i>	66

Zu Protokoll gegebene Beiträge

<i>Lothar Dünkel</i> : Hat Innovation etwas mit Evolution zu tun?	68
<i>Andreas Keller</i> : Hochschulen in den Fängen des Marktes. Perspektiven des Zugangs zu Forschung und Lehre im 21. Jahrhundert	72
<i>Marcel Lepper</i> : Krise als Chance – die Stunde der Erkenntnisinteressen	77
Verzeichnis der Autoren und Vortragenden.....	80

Eröffnung und Begrüßung

Hansgünter Meyer

Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit?

Mit dem *Einschwenken des Reform-Diskurses* an und über die deutschen Universitäten und Hochschulen (fast zeitgleich und immer enger verflochten mit komplementären Entwicklungen in vielen europäischen Ländern, die z.B. auch den Bologna-Prozess ausmachen) in ihre Ausrichtung als Akteure eines neuen, weltweiten Bildungsmarktes, assoziiert mit Evaluierungs- und Akkreditierungs-Procedere, Qualitätsbestimmungen, Benchmarking, Exzellenz- und Effizienz-Analysen u.ä. Erfolgsvariablen, ist eine Wende in der deutschen Hochschul- und Entwicklungsgeschichte eingetreten.

Diese Entwicklungen sind engverzahnt mit dem Sparkurs, den der Fiskus und die deutsche Wissenschaftspolitik betreibt, eine Facette der allgemein rückläufigen Haushaltsaufwendungen in Staat, Länder und Kommunen, aus der sich ganz spezifische Reformbestrebungen ableiten: Es sollen nicht nur neue Höhen wissenschaftlichen Aufstiegs erreicht werden, sie sollen nicht nur im Aufwand-Erfolgs-Verhältnis effizienter sein als je zuvor, sie sollen vor allem mit einem für Forschung und Lehre absolut verringerten Volumen aufzuwendender Ressourcen erzielt werden, präferiert von der Verringerung des Personals.

Das traditionelle Verständnis von *Erfolg* an deutschen Universitäten war die wissenschaftliche Invention und Innovation, die Hervorbringung von Problemen und Problemlösungen in den Frontbereichen des fortschreitenden menschlichen Wissens, genauer, des wissenschaftlichen Wissens. Der Erfolg war *kognitiv* bestimmt. Nach der jetzt eingetretenen Zäsur ist der Erfolg, seine kognitiven Grundlage vorausgesetzt und unterstellt, sowohl kosten- wie *anwendungsbestimmt*, wird nicht länger generativ als fortschreitendes Wissenschaftswissen, sondern finalistisch und utilitaristisch definiert: brauchbar, aber kostengünstig.

Seit es institutionalisiertes wissenschaftliches Denken gibt, bewegte es sich prinzipiell in höchsten Qualitätsstandards: neue, „Horizonte überschreitende“, zuverlässige Erkenntnisse zu gewinnen, zuverlässig, außer dass sie ‚wahr‘ sind, auch dahingehend, dass man sie ‚gebrauchen kann‘. Irrtümer und Fehlentwicklungen eingeschlossen, wurde die Wissenschaft so zum größten Erfolgsunternehmen der Menschheit.

Das vielfach kontrovers erörterte Problem der Hochschul-Reformen ist also nicht die Heranziehung von Qualitäts- und Utilitäts-Kriterien, und deren Kritik, sondern die darin steckende Verkehrung des wissenschaftstheoretisch gesicherten primären Zusammenhangs: von den Qualitäts- und Utilitäts-Kriterien wird erwartet, dass sie die Invention und Innovation voranbringen, statt anzunehmen, dass aus dem Inventions- und Innovationsprozess die kognitiven und intellektuellen Ressourcen hervorgehen, die Anwendbarkeit und Erfolg gewährleisten.

Zudem handelt es sich bei den neuen Utilitäts-/Anwendungs-Erfolgen, die in Rede stehen, primär um fiskalisch verträgliche und insbesondere marktwirtschaftlich erzielte Effekte; eine quasi neue Umsetzungs-/Funktionsebene gänzlich wissenschaftsfremder Art. Die Frage ist

nun, warum erwartet man (eine maßgebliche Fraktion des Reformlagers) gerade von daher den entscheidenden qualitativen Effekt wissenschaftlicher Tätigkeit? Weil man seit Jahrzehnten, genauer, seit dem Aufkommen der „Massenuniversitäten“ Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts, den wissenschaftsendogenen, autokatalytischen Antrieb der Kognition und ihrer Verwertung nicht traut, sondern auf externe Kräfte setzt, auf steuernde Zwänge, durch Ressourcenverknappung einerseits und den „Accumulative Advantage“ (de Solla Price) der marktwirtschaftlich erweiterten Ressourcenzuführung andererseits.

Als Grund wird häufig angegeben, dass die herkömmliche Alimentierung der Hochschulen durch öffentliche Mittel ihre Selbständigkeit und Effekte der Selbstorganisation einschränkt. Die marktwirtschaftlich fundierte bzw. teil-finanzierte Hochschule dagegen könne weitergehende Autonomie erlangen und von administrativen oder auch bürokratischen Bevormundungen entbunden werden. Anstelle der eingeschränkt agierenden Hochschule als staatliche Einrichtung können effizientere Trägerschaften entstehen: Stiftungen, Unternehmen von Konsortien, Kapitalgesellschaften, Vereine usw. Damit könne, soweit nötig, eine gewisse lenkende Oberaufsicht des Staates verbunden werden.

Die staatliche Alimentierung könnte, so diese Reformakteure, auf 50% der Gesamtkosten der Hochschulen zurückgenommen und der andere Teil durch marktwirtschaftliche Einkünfte aufgebracht werden. Wenn man auf einige wenige Spitzenuniversitäten setzt, könnten Haushalte von beträchtlicher Größe entstehen, die die bisherige öffentliche Alimentierung weit überschreiten. Zwar würden nicht so schnell Kapitalfonds von der Größe Havards entstehen (30 Mrd. \$ Stiftungskapital), aber es ließe sich eine solche nach oben offene Entwicklung einleiten. Damit wären dann internationale Spitzenleistungen in Forschung und Lehre möglich, die auf traditionellem Wege nicht mehr erreicht werden könnten.

Mit einer solchen Option, faktisch einen neuen Jahrhunderttyp von Universitäten und Hochschulen zu schaffen, verabschieden sich die deutschen Hochschulen von der Humboldt-Universitätsidee. Die Entwicklung, so heißt es, geht über Humboldt hinaus.

Um den wirklichen Drehpunkt dieser Kontroverse zu bestimmen, könnte (und sollte) man jedoch dem aphoristisch entgegensetzen, dass solche Entwicklungen bloß an Humboldt vorbeigehen. Damit soll nicht gesagt werden, deutsche Hochschulen sollten nicht den Versuch machen, sich zu kapitalstarken Korporationen zu entwickeln. In der heutigen Welt des Turbo-kapitalismus und der Globalisierung bringt eine hohe Kapital-Liquidität bedeutende Vorteile.

Die Monetarisierung/Kapitalisierung von Wissenschaft und Hochschulen ist jedoch eine Art Ritt auf dem Tiger. Die Essentials der Wissenschaftsentwicklung verlagern sich von Kognition, Bildung, Kultur auf die Ökonomie. Das Gefährliche einer solchen Wende ist, dass ihre negativen Folgen für die gesellschaftliche Moderne, die eine *Wissens- und Kultur-Moderne* ist oder die nicht ist, schwer abzusehen und kaum einsichtig zu beschreiben sind.

Sicher ist zunächst, dass der Wissenschaftsfortschritt per se dezidiert ökonomische Strategien konterkariert. Forschungs- und Bildungsansätze ohne Utilisierung werden unter Ressourcendepavation geraten, ständig Objekte sparpolitischer Attacken sein und durch den allgegenwärtigen Mertonschen Matthäus-Effektes ins Abseits geraten. Die Quellen von Invention und Innovation im Wissenschaftswissen werden spärlicher fließen. Wie schon gehabt und wie oft kritisch angemerkt, werden Stagnationstendenzen wirksam, die aus der rückwärts-

wandten Bevorzugung bereits erfolgreich genutzter technisch-ökonomischer Problemlösungen resultieren.

Aber dabei bleibt es nicht, die ohnehin in Gang befindliche Erosion der Kulturkomponenten von Bildung und Wissen, die Abminderung ihrer Bedeutung in der Politik wie im Alltagsverhalten wird zunehmen. Der PISA-Effekt, oft als ein primär schul-didaktisches Problem missverstanden, in Wirklichkeit eine Folge der Wertminderung von Bildung und Kultur in Politik und Alltag, wird nicht nur nicht behebbar sein, er wird sich vertiefen.

Die Humboldtsche Universitäts-Idee war der Schlussstein eines für nötig erachteten charismatischen Kulturaufbruchs von historischer Größe. Bei Humboldt heißt es über die Universitäten, sie seien der „Begriff der höheren wissenschaftlichen Anstalten, als des Gipfels, in dem alles zusammenkommt, was unmittelbar für die moralische Cultur der Nation geschieht, (er) beruht darauf, dass diese bestimmt sind, die Wissenschaft im tiefsten und weitesten Sinne des Wortes zu bearbeiten und als einen nicht absichtlich (d.h. auf Anwendungszwecke ausgerichtet, d.V.) aber von selbst zweckmäßig vorbereiteten Stoff der geistigen und sittlichen Bildung hinzugeben“ (d.h. zuzuführen).¹

Seine berühmte und vielfach missverstandene Formel von der „Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit“ meint nichts, als dass, unbeeinträchtigt von den äußeren politischen und ökonomischen Verhältnissen, die Wissenschaft diesem Credo nachgehen kann. Dass sie Erkenntnisse der Erkenntnisse wegen anstreben kann und Wissen der Kultur und höherer Bildung wegen. Dass sie dabei die Verpflichtung auf sich nimmt, moderne Maßstäbe von Effizienz, Exzellenz und Qualität einzuhalten, ist eine wissenschaftliche Selbstverständlichkeit.

Es ist nicht realistisch, eine Reorientierung aller Hochschulen auf die „reine“ Humboldt-Idee anzustreben und die zunehmende marktwirtschaftliche Einbindung heutiger Wissenschaft zu ignorieren. Doch wäre es wünschenswert, dass die Mehrzahl der deutschen Universitäten sich der Humboldt-Idee verpflichtet fühlten, dass die öffentlichen Mittel dazu ausreichen, damit sie diesen Zielen, dieser Denkweise nachgehen und sie angemessen praktizieren können. Vor allem aber soll man die deutschen Universitäten nicht drängen oder gar zwingen, Traditionen aufzugeben, die sie 200 Jahre lang verfolgt haben und mit denen sie Weltgeltung erlangten. Umgekehrt, wenn eine Universität, z.B. durch Umwandlung in eine Stiftung, erfolgreich den Weg zum wissenschaftlichen Erfolg auf kapitalwirtschaftlicher Grundlage eingeschlagen hat, sollte man sie dabei nicht behindern.

Hochschulen, die sich nicht dezidiert als klassische Universitäten verstehen, sollten sich nach den ihnen am geeignetsten erscheinenden eigenen Maßgaben bilden und umbilden dürfen.

Die sog. Krise der deutschen Universitäten besteht nicht darin, dass sie in Mittelmaß und Leistungsschwäche versandet sind, wie manche ihre Kritiker behaupten. Sie besteht darin, dass sie, innerlich zerstritten und verunsichert, nicht wissen, was sie tun sollen um sich zu reformieren, bzw. dass sie seit langem nicht die Mittel haben, das zu verwirklichen, was zu tun sie als richtig erkannt haben. Was wir benötigen, ist eine Humboldtsche Katharsis der Reform-Kontroverse.

¹ Wilhelm v. Humboldt: Werke in fünf Bänden, hg. von Andreas Flitner/Klaus Giel, Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin 1964. Bd. IV, S. 255.

Das von WiSoS angeregte Gespräch versucht beizutragen, den seit Jahrzehnten kontrovers und mit vielen Errata belasteten Gesprächsstoff zur Hochschulreform, nicht nur auf Humboldt angemessen zu reorientieren, sondern auch im Humboldtschen Verständnis von Zeitverhältnissen und geistigem Impetus die Fragen richtig zu stellen und sie von überkommenen Verirrungen und Einseitigkeiten zu entlasten.

Begrüßung durch den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Bibliothekswissenschaften

Konrad Umlauf

Prof. Umlauf drückt seine Genugtuung aus, dass das Institut für Bibliothekswissenschaften der Humboldt-Universität die Gelegenheit hat, Gastgeber dieser Veranstaltung zu sein, die sich mit aktuellen Problemen der Humboldtschen Universitätsidee und den anstehenden Reformen im deutschen Hochschulwesen beschäftigen wird. Er fährt dann fort:

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um zu dem Raum, in dem Sie hier tagen, ein Wort zu sagen. Sie kennen, denke ich, den Verleger Klaus Gerhard Saur, den Inhaber des bedeutendsten Bibliotheks- und Informationswissenschaftlichen Verlages im deutschsprachigen Raum. Herr Saur ist an unserem Institut passenderweise seit langen Jahren Honorarprofessor - und umgekehrt fanden wir es sehr passend, dass Herrn Saur eingefallen ist, die Produktion seines Verlages vollständig an unserem Institut zur Verfügung zu stellen. Das ist die Umgebung, in der Sie sich hier befinden. Herr Saur war so großzügig, darüber hinaus noch einen nicht unerheblichen Teil seiner privaten antiquarischen Bibliothek, die zu einem großen Teil aus Bibliographien und älteren bibliothekswissenschaftlichen Publikationen besteht, zu spenden. Sie sehen nicht alles, was Herr Saur uns überlassen hat, sie sehen nur die Bücher. Die CD-Roms und Mikrofiches, die die Schränke füllen, sehen Sie nicht und die Online-Angebote sind noch weniger sichtbar. Ich denke, dass gerade ein solcher Hintergrund, eine solche Umgebung, Ihr Gesprächsvorhaben beflügeln kann und wünsche Ihnen dafür einen guten Verlauf.

Die Akteure

Prof. Meyer:

Sehr geehrter Herr Professor Umlauf, ich danke Ihnen und den Mitarbeitern Ihres Institutes für die Gastfreundschaft und die wirksame Unterstützung, die Sie uns gewähren, und verbinde damit auch herzlichen Dank an alle für Ihr Kommen, für Ihr Interesse an dem anstehenden Gesprächsstoff, den WiSoS e.V. Ihnen mit der Einleitung offerierte.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun meinerseits die Herren vorstellen, die hier die Gesprächsführung übernehmen, aber ich würde wünschen, dass sich nach den vorgesehenen Statements die Reden auflösen in ein Gespräch, an dem viele teilhaben.

Natürlich habe ich mir überlegt, in welcher Reihenfolge man Sie vorstellt und verfähre, wie bei wissenschaftlichen Veranstaltungen üblich, nach der Sitzreihe:

Herr Prof. **Jürgen Kocka** – Präsident des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), eine der renommiertesten Institutionen unter den Top-Ten der europäischen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen.

Herr Prof. **Reinhard Kreckel** – Professor für Soziologie an der MLU Halle Wittenberg, Direktor des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg, An-Institut der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg (HoF), ein Institut, das zu den vielbeschäftigten und weithin gehörten deutschen Hochschulforschungsanstalten gehört.

Herr Dr. **Peer Pasternack** – Staatssekretär für Wissenschaft im Senat des Landes Berlin, ein Mann mit ausgewogenen und vorteilhaften Ansichten über Universitäten und Hochschulen, der unverdientermaßen den schwierigsten Job hat von uns allen hier, diese universitären Schwerlasttanker leidlich heil durch die fiscalischen und politischen Klippen zu bringen.

Herr Prof. Dr. **Klaus Fuchs-Kittowski** – als Informatik-Wissenschaftler akademischer Prototyp des Informationszeitalters, Althumboldtianer, wohlgeschätzt als Landesvorsitzender des Verbandes für Hochschule und Wissenschaft (VHW-Berlin) und zugleich aktiv in der Leibniz-Sozietät e.V., die das als wissenschaftliche Gesellschaft neubegründet hat und erfolgreich fortsetzt, was nie wirklich beendet oder aufgelöst worden war.

Meine Damen und Herren, zum Procedere des Nachmittags oder frühen Abends, wie Sie wollen: Wie Sie unschwer feststellen konnten, wollten die Veranstalter keine spektakuläre hochschulpolitische Protestveranstaltung, sondern ein fachlich-theoretisch wie fachlich-politisch ergiebiges Gespräch, das der in Gang befindlichen Reform-Kontroverse, von der schon mancher Diskutant meinte, dass eigentlich alles gesagt ist, doch noch den einen oder anderen Gedanken zum akuten Stand der Dinge hinzufügt. Und wir möchten ein solches Ergebnis natürlich in die Fachliteratur einspeisen. Uns kommt es sehr darauf an, keine ausgefeilten Zeitschriftenartikel zu publizieren, sondern den lebendigen Verlauf eines Gesprächs den interessierten Lesern inhaltsgetreu zu übermitteln.

Statements

Über Humboldt hinaus geht nicht²

Hansgünter Meyer

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zu Anfang unseres Gedankenaustausches einige Akzente setzen. Als wir vor Monaten im Institut für Hochschulforschung Wittenberg und bei WiSoS dieses Gespräch konzipierten, hatten wir keine Vorstellung, wie sich die Situation in kurzer Zeit verändern würde. Wir haben es jetzt weniger mit bloß spannenden Gesprächsthemen über kritische Punkte zu tun, als schon eher mit einer handfesten Krise an den Universitäten, mit ungewissem Ausgang, wobei die Berliner Situation keinesfalls bloß eine besonders dramatische regionale Extravaganz, sondern der offene Ausbruchs der eingetretenen Misslichkeiten ist, die in der Schärfe dem einen oder anderen Bundesland vorangehen (vgl. aktuelle Anmerkung und Dokumentation). Die Berliner Situation offenbart Probleme, die bei unterschiedlicher Dramatik, vielerorts stattfinden, manchmal bloß subcordan und manchmal als eher stille, aber bedenkliche Erosion. Die Situation in Sachsen z. B. ist nicht so viel besser – sie wird nur in die Länge gezogen und scheinbarweise gegessen. Sachsen-Anhalt hat sich offen zur bildungspolitischen Insuffizienz seines Haushaltes bekannt und man hat dort aus Mangel und Armut die Tugend gemacht, mit Wenigem wissenschaftliche Exzellenz hervorzu- bringen, wie wenig es immer sei.

Jetzt, wo überall ziemliche Aufregung herrscht, taucht schon die Frage auf, kann man, sollte man ein solches Gespräch wie unseres hier überhaupt führen? Was bringt es, was ändert es? Ist nicht schon alles gesagt? Mehrfach gesagt – und in endlosen Diskursen um- und umgedreht? Gibt es mehr als ein Dutzend unter den Tausenden deutscher Hochschul-Experten, die sich nicht scharfsinnig zum Thema geäußert hätten? Was wollen wir hier dem hinzufügen?

² Statement mit Dank und Widmung an meine Greifswald-Ladebower Studenten des Jahrgangs 1951/53, denen ich viel verdanke, auch die schaffensfrohe, inspirierte Verfassung, in der nach einem Treffen im Juni 2003 dieses Ms. kritisch durchgesehen und neu geschrieben wurde.

Mit *Peter Gutjahr-Löser*, dem Leipziger Universitätskanzler seit vielen Jahren, bin ich der Meinung, dass sich die Kontroverse schier unübersehbar verzweigt und ins Diffizile verstiegen hat, so dass man schon gewinnt, sie auf wenige wissenschaftswissenschaftliche Kernpunkte und auf das den Hochschulen Vernunftgemäße zurückzuführen.³ Das ist ein guter Voratz, an dem wir uns beteiligen können.

Dennoch, ganz abgesehen davon, dass es einfach ist, Leuten, die eine schwierige Arbeit machen, wohlfeilen Rat zu geben – was folgt dem? Ist nicht die Gesellschaft an eine Grenze angekommen, jenseits derer die Paradoxien umgehen, die leicht in verderbliche Risiken umschlagen können, nämlich, ausgerechnet beim Schritt von der Moderne in die Wissensgesellschaft, die ohne die Expansion von Hochschul- und Wissenschafts-Outputs nicht zu machen ist, fehlt es in essentiellen Größenordnungen an den dafür erforderlichen Ressourcen. Dabei ist die Lage noch immer so, wie Norbert Wiener sie am Ende seines Lebens charakterisierte, genauer, sie stellt sich noch dramatischer dar. Er fand, dass das Überleben der modernen Zivilisation mit Blick auf das 21. Jahrhundert von einer Reihe bedeutender Erfindungen abhängt, die erst noch gemacht werden müssen. Die Frage stellt sich heute, ob die Deutschen dann noch dabei sein werden.

Ogleich das deutsche Bruttosozialprodukt die Vier-Billionen-Grenze fast erreicht hat, fehlt es gleich an etlichen wichtigen Orten an Subsidienmitteln. Es geht schon nicht mehr bloß ums Sparen, sondern um das Herstellen völlig neuer Proportionen, in welchen die verschiedenen Lebensbereiche der Hochmoderne in Mindestgrößen mit dem Lebensnotwendigen versorgt werden. Das etwa ist die Lage.

Insofern stellt sich das Problem der Reformen an deutschen Universitäten und Hochschulen ganz anders dar, als noch vor einigen, sagen wir fünf bis zehn, oder 20 Jahren. Ging es zunächst um die Paradoxien der Gruppenuniversität, die sich nie auflösen ließen, dann um die Bemeisterung des neuartigen Phänomens und der einzelnen Symptome der Massenuniversität, unfreundlich ins Bild gesetzt als Studentenberg und etwas verächtlich als Assistenten-Universität, nahm die Kontroverse im weiteren die Spur auf, den seit je gewohnten und nun verlorenen Eliten-Status wiederzugewinnen – so gerieten wir danach in den 90er Jahren in den fiskalischen Sparzwang und in die Visionen der betriebswirtschaftlich verfassten Hochschulen.

Von diesem Prosenium aus war der Schritt fällig zur Umstülpung des überaus komplexen, systemvernetzten Innen und Außen, von Internem und Externem der Hochschulen: Verwertbarkeit von Wissenschaft ist nun nicht länger ein finaler Vorgang. Der Anfang ist vielmehr irgend *ein externer, technisch-wirtschaftlicher Ausgangspunkt*, von dem aus das wissenschaftliche Denken fortschreitet zu Forschungsideen und Projekten und zu welchen Externalitäten es dann zurückkehrt als zu der Prüfstelle, ob wissenschaftliches Tun den richtigen Sinn gehabt hat und die richtigen Ergebnisse. Wir ersparen uns künftig die langen Umwege zu wirtschaftlich undefinierbaren Forschungsfronten und gehen gleich daran, was sich praktisch als Problem anbietet, wissenschaftlich aufzulösen. Das Denken in richtigen Kategorien der Qualitätssicherung macht's möglich. Von der betriebswirtschaftlich verfassten Hochschule

³ Gutjahr-Löser, Peter: Warum Universitäten nicht wie Unternehmen organisiert sind, in: *Forschung & Lehre* 3/2000, S. 122ff

schreiten wir nunmehr folgerichtig fort zur marktwirtschaftlich verfassten. Der Anfang jeder Marktwirtschaft aber ist der zahlbare Bedarf.

Technische u.a. Innovationen sind folglich nicht länger die Anwendung von wissenschaftlichem Wissen auf externe Problemlagen, sondern Wissenschaft ist die Anwendung praktischer, externer Bedarfslagen auf eine bestimmte Art des Menschen zu denken, zu entdecken, zu erfinden.

Damit sind wir im Begriff, das bisherige Ufer zu verlassen, das den scheinbar unverrückbaren Baugrund für das kantische, das klassisch-neuhumanistische, das humboldtianische Wissenschaftsgebäude bildete, das wir gewohnt waren. Nun segeln wir los, wie weiland Kolumbus, in die ozeanischen Weiten der globalisierten Bildungs- und Forschungsmärkte. Die Gebirge wissenschaftlichen Wissens, das sich nicht zügig verwerten lässt, lassen wir hinter fernen Horizonten versinken. Marktkundige sagen uns, was gebraucht wird.

Sicher hat die marktwirtschaftliche Einbindung der Universitäten und Hochschulen zwei wünschbare Effekte: Sie erfordert und erbringt anpassungsweise Qualität. Ob sich aber z.B. die Qualität der Lehre wünschenswert steigert, wenn die Studenten Studiengebühren aufbringen müssen, bezweifeln viele. Ich auch. Die Befürworter verweisen auf Australien und Neuseeland und auf die USA – und was es Wunder bewirkt, wenn ein Studium den Studierenden, d.h. ihren Familien, an Spitzenuniversitäten 100.000 bis 200.000 \$ kostet. Hier wird, meine ich, ganz schlicht die Reihenfolge verwechselt, diese Universitäten waren bereits seit längerem Spitzenuniversitäten, ehe sie derart exorbitante Studiengebühren abforderten und erhielten. Nicht umgekehrt. Und was Australien und Neuseeland anlangt oder andere Universitäten der pazifischen Anrainer, so muss man deren bildungswirtschaftliche Erfolge vor dem Hintergrund der zahlreichen Vermögenseeliten in diesem Raum sehen, die für ihre Sprösslinge leicht renommierte Studienplätze ordern können, die zwischen 100.000 und 200.000 \$ wert sind. Selbst Russland, inmitten einer ungeheuerlichen Misere des zahlreichen ausgegliederten früheren Wissenschaftspersonals, hat solche (Privat-)Hochschulen für seine Vermögenseelite, die eines im Überfluss haben: Geld.

Der marktwirtschaftliche Druck, liest man ferner, werde das erreichen, was andere Verfahren nicht erreichen – oder nicht ausreichend. Es wird zu einer großen und wachsenden Rate von Spitzenleistungen in der Forschung kommen. Nun, es gibt m.W. eine ausreichende Menge wissenschaftswissenschaftlicher Literatur, auch in Form von Memoiren, die die Umstände beschreibt, wie in der Wissenschafts-Geschichte Spitzenleistungen, auch Leistungen von Jahrhundertbedeutung zustande kamen. Marktwirtschaftliche Komponenten spielten sicher auch manchmal mit, aber man kann sie doch wohl eher als marginal bezeichnen. Noch mehr, die Entdecker und Erfinder des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ahnten meist nicht im entferntesten, welche gigantischen Erträge ihre Arbeiten den gewerblichen Anwendern einbringen würden.

Leistungen der Kategorie hochrangige Exzellenz entstammen nicht einem marktwirtschaftlichen Kalkül und hochprofessionellem Management, sondern einer traditionsreichen, Spitzenleistungen tradierenden Wissenschaftskultur. Spitzenleistungen setzten exzellente Forschung voraus. Wie diese zustande kommt, ist mit drei Worten nicht gesagt, jedenfalls nicht primär durch Marktwirtschaft und modernes Management.

Eher schon hatte sie mit dem zutun, was Humboldt in der Kurzfassung als *Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit* bezeichnete, aber auch das ist nicht in drei Sätzen auf eine exegetisch ausreichende Langfassung zu bringen.

Voraussetzungen von Spitzenleistungen

Jedenfalls ist eine essentielle Voraussetzung für angestrebten Spitzenleistungen ein stabiles und hochkreatives Forschungsgeschehen, das von einer befähigten Gemeinschaft von namhaften Peers, von erfahrenen Mitarbeitern und hochtalentiertem Nachwuchs getragen wird. Selten liegen ihnen Robinsonaden zugrunde. Meist ist stabiles, mehrere Generationen einbindendes Forschungsdenken die Grundlage. Differenziertes Wissenschaftspersonal in einem sowohl geistigen wie arbeitsfunktionellen Zusammenhang.

Es ist wahrlich eine schon in die Jahre gekommene wissenschaftswissenschaftliche Erkenntnis, dass bedeutende Wissenschaftsleistungen auf der Einheit von kognitiven und sozialen Komponenten beruhen, also einer speziellen sozio-kognitiven Wissenschaftskultur entstammen, die nicht von heute auf morgen und schon gar nicht infolge eines darauf gerichteten praktikablen Managements entsteht.

Dazu gehört auch der Grundsatz der Einheit von Lehre und Forschung, und zwar in einem ganz bestimmten Sinnzusammenhang. Nicht dass aus der Forschung der Stoff für die Lehre gewonnen werden soll, wie einige Humboldt-Kritiker missverstehend unterstellen. Vielmehr ist die Forschung, universitätsgerecht entwickelt, jener vielgestaltige, technisch und methodisch zweckmäßig ausgestattete wissenschaftliche Arbeitsprozess, über den sich ein anspruchsvoller intellektueller und motivationaler Überbau erhebt, der die vielfältigen Voraussetzungen für Spitzenleistungen liefert. Bei Humboldt liest sich das so:

„Da die Universitäten ihren Zweck nur erreichen können, wenn jede soviel als immer möglich der reinen Idee der Wissenschaft (verpflichtet ist), so sind Einsamkeit und Freiheit ... die (vorherrschenden, d.V.) Prinzipien. Da aber auch das geistige Wirken der Menschheit nur als Zusammenwirken gedeiht – und zwar nicht bloß, damit einer ersetze, was dem anderen ermangelt, sondern damit die (erfolgreiche) Tätigkeit des einen den anderen begeistere und allen die allgemeine, ursprüngliche ... Kraft sichtbar werde, so muss die innere Organisation der ... Universitäten ein ununterbrochenes, sich immer selbst ... belebendes, ungezwungenes und (zweckfreies) Zusammenwirken hervorbringen und unterhalten.“⁴

Wenn man aber heute in Deutschland annähernd zwei Studenten je Studienplatz rechnet, wobei zu beachten ist, dass hier jeder noch erträgliche Durchschnittswert von unerträglichen Spitzenwerten flankiert wird, wenn zudem die der Zeit nacheilenden aufwendigen Veränderungen der Studiengänge vorrangig berufsbildenden Charakter haben, dann ist natürlich die Humboldt'sche Einheit von Lehre und Forschung – und damit die endogene Generierung von Spitzenleistungen in der Forschung mehr oder weniger beeinträchtigt. Eine von mir 1994/95 durchgeführte Befragung von Professoren naturwissenschaftlicher Fächer an fünf Universitäten (darunter Göttingen und die TU Dresden) ergab die einhellige Aussage, an der Lehre werde mit Arbeitsaufwand nicht gespart, alle die wissenschaftlich-produktive Zeit eines

⁴ Humboldt, Werke, a.a.O.

Professors (und eines Teils seiner Mitarbeiter) beeinträchtigenden Umstände führen dazu, dass Forschungsvorhaben zurückgeschnitten werden.⁵

Zudem muss man gelegentlich daran erinnern, dass wir in Deutschland bei fast 2 Mio. Studenten eine stabile Abbrecherquote, also eine Rate von Immatrikulierten, die ohne Examen das Studium abbrechen, von 30% haben, wovon wiederum die Universitäten am stärksten betroffen sind (in der Medizin bemerkenswerterweise nur 7%). Was für ein ungeheurer Kraftaufwand, der den qualitätsbildenden Kräften der Hochschulen allein dadurch verloren geht.

Weder haben wir die Gemeinschaft der Forschenden und Lehrenden im Humboldtschen Sinn, noch überhaupt ein ausreichend stabiles Teamwork der Forschenden, was wir haben, sind saisonal nach Drittmittel-Aufkommen zusammengesetzte Personalkapazitäten und eine durchaus beachtliche Menge von Förderprogrammen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, die aber zumeist einen ganz individuellen Zuschnitt und viel zu kurze Verweilzeiten für die Begünstigten aufweisen.

Wenn man das Problem von Forschung und Lehre in diesem Gesamtrahmen sieht, dann sind die Bedingungen für die Entwicklung von ca. 12.000 Spitzenkräften, die Deutschland als biologische (Teil-)Ersatzrate für seine 200.000 Forscher inkl. 40.000 Professoren jährlich braucht, davon mindestens 2.500 mit absoluten internationalen Spitzenbefähigungen, gerechnet nach der Lotka-Konstanten, ziemlich skeptisch einzuschätzen.

Alle Versuche, mit neuen bestakkreditierten und bestevaluierten Studiengängen, mit dualen und gestuften Ausbildungsregelungen, alle Schritte zur Professionalisierung der Lehrtätigkeit mit unseren besten Erfolgswünschen bedacht, sie sind für die eigentliche Frage der Genese von exzellenter Qualität in Forschung und Lehre nicht das Kernproblem.

Nun liest man in den Büchern und Zeitschriften, die sich mit der Krise der deutschen Hochschulen beschäftigen, dass man den Gordischen Knoten lösen kann, indem man endlich über Humboldt hinausgeht. Die Kritik von Uwe Schimank und Markus Winnes z.B. lautet: „Das Humboldtsche Muster hat sich ... für die Forschung an den deutschen Universitäten als hochgradig dysfunktional erwiesen.“⁶

Andere Aussagen – und nicht wenige – urteilen dem genau entgegengesetzt: während die Forschung international anerkannt sei, habe die Lehre in Deutschland nur regionale bzw. bilaterale Wertschätzung erfahren. Der erfolgreiche Forscher vom Humboldt-Typ sei eben selten auch der erfolgreiche Hochschullehrer. Ich sehe hier Mengen doppelter Missverständnisse, eine mißverstandene Humboldtsche Universitätsidee und missverstandene Dysfunktionen und Fehlentwicklungen in deutschen Hochschulen.

Ein letzter Satz: Man kann nicht über Humboldt, d.h. über den Bildungsidealismus und das Wissenschafts-Charisma der deutschen Neuhumanisten und der preußischen Bildungsreformer hinausgehen, wie jetzt von vielen Autoren gefordert wird, (ebenso wenig wie etwa Brechts literaturgeschichtliche Leistung darin besteht, dass er über Goethe hinausgegangen

⁵ Hansgünter Meyer: Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungssyndrom (WZB-Paper P 95-401), Berlin 1995

⁶ Uwe Schimank/Markus Winnes: Jenseits von Humboldt? Muster und Entscheidungspfade des Verhältnisses von Forschung und Lehre in verschiedenen europäischen Hochschulsystemen, in: Schimank/Stölting (Hg.): Die Krise der Universitäten (Leviathan – Sonderheft 20/2001), Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001, S. 295-325, hier S. 301

ist) – aber man ist oft beträchtlich an ihnen vorbei gegangen. Es bleibt nur, sich auf Humboldt zurückzuorientieren und die Frage zu stellen, was von den Idealen der Reformer 1800 bis 1815, deren Ideen, nicht ihre oft ganz unzureichende Umsetzung, *deren Ideen* einmal die Weltgeltung deutscher Wissenschaft begründeten – was davon unter heutigen Bedingungen verwirklicht werden kann – und wie man das macht. D.h., machen kann man es eigentlich gar nicht, man kann nur entsprechende, das heißt dahin tendierende autogenerative Vorgänge an den Universitäten und Hochschulen beobachten, sie entdecken, pflegen und zielstrebig fördern.

Handlungsoptionen für deutsche Hochschulen im Globalisierungskontext

Reinhard Kreckel

Ausgangslage

Wilhelm von Humboldts Namen wird in der heutigen hochschulpolitischen Diskussion viel strapaziert. Dabei geht es – wie in politischen Diskussionen üblich – meist *nicht* in erster Linie darum, was Humboldt in seiner Zeit wirklich gesagt, gedacht und bewirkt haben mag. Vielmehr wird Humboldts Nimbus gerne genutzt, um eigene Anliegen zu legitimieren. Daran möchte ich mich im Folgenden nicht beteiligen. Zum Humboldtschen Universitätskonzept möchte ich deshalb nur drei lapidare Anmerkungen machen und damit drei Merkmale beschreiben, die für die deutschen Hochschulen bis heute kennzeichnend geblieben sind:

- Seit Humboldts Zeiten waren und sind die deutschen Hochschulen – bis auf ganz unbedeutende Ausnahmen – *staatliche Hochschulen*. Insbesondere sind sie aus öffentlichen Haushalten finanziert, und sie unterliegen der staatlichen Rechts- und teilweise auch Fachaufsicht. Daran haben auch die neueren Initiativen zur Ausweitung der Hochschulautonomie wenig geändert.
- Das – mittlerweile grundgesetzlich verankerte – „Humboldtsche“ Prinzip der Forschungs- und Lehrfreiheit einschließlich der akademischen Selbstverwaltung ist somit immer eine *Freiheit in staatlichem Rahmen*, genauer gesagt: ein Privileg, das von staatlicher Seite gewährt und garantiert wird, aber auch beschnitten werden kann.
- Drittens waren die deutschen Hochschulen immer schon, lange vor Humboldts Zeiten, *föderalstaatliche* Einrichtungen, außer in der NS-Periode und in der DDR. Wir haben es somit in Deutschland – im Gegensatz zu anderen westlichen Hochschulsystemen – mit einem staatlichen Hochschulwesen zu tun, das einen innerstaatlichen Quasi-Wettbewerb zwischen 16 föderalstaatlichen Ländervarianten kennt.

Akzeptiert man diese drei Punkte als eine Beschreibung des kleinsten gemeinsamen Nenners der deutschen Hochschulen, so müssen sich daran noch zwei andere Merkmale anschließen, die deutlich machen, was die deutschen Universitäten im Vergleich zu anderen Hochschulsystemen *nicht* sind:

- Zum einen sind sie, was wir oft gedankenlos für selbstverständlich halten, *weltanschaulich und religiös ungebunden* und – so gut, wie das eben möglich ist – in Forschung und Lehre dem Weberschen Ideal der Objektivität und Wertfreiheit verpflichtet.
- Zum anderen waren und sind die deutschen Hochschulen *keine eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Akteure*, wie etwa die großen amerikanischen Privatuniversitäten. Auch wenn heute immer wieder von einer zunehmenden „Ökonomisierung“ der deutschen Hochschulen die Rede ist, so ist doch festzuhalten: Rein marktwirtschaftliche Gesichtspunkte spielen bei der Bestimmung der Aufgaben der staatlichen Hochschulen in Deutschland bislang keine dominierende Rolle, obwohl es selbstverständlich gewisse di-

rekte Wechselbeziehungen zwischen Marktwirtschaft und Wissenschaft gibt. So spricht man zunehmend von „Wissenstransfer“ zwischen Hochschulen und Wirtschaft, von „Hochschulmarketing“ und besonders häufig von „Wettbewerbsorientierung“. Aber wenn man sich den Hochschulalltag einigermaßen unbefangen betrachtet, so vollzieht er sich nach wie vor weitgehend marktfern: Im Lehrangebot der Hochschulen und bei den Studien- und Prüfungsordnungen überwiegen akademische – und gelegentlich bürokratische – Gesichtspunkte. Auch der Großteil der Forschungsaktivitäten ist von wissenschaftsimmanenten Relevanz- und Qualitätskriterien geleitet; eindeutig marktbezogene Auftragsforschung ist – aufs ganze gesehen – eher die Ausnahme, vor allem in der Grundlagenforschung und im gesamten Bereich der Kultur- und Geisteswissenschaften. Auch eine enge Anbindung des Studienangebotes an – tatsächliche oder vermeintliche – Bedürfnisse des Arbeitsmarktes findet sich an deutschen Hochschulen, besonders an deutschen Universitäten, kaum. Und vor allem gibt es in Deutschland derzeit keine auch nur näherungsweise kostendeckenden Studiengebühren, so dass von einer Kommerzialisierung des Lehrbetriebes bis jetzt kaum die Rede sein kann. Was schließlich die viel berufene „Wettbewerbsorientierung“ der deutschen Hochschulen angeht, so geht es dabei immer noch primär um Qualitäts- und Reputationsfragen, allenfalls um Drittmittel-, aber nicht um Marktanteile.

Mit anderen Worten: Nach wie vor sind die deutschen Hochschulen staatliche Hochschulen, keine Marktakteure. Im Augenblick spricht wenig dafür, dass sich das grundlegend ändern könnte. Sollten wir es also dennoch mit einem Prozess zunehmender „Ökonomisierung“ der deutschen Hochschulen zu tun haben, so kann es sich nach dem bisher Gesagten nur um eine *indirekte, staatlich vermittelte Ökonomisierung* handeln. Das ist nun in der Tat die These, die ich Ihnen vortragen möchte:

Aus vielerlei Gründen hat ein Prozess fortschreitender Ökonomisierung der Staatstätigkeit eingesetzt. Hohe Staatsverschuldung, anwachsende Staatsaufgaben, stagnierende Steuereinkünfte und globalisierter Standortwettbewerb sind hier die Krisensymptome; „schlanker Staat“, „New Public Management“, „Public-Private Partnerships“, Marktöffnung für bisher staatliche Dienstleistungen u. dgl. sind die Lösungsstrategien; die Reduktion der Staatsausgaben ist das unmittelbare Ziel.

Für die Hochschulen als staatliche und staatlich finanzierte Einrichtungen bedeutet dies fast zwangsläufig, dass sie in den Sog der auf staatlicher Seite immer stärker in den Vordergrund tretenden Wirtschaftlichkeitserwägungen und Sparkalküle geraten. Das hat dann auf Seiten der Hochschulen zur Folge, dass die Ziele und Schwerpunkte von Forschung und Lehre sich immer mehr an dem auszurichten haben, was Regierungen, Ministerialverwaltungen und Parlamente jeweils für „kostengerecht“ und „nützlich“ halten und zu finanzieren bereit sind. Das bedeutet, dass die Hochschulen immer mehr in die Rolle geraten, die wirtschaftliche Nützlichkeit ihres Tuns öffentlich und offensiv rechtfertigen zu müssen. Zur Zeit neigen sie dabei oft dazu, Argumente zu verwenden, die wenig mit Wissenschaft, aber viel mit politischer Opportunität zu tun haben. Politisch opportun aber sind vor allem solche Argumente, die auf die Reduzierung von Kosten abzielen. *Die neue Ökonomisierung des Staates führt auf diese Weise zu einer „nachgeordneten Ökonomisierung“ der Hochschulen* – so lautet demnach meine These. Ging es den Hochschulen bisher primär um den Wettbewerb der besten Ideen, so wird daraus jetzt immer mehr ein Wettbewerb um knappe Mittel – und zwar vor allem: um knappe *staatliche* Mittel.

Handlungszwänge

Man könnte nun daran erinnern, dass die Klagen über Mittelknappheit ja so neu nicht seien. Sie sind so alt, wie die Geschichte der Universitäten selbst. Dennoch möchte ich behaupten, dass es heute einige grundlegende Tatsachen gibt, die das Normalmaß der alltäglichen Schwierigkeiten übersteigen. Nur die folgenden drei, meines Erachtens völlig unstrittigen Gegebenheiten möchte ich kurz ansprechen und kommentieren:

- (1) die Vervielfachung der Studierendenzahlen in den letzten Jahrzehnten
- (2) die andauernde Unterfinanzierung der Hochschulen
- (3) die beginnende Internationalisierung des Hochschulsystems.

Das gemeinsame Kennzeichen dieser drei Ausgangstatsachen ist es, dass sie einen spürbaren und dauerhaften *Handlungsdruck* auf die deutsche Hochschullandschaft ausüben: So ist der Umstand, dass das auf die Ausbildung von etwa 5% eines Alterjahrganges ausgelegte traditionelle deutsche Hochschulsystem mittlerweile vor der Aufgabe steht, einen Jahrganganteil von über 30% (und künftig evtl. mehr) Studierenden angemessen zu betreuen, unbezweifelbar einen solche, Handlungsdruck erzeugende Strukturtatsache.

Ebenso unstrittig ist auch die zweite Tatsache, die langandauernde Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen – sei es wegen allgemeiner Haushaltsprobleme von Bund und Ländern, sei es aufgrund der gestiegenen Studierendenzahlen und der damit verbundenen Folgekosten. Schätzungen schwanken zwischen einem zusätzlichen Finanzbedarf von 3 bis 5 Milliarden Euro jährlich. Das für die Hochschulen entscheidende Novum ist hier, dass sie nicht mehr länger mit einer verlässlichen Ausfinanzierung ihrer Stellenpläne und ihrer sächlichen Erfordernisse rechnen können.

Dass als dritte Strukturtatsache neben diesen beiden auch die Internationalisierung der Hochschulen genannt wird, mag überraschen. Die Internationalität von Forschung und Lehre ist bekanntlich schon seit Luthers und Melanchthons Zeiten ein Merkmal der Hochschulen gewesen. Neu ist aber, dass Hochschulen heute zunehmend in einen direkten internationalen Wettbewerb um Studierende, um Forscher und um Mittel geraten. Neu ist auch, dass es mittlerweile einen politischen Internationalisierungsdruck für die Hochschulen gibt, der sich etwa in den Deklarationen der Wissenschaftsminister von Paris, Bologna und Prag und in der neueren Hochschulgesetzgebung von Bund und Ländern niederschlägt. Und neu ist schließlich, dass mit dem neuen Globalisierungsschub der kapitalistischen Marktwirtschaft, der nach dem Ende des Kalten Krieges eingesetzt hat, das Handeln der Einzelstaaten immer mehr in den Sog einer ökonomischen Wettbewerbs- und Kosten-Nutzen-Logik hinein gerät und diese an die Hochschulen weitergibt.

Selbstverständlich gibt es neben den drei angesprochenen noch weitere wichtige Rahmenbedingungen für die deutschen Hochschulen, auf die sie reagieren *müssen*, ob es ihnen angenehm ist oder nicht. Aber schon der Hinweis auf nur diese drei genügt, um deutlich zu machen, dass agiert werden muss und dass auch bewusstes Nicht-Handeln eine Form des Handelns durch Unterlassen ist. Die in dieser Runde zur Diskussion stehende Frage, ob aus diesen Handlungszwängen heraus ein neuer, „Nach-Humboldtscher“ Jahrhunderttypus von Universitäten und Hochschulen in Deutschland entstehen würde, hat genau hier ihren Ort.

Handlungsoptionen

Die Entscheidung darüber, in welche Richtung die weitere Entwicklung gehen wird, ist aber nach meiner Einschätzung noch nicht gefallen. Noch gibt es mehrere mögliche Handlungsoptionen für die unter Handlungsdruck stehenden deutschen Hochschulen. Ich möchte die folgenden fünf denkbaren Optionen ansprechen:

1. Eine erste Option könnte die Flucht nach vorne sein, also: der Versuch des Ausbruchs der deutschen Hochschulen aus den Schranken staatlicher Finanzierung und Kontrolle, hinein in die Welt des Marktes und des Wettbewerbs. Mit dieser Option liebäugeln alle von Gedanken des Neo-Liberalismus und des New Public Management geprägten Hochschulreforminitiativen. Innerhalb der deutschen Hochschulen selbst stößt diese *kommerzialistische Option* allerdings auf verbreitete Skepsis. Auch auf staatlicher Seite sind die Lippenbekenntnisse vermutlich häufig radikaler als das tatsächliche Handeln. Denn eine Umstellung der Hochschulen auf Marktsteuerung müsste mit großer Wahrscheinlichkeit zu staatlichen Einflussverlusten führen – eine in einem traditionell staatlichen Hochschulsystem wie dem deutschen schwer vorstellbare Entwicklung.
2. Eine entgegengesetzte Option wird – ebenfalls unter dem Vorzeichen des „New Public Management“ – zur Zeit in Japan vorexerziert. Aufgrund der gerade verabschiedeten neuen japanischen Hochschulgesetzgebung werden die staatlichen Hochschulen in eine *verstärkte staatliche Kontrolle* genommen und zu sog. „unabhängigen Verwaltungseinheiten“ (*dokoritsu gyosei hojin-ka*) erklärt (vgl. Hirowatari 2000, Oberländer 2003): Staatliche Plan- und Zielvorgaben für die Hochschulen, kontinuierliche Evaluation und leistungsbezogene Mittelvergabe, Schwächung der akademischen Selbstverwaltung, staatlich bestellte starke Präsidenten, Aufhebung des Beamtenstatus der Professoren, Erhöhung der Studiengebühren und schrittweise Reduktion der staatlichen Hochschulfinanzierung – das sind Kennzeichen einer *etatistischen Option*, einer Hochschulreform von oben. Ihr Ausgangspunkt ist ein starker Zentralstaat, der die weltweiten Ökonomisierungs- und Rationalisierungszwänge in sich aufgenommen hat und nun an die Universitäten weitergibt.
3. Insbesondere für die alten deutschen Traditionsuniversitäten sind das beides Horrorvisionen – die direkte Kommerzialisierung ebenso wie die etatistisch vermittelte Ökonomisierung. Den klassischen deutschen Universitäten liegt deshalb eine eher *konservativ-pragmatische Option* näher: Hochschulpolitische Neuerungen, wie z. B. gestufte Studiengänge, Zielvereinbarungen, Evaluierungen, leistungsbezogene Mittelvergabe u. ä. werden als unsachgemäße Zumutungen verstanden und möglichst umgangen. Es wird daran erinnert, dass man in der Vergangenheit schon mit vielen Widrigkeiten fertig geworden sei, und so werde es auch künftig sein. Reformbereitschaft wird zwar signalisiert, aber dennoch am Bewährten festgehalten und auf bessere Zeiten gewartet.

Wenn allerdings das, was ich zuvor ausgeführt habe, nicht völlig verfehlt ist und die von mir genannten Handlungszwänge tatsächlich eine qualitativ neue Herausforderung für die deutschen Hochschulen darstellen, dann sind die von Alters her eingeübten Ausweich- und Stillhaltenmanöver nicht mehr erfolgversprechend. Nichthandeln wird dann zu riskantem und folgenschwerem Unterlassen.

4. Ähnliches gilt für eine vierte Option, die trotzige Protesthaltung, die man vielleicht als *syndikalistische Option* charakterisieren könnte. Sie beharrt konfliktbereit auf angestammten oder erkämpften Rechten und weist strukturelle Veränderungen zurück und fordert eine Erhöhung der staatlichen Mittel für die Hochschulen ein.

Auch für diese Haltung gilt allerdings, ebenso wie für die zuvor genannte, dass die drei von mir benannten strukturellen Zwänge – die chronische Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen, ihre unumgängliche Internationalisierung und die wachsende Studienplatznachfrage – fast zwangsläufig zu einer allgemeinen Verarmung der öffentlichen Hochschulen in Deutschland führen müssen, falls sie so weiter geführt werden, wie bisher.

5. Will man das angestammte öffentliche Hochschulsystem in Deutschland nun aber dennoch, trotz qualitativ neuer Rahmenbedingungen und Handlungszwänge, in seinem Kern erhalten, weil es unseren Traditionen entspricht und Werte in sich birgt, die man nicht missen möchte, so kann es also logischerweise nicht ohne deutliche Veränderungen abgehen. Das wäre dann die fünfte Option. Sie lautet: *Nur wer sich bewegt, kann in bewegten Zeiten das erhalten, was ihm wertvoll ist.* Dabei gibt es nach dem bisher Dargelegten vor allem zwei mögliche Bewegungsrichtungen:

Die eine Bewegungsrichtung ist die Suche nach zusätzlichen, die staatliche Finanzierung ergänzenden Einkommensquellen für die öffentlichen Hochschulen. Das ist die Bewegung in Richtung auf ein privat-öffentliches Mischsystem mit stärkerer Marktorientierung. Sie wird im US-amerikanischen Hochschulsystem schon seit langem praktiziert. Auch die britischen Hochschulen sind in den letzten 20 Jahren in diese Richtung gegangen. Sie haben die Differenzierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen (Polytechnics) völlig aufgegeben, zugunsten eines Wettbewerbsmodells, das einerseits staatliche Mittel aufgrund von Leistungsindikatoren verteilt, andererseits zusätzliche private Finanzierungsquellen zu erschließen sucht.

Ein zentraler Baustein bei jeder public-private Mischfinanzierung der Hochschulen sind unweigerlich die Studiengebühren: Hier geht es insbesondere darum, ob sich bei der Festsetzung der Gebührenhöhe eher sozialstaatliche, eher finanzpolitische oder eher marktwirtschaftliche Kriterien durchsetzen und wie das Problem des Ausgleiches von sozialen Benachteiligungen gehandhabt wird, z.B. mit Hilfe von Stipendien, Steuervergünstigungen, Darlehen o.ä.

Jede öffentlich-private Mischfinanzierung bedeutet selbstverständlich auch eine Aufteilung der Loyalitäten und Rechenschaftspflichten gegenüber öffentlichen und privaten Geldgebern. Dass auch hier Balanceakte möglich sind, die der akademischen Autonomie noch Spielraum lassen, zeigen die besten amerikanischen oder britischen Universitäten. Allerdings sollte man dabei auch die Kehrseite, die große Zahl von qualitativ schwachen Hochschulen, nicht vergessen.

In Deutschland hat man sich bisher gegen die Eröffnung nennenswerter neuer Finanzquellen für die Hochschulen, vor allem auch gegen Studiengebühren entschieden. Solange das weiterhin so bleibt und die deutschen Hochschulen weiterhin auf die direkte oder indirekte Finanzierung durch die – immer weniger zahlungsfähige und -bereite – öffentliche Hand angewiesen bleiben, besteht m. E. hier nur die Möglichkeit, sich in folgende Richtung zu bewegen: Man muss die interne Differenzierung des deutschen Hochschulsystems im staatlichen Rahmen vorantreiben – wobei immer zu berücksichtigen ist, dass dieser staatliche Rahmen ja selbst der Ökonomisierung unterliegt. Wer sich in dieser Richtung bewegen will, muss vor allem folgendes erkennen: Die hohe Qualität von öffentlich finanzierten Universitäten nur dann langfristig gesichert werden, wenn sie bereit sind, die Aufgabe der berufsqualifizierenden und der allgemeinbildenden Massenausbildung an die Fachhochschulen abzugeben und

deren Fächerspektrum zu erweitern; wenn sie dazu nicht bereit sind, müssten sie sich entschließen, selbst bestimmte Fachhochschulfunktionen auch zu Fachhochschulkonditionen wahrzunehmen. Wollten die Universitäten hingegen weiterhin alles und für alle auf universitärem Niveau anbieten, müssten sie alle verarmen und an Qualität verlieren. Wenn umgekehrt die deutschen Fachhochschulen – im Zuge des sog. „academic drift“ – auch zu Universitäten werden sollten, müsste entweder die allgemeine Verarmung noch eklatanter werden, oder der Wettbewerb um knappe Mittel und die damit verbundenen Qualitäts- und Ausstattungungleichheiten würde noch größer.

Man sieht also, und das soll jetzt meine abschließende Überlegung sein: Wer davon ausgeht, dass Hochschulbildung und -forschung ein öffentliches Gut sein soll, das auch öffentlich zu finanzieren ist, wie es in Deutschland seit langem der Brauch war, der muss eine klare interne Funktionsdifferenzierung zwischen „research universities“ auf der einen Seite und primär Lehraufgaben erfüllenden Fachhochschulen auf der anderen Seite anstreben. Und er muss bereit sein, in den unvermeidlichen Prozess der Europäisierung von Forschung und Lehre die spezifischen Stärken des deutschen Hochschulsystems einzubringen.

Eine dieser spezifischen Stärken der deutschen Hochschulen ist es aber, dass marktgläubige Wettbewerbsphantasien nie ihr einziges Richtmaß waren. Dem Traum vom fortwährenden Wettlauf um „Spitzenplätze“ und „Leistungseliten“, der die große Zahl derer vergisst, für die kein Raum an der „Spitze“ vorhanden ist, stellt die deutsche Hochschultradition nämlich die Vorstellung an die Seite, dass eine möglichst große Zahl von Menschen durch ein anspruchsvolles Studium auf eine hohe Qualitätsplattform geführt werden soll – eine Plattform, die überall erreicht werden kann, wo ein (in Zukunft vielleicht „akkreditierter“) Studienabschluss vergeben wird. Die Sicherung dieses Zieles im europäischen Kontext muss meines Erachtens die erste Aufgabe der Hochschulreform in Deutschland sein. Sie wird der internationalen Konkurrenzfähigkeit gewiss nicht abträglich sein.

Selbstverständlich muss dann, von dieser gesicherten Qualitätsplattform aus, auch ein Weg bis in Spitzenhöhen der Forschung weiterführen – aber sicherlich nicht überall, sondern nur dort, wo entsprechende Forschungspotentiale vorhanden sind, also: an Universitäten mit entsprechenden Leistungsschwerpunkten.

Insofern ist diese Idee, die sagt, der Bologna-Prozess kommt, und das ist mein letztes Wort hier, keine Dummheit etwa, nein, man sagt doch, versucht mal die deutsche Universitäts- und Hochschulausbildung etwas zu entzerren und nicht alle Mächtigeren zu kleinen Einsteins auszubilden, sondern Exzellenz schaffen Schritt für Schritt und auch mit gewissen Filtern. Wenn wir das nicht machen, wenn wir bloß den Kopf in den Sand stecken und denken, es wird schon alles an uns vorbeigehen oder kräftig mit den Muskeln spielen und ständig sagen, nein, mit uns nicht, dann wird das allgemeine Finanzgeschehen schon dafür sorgen, dass wir immer weniger unter uns zu verteilen haben, entweder im Kampf jeder gegen jeden oder in gemeinsamer Armut, was ich mal so in den Raum gestellt haben möchte. Vielleicht das noch ganz am Schluss, um es als These noch mal zuzuspitzen. Ich denke, das sind keine Probleme der direkten Vermarktlichung der Hochschulen, sondern es sind Konsequenzen einer neuen Ökonomisierung der öffentlichen Politik.

Richtung und Klarheit

Plädoyer für eine empirisch gestützte Hochschulpolitik

Peer Pasternack

Exzellenz und Massenuniversität

Ich kann an Herrn Kreckel unmittelbar anschließen. Provokativ zugespitzt ließe sich sein Plädoyer auch so zusammenfassen, dass wir uns von der allgegenwärtigen Exzellenzorientierung verabschieden sollten. Zwar ist Exzellenz durchaus etwas, dem ich vieles abgewinnen kann. Doch sind wir dabei in der merkwürdigen Situation, dass *alle* Hochschulen davon ausgehen, sie seien erstens exzellent, und sie müssten zweitens exzellent bleiben. In der Regel stimmen beide dieser Voraussetzungen der Debatte nicht bzw. nicht vollständig. Weder sind die Hochschulen in allen Bereichen exzellent – nicht in der Forschung *und* in der Lehre, nicht in *allen* Fachbereichen und Disziplinen und schon gar nicht in der Ausstattung –, noch werden alle exzellent bleiben. Denn Exzellenz ist das Außergewöhnliche, das grandios Überdurchschnittliche, das von allen anderen positiv Abweichende.

Gleichwohl ist Exzellenz der grundlegende Ansatz, wenn Hochschulen versuchen, für ihre Anliegen Legitimität in der Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsträgern zu gewinnen. Das finde ich insofern merkwürdig, als die Hochschulen sich derart die Chance vergeben, überwiegend erfolgreich zu sein: Wenn alle exzellent sein wollen, müssen die meisten an ihren eigenen Ansprüchen scheitern.

Nun ist das freilich kein Plädoyer dafür, sich fortan auf die Durchschnittlichkeit zu fokussieren. Ich plädiere vielmehr für das Streben nach Solidität: Diese sollte bei einer angemessenen Selbsteinschätzung beginnen, und eine realistische Stärken-Schwächen-Analyse ist hier sehr hilfreich. Worauf zielt das normativ?

Ich fände es viel angemessener, wenn Hochschulen nicht unablässig und ausschließlich davon sprechen würden, dass sie exzellent sind und bleiben wollen und dass man ihnen dafür die exzellenten Ausstattungen bereitstellen müsse. Ich fände es sehr viel angemessener, wenn sie zunächst und vor allem sagen würden, wir möchten solide Forschung leisten und eine gute Ausbildung unserer Studierenden realisieren. Ich betone dies so, weil wir in einer Situation sind, in der Unterfinanzierung der Hochschulen kein neueres Phänomen ist, das erst seit den bspw. 90er Jahren auftritt. Vielmehr begleitet Unterfinanzierung die deutschen Hochschulen schon seit den 70er Jahren. Das seit dieser Zeit bekannte Stichwort ‚Massenuniversität‘ deutet dies an. Die Wahrnehmung der Hochschulen als Massenuniversitäten resultiert sehr viel weniger aus dem Umstand, dass die akademische Bildungsbeteiligung rasant gestiegen ist, als vielmehr aus dem Umstand, dass diese rasante Steigerung mit einer extremen Drängerei verbunden war und ist: Seit 25 Jahren hat jeder Student und jede Studentin statistisch zwischen einem halben und einem dreiviertel Studienplatz zur Verfügung. Erst durch diese Enge entstand und reproduzierte sich die Wahrnehmung von ‚Massen‘ an den deutschen Hochschulen.

Denn im internationalen Vergleich ist die Hochschulbildungsbeteiligung in Deutschland ja gar nicht so exorbitant.

Zum politischen Schlagwort war die Massenuniversität geworden, weil man davon ausging, dass die Bildungsbeteiligung sich irgendwann einrenken, auf die Kapazitäten hinschauen würde, oder aber dass die Gesellschaft irgendwann in der Lage sein werde, einmal doch angemessene Ausfinanzierungen zu gewährleisten. Ich bin nicht der Ansicht, dass eine Gesellschaft dies nicht tun kann. Ich bin aber der Ansicht, dass eine Gesellschaft, die dies tun will, dies mehrheitlich wollen muss. Das ist in der Bundesrepublik weithin nicht der Fall, im Land Berlin auch nicht. Wir haben weder in der Öffentlichkeit noch bei den politischen Entscheidern eine mehrheitliche Akzeptanz dafür, Hochschulen angemessen auszustatten. Das kann man bedauern. Jenseits dieses Bedauerns muss man aber mit dieser Situation umgehen.

Eine Form dieses Umgehens könnte m.E. sein, sich zunächst einmal auf eine sachliche Funktionsbestimmung zu konzentrieren, die Hochschulen heute zu erfüllen haben. Das ist in der Tat die Ausbildung von ‚Massen‘, also einer großen Anzahl von Studierenden, die mit jedem neuen Altersjahrgang von Absolventen und Absolventinnen aus den Gymnasien und sonstigen hochschulvorbereitenden Bildungswegen in die Hochschulen strömen. Überdies ist es mittlerweile weitgehender Konsens, dass diese bereits große Anzahl in Deutschland nach wie vor zu gering ist: Wir müssen uns von der gegenwärtigen Quote von etwas über 30% Hochschulbildungsbeteiligung pro Altersjahrgang wenigstens steigern auf 40%, perspektivisch aber auch darüber hinaus.

Es gibt Gründe dafür. Diese hängen damit zusammen, dass wir einen technologischen Wandel in der Wirtschaft und soziale Wandlungsprozesse in der Gesellschaft zu bewältigen haben. Daher werden andere Qualifikationsprofile benötigt – Qualifikationsprofile, die im nichttertiären Bereich so nicht mehr vermittelbar sind. Benötigt werden Menschen, die für die Beherrschung von sehr komplexen berufsweltlichen Anforderungen ausgebildet sind. Diese Anforderungen weisen einen Grad von Komplexität auf, der voraussetzt, dass man einmal eine Kontaktphase zur Wissenschaft gehabt hat, methodisches Bewusstsein gewinnen konnte und sich die Fähigkeit angeeignet hat, die Dinge, die man tut, kritisch zu hinterfragen auf ihre Sinnhaftigkeit, auf ihre Alternativität, also auf andere Problemlösungsoptionen hin – durchaus um sie dann ggf. doch so zu tun, wie sie anfangs schon geplant waren, aber dies dann aufgeklärt, selbstaufgeklärt zu tun.

Das sind Anforderungen, denen in früheren Zeiten vornehmlich eine sogenannte Elite in ihrem Berufsleben gegenüber stand. Doch genau dies, solche komplexe Anforderungen zu bewältigen, wird zum Massenphänomen. Und deshalb haben wir auch mit guten Gründen eine ‚Massenausbildung‘ an den Hochschulen.

Ein Weg, darauf zu reagieren, war in der Tat – das wurde von Kreckel hier schon angesprochen – die Differenzierung des Hochschulsystems in Universitäten und Fachhochschulen. Ein kleiner hochschulpolitischer Nebenstrang war der Versuch, beides zu vereinen in dem Modell der Gesamthochschule. Im Augenblick sind wir in einer Situation, wo – mit Ulrich Teichler zu sprechen – alle die Gesamthochschulidee haben wollen, es aber niemand Gesamthochschule nennen möchte, weil diese als politisch verbrannt gilt. So haben wir jetzt die Situation, dass die Universitäten auf die Anforderungen durch Differenzierung reagieren, indem sie Fachhochschulelemente in ihre eigenen Angebote inkorporieren – aber dies natürlich zu

denselben Kosten wie für alles andere, was sie sonst auch tun. Das ist auf Dauer nicht durchhaltbar. Wenn Universitäten Teile ihres Betriebes als Fachhochschule organisieren, dann werden sie es auch zu den Kosten der Fachhochschulen tun müssen. Um es ganz konkret zu machen: Dann werden sie es beispielsweise mit Lehrenden machen müssen, die dasselbe Lehrdeputat wie FachhochschulprofessorInnen haben. Das heißt: Sie werden es nicht mit Hochschul-lehrerInnen realisieren können, die in ihrem Zeitbudget 60% Forschungsanteil haben und diesen durch die vergleichsweise geringen universitären Lehrdeputate öffentlich finanziert bekommen.

Öffentliche Finanzierung und Ökonomisierung

Öffentliche Finanzierung ist m.E. ein ganz wesentliches Stichwort, weil es noch einmal deutlich macht, dass es einen Unterschied gibt, der in der öffentlichen Meinung häufig nicht gemacht wird, nämlich den zwischen Privatisierung und Ökonomisierung. Die Ökonomisierung ohne Privatisierung ist ein Teil des New Public Management. Diese Ökonomisierung kann in Teilen an Hochschulen sehr sinnvoll sein, in jedem Fall in dem Teil, der nicht wissenschaftlich, sondern wissenschaftsunterstützend ist. Das sind der unmittelbare Verwaltungsbereich und sonstige Servicebereiche, also Hochschulrechenzentren, Bibliotheken, Sprachenzentren, u.U. auch Hochschulsport.

Wir haben in diesen Bereichen ziemlich evident eines zu Tage liegen: Es ist weder nachvollziehbar noch gegenüber der Öffentlichkeit und den Steuerzahlern legitimierbar, dass in öffentlichen Hochschulen mehr Geld ausgegeben wird zur Erfüllung derselben Leistungen, die an anderer Stelle weniger Kosten verursachen. Alle die Bereiche, die nicht unmittelbar Forschung und Lehre berühren, stehen einer Ökonomisierung prinzipiell offen, und zwar mit guten Gründen: weil sich gezeigt hat, dass zusätzliche Anreize vonnöten sind, um Leistungserfüllung zu optimieren.

Diese Anreize, derer es dort bedarf, sind nicht allein durch intrinsische Motivation zu erreichen. Das ist ja auch motivationspsychologisch sehr schwer, sich innerlich jahrzehntelang den gleichen Ansporn aufrecht zu erhalten, immer die besten Leistungen für die Klienten beispielsweise eines Immatrikulationsamtes oder einer Raumverwaltung zu erbringen, jeden Tag die gleiche Motivation mitzubringen zur Arbeit und ständig danach zu streben, die Dinge dort zu verbessern. Dazu braucht es ganz offenkundig Anreize, die darüber hinausgehen. Diese können ökonomisch oder ökonomisierend sein, d.h. wettbewerbliche Mechanismen nutzend.

Formelle Privatisierungen, also die Organisation solcher Leistungen in Gestalt etwa einer gemeinnützigen Facility-Management-GmbH, halte ich hier für unproblematisch, wenn sie helfen, bisher in wissenschaftsunterstützenden Bereichen verausgabte Mittel ohne Leistungsverluste unmittelbar der Forschung und Lehre zuführen zu können. Im Einzelfall können auch materielle Privatisierungen sinnvoll sein: Es ist schließlich nicht aus der Freiheit von Forschung und Lehre abzuleiten, dass Hochschulen bspw. eigene Druckereien unterhalten müssen.

Eine andere Frage ist, wie weit man diese Anregungen, die das New Public Management bereit hält, in den Bereich von Forschung und Lehre hineinträgt. Hier, denke ich, muss sehr genau differenziert werden zwischen den verschiedenen Arten von Forschung und Lehre. In

der Lehre werden wir künftig z.B. eine sehr viel größere Bedeutung der akademischen Weiterbildung bekommen, d.h. forschungsgebundene Weiterbildung in der Regel für Leute, die in einem früheren biographischen Abschnitt mal eine Kontaktphase mit Wissenschaft hinter sich gebracht hatten.

In der Forschung können wir nicht davon ausgehen, dass alle Forschenden damit beschäftigt sind, den Stand der Grundlagen ihrer jeweiligen Disziplin voranzutreiben. Das muss auch gar nicht sein, angesichts der immensen Anzahl von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die es auf der ganzen Welt gibt, und angesichts einer faktischen Nichtsättigbarkeit der Gesellschaft mit wissenschaftlichen Angeboten. Moderne Gesellschaften verfügen lediglich über eine theoretische Sättigungsgrenze, nämlich dann wenn alle ihr Mitglieder Forschende und Lehrende wären. Solange es soweit noch nicht ist, ist es prinzipiell immer möglich, Ergebnisse aus wissenschaftlicher Forschung und Lehre aufzunehmen und zu verarbeiten, und wenn es nur derart ist, dass sie dann in bibliographischen Nachschlagewerken in solchen Räumen deponiert werden.⁷

Wir sind also in einer Situation, in der nicht alle, sondern nur der geringere Teil der Forschenden daran beteiligt ist, die Grundlagen der eigenen Disziplin mitzubestimmen und mitzuarbeiten. Sehr viel mehr sind damit beschäftigt, andere Forschungsarten zu betreiben: angewandte Forschung, Transfer von Wissen in Anwendungskontexte, Beratungsleistungen. Zudem werden wir eine Entwicklung haben, wo Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen phasenweise dort ihre Schwerpunkte setzen und dann wieder in anderen Feldern. Es ist kaum jemand die ganze Zeit seines Lebens Grundlagenforscher, kaum jemand die ganze Zeit seines Berufslebens forschender Berater.

Wir werden darüber nachzudenken haben, inwieweit außerhalb der Grundlagenforschung einzelne Forschungsbereiche, also andere Forschungstypen, nach Anregungen des New Public Management sinnvollerweise zu organisieren sind, und dies immer vor dem Hintergrund, dass wir Akzeptanz in der Öffentlichkeit und bei denjenigen, die die öffentlichen Hochschulen durch ihre Steuern finanzieren, dafür gewinnen müssen, was Hochschulen und Wissenschaftler treiben.

Soweit zunächst. Es war eine sehr allgemeine Erörterung. Die landespolitischen Implikationen werden Sie aber herausgehört haben.

⁷ Die Veranstaltung fand in der K.G. Saur-Bibliothek der Instituts für Bibliothekswissenschaften der Humboldt-Universität statt. Vgl. oben die Begrüßungsworte des Institutsdirektors.

Humboldts Grundideen sind und bleiben unverzichtbar

Klaus Fuchs-Kittowski

Danke für die Einladung. Ich begrüße hier im Saal so viel Bekannte, die fast alle meiner Lebensstationen an der Humboldt-Universität reflektieren. So auch die Tatsache, dass es damals auch schon wenig Geld gab: Ich hatte z.B. lange Zeit einen Schreibtisch mit einem anderen Kollegen zu teilen. Auch Kollegen, mit denen ich mir an der Humboldt-Universität einen Schreibtisch geteilt habe, sitzen hier.

Auch im Namen der Kollegen des Verbandes für Hochschule und Wissenschaft (VHW-Berlin), die ich hier als Berliner Landesvorsitzender vertrete, darf ich zunächst sagen, dass wir ebenfalls der Meinung sind: Man kann nicht über Humboldt hinausgehen, da dies immer nur an ihm vorbei führen wird. Allerdings gab es auch die Kritik, dass, wenn man diese These vertritt, die Grundidee zur Gesprächseinladung⁸ eigentlich noch nicht konsequent genug ist, weil ja dann am Schluss gesagt wird: Na ja, die Hochschulen sollen wählen, ob sie diesen Weg oder einen anderen gehen.

Unsere Auffassung – mit „unsere“ meine ich die Kollegen, mit denen ich die mit der Einladung versandten Gesprächsthemen diskutiert habe – war, dass man konsequent sagen soll: Die Universitäten sollen sich auf die Humboldtsche Idee der Grundlagenforschung orientieren. Deswegen ist die vorhin ausgesprochene These, dass Universitäten, die Fachhochschulaufgaben übernehmen, dies auch zu dem gleichen Preis wie die Fachhochschulen machen müssten, völlig richtig. Aber sollen sie denn das? Umgekehrt wäre unsere These, dass die Universitäten wirklich Grundlagenforschung betreiben sollen.

Forschung und Lehre

Ich nutze hier einen Text aus Brüssel, der den bisherigen Bologna- Prozess einschätzt und die Berliner Konferenz der Bologna-Vertreter vorbereitet.⁹ Dort steht der wichtige Satz: Der Vergleich zwischen den amerikanischen Universitäten und den deutschen Universitäten zeigt, dass es den amerikanischen Universitäten gelungen ist, praxisbezogene Grundlagenforschung zu betreiben und sich auch finanzieren zu lassen. Währenddessen sind die deutschen Universitäten in der Gefahr, eben Anwendungsforschung im Sinne der Fachhochschulen zu machen. Die Situation wird also bereits international reflektiert und als Fehler erkannt. Umgekehrt würden wir auch sagen, Ihr Papier muss noch konsequenter sein und dann auch für die Fachhochschulen sagen, dass sie verstärkt Forschung betreiben können müssen. Auch für sie müsste es z.B. den Junior-Professor geben, freilich dann mit einer spezifischen Ausrichtung.

⁸ vgl. den mit den Einladungen verschickten Text von Hansgünter Meyer, oben abgedruckt u.d.T. „Begrüßung und Eröffnung“

⁹ Mitteilungen der Kommission – Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, Brüssel, den 05.02.2003 KOM (2003) 58 endgültig

So werden wir Ihnen, dem Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, dem Staatssekretär für Wissenschaft, dann auch vorschlagen, eben diese Maßnahme zu durchdenken – ob nicht die Forschung in den Fachhochschulen noch zu verstärken ist, bis hin zur eigenständigen Promotion – aber eben in einer differenzierten Ausrichtung. Das heißt also – das ist eine Grundthese unseres Verbandes – Fachhochschulen und Universitäten sind gleichwertig, aber andersartig. Und diese Andersartigkeit muss dann natürlich differenziert zum Ausdruck kommen.

Nun eine andere Frage. Natürlich habe ich ein besonderes Verhältnis zu Humboldt, da ich an der Humboldt-Universität gearbeitet habe, und nun hatte in der vergangenen Woche der Verband Hochschule und Wissenschaft sein 30-jähriges Jubiläum. Ich musste mit Bedauern feststellen und dies auch für den Verband aussprechen, dass Sie, Herr Pasternack, dort nicht sprechen, nicht anwesend sein konnten. Dafür hat der Staatssekretär im Wissenschaftsministeriums des Landes Brandenburg gesprochen. Er hat aus meiner Sicht einen großen Fehler gemacht, den Sie sicher nicht begangen hätten, als er sagte: Wir hatten große Erfolge mit der Entwicklung des Hochschulwesens nach der Wende, speziell in Brandenburg, weil wir die reine Lehrorientierung der Universitäten in der DDR überwinden konnten.

Nun will ich gar nicht bestreiten, dass das Land Brandenburg Erfolge in der Entwicklung des Hochschulwesens hat. Es ist das einzige Bundesland, welches wirklich neue Universitäten gegründet hat. Es kommt möglicherweise in Schwierigkeiten, wenn die Fusion Brandenburg-Berlin realisiert werden sollte. Aber zunächst ist es eine Leistung. Doch frage ich mich, warum man die Situation im Hochschulwesen der DDR so verzerrt darstellen muss, um die brandenburgische Leistung hervorzuheben. Ich kann nur sagen, dass ich zwar als Gastprofessor in Linz oder auch in Hamburg die Erfahrung machen konnte, dass peinlich darauf geachtet wurde, dass ich meine sechs Stunden Lehrverpflichtung ableiste, doch in der Humboldt-Universität hat man das nie getan. Ich möchte also hier betonen, dass auch an den Universitäten der DDR das Grundprinzip der Einheit von Lehre und Forschung bestand und gewährleistet war.

Dies ist auch als Gegensatz zu den heutigen Fachhochschulen festzuhalten, deren Hochschullehrer ein Lehrdeputat von 18 Stunden haben. Unter diesen Bedingungen kann die Einheit von Lehre und Forschung eben nicht mehr gewährleistet sein. Als der brandenburgische Staatssekretär diesen Satz von der Überwindung der starken Lehrorientierung sagte, saß neben mir der heutige VHW-Landesvorsitzende von Sachsen, J. Klinger. Dieser flüsterte mir zu: Ich war zu der Zeit Forschungsassistent in Dresden, und ich habe überhaupt keine Lehre gemacht. Die Frage ist, weswegen behauptet wird, was man auch in der Presse immer wieder lesen kann, dass das Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung an den Hochschulen und Universitäten der DDR nicht gewährleistet gewesen wäre.

Als ich 1986 in den USA war, erhielt ich plötzlich die Anforderung, an einer Konferenz über das Hochschulwesen der DDR, der Bundesrepublik und der USA an der University of Virginia teilzunehmen – innerhalb eines Tages. Ich konnte das nur bewältigen, weil Steven Muller, der Präsident der Hopkins-Universität, wo ich zu Gast war, mir seine Referate über Humboldt und die Entwicklung des amerikanischen Hochschulwesens zur Verfügung stell-

te.¹⁰ Dort begründet er, dass die John Hopkins-University in Baltimore und danach das Harvard-College, welches in die Harvard-University umgewandelt wurde, die ersten Universitäten waren, die in den USA nach den Humboldtschen Prinzipien gegründet wurden. Andere Universitäten folgten diesem Beispiel, und zwar nicht nur die „Ivy League Schools“ an der Ostküste, sondern auch große Staatsuniversitäten im mittleren Westen und in Kalifornien, speziell die University of California, Berkeley.

USA- und deutsche Universitäten: Unterschiede

Als wir diese vergleichende Tagung in Virginia durchführten, kam nun genau das zum Ausdruck, was vorhin schon deutlich gemacht wurde: Die deutschen Universitäten, auf beiden Seiten damals, sind eben staatlich gelenkte Universitäten; die Universitäten der USA haben im wesentlichen diese Mischung von *privat and public*. Aber als wir – die Vertreter aus beiden Deutschlands (aus der Bundesrepublik war Prof. Ulrich Karpen schnell eingeflogen worden) – das amerikanische Universitätssystem zu stark lobten, sprang der damals Verantwortliche fürs Hochschulwesen der USA auf und sagte, um Himmelswillen lobt uns nicht so stark. Er nannte nicht die Zahl 2960 Universitäten, er sagte nur, wenn sie von den großen Universitäten der USA sprechen, dann meinen sie immer 11%, und zwar die acht großen Universitäten in New England, an der Ostküste und vielleicht auch noch die Staatsuniversität in Berkeley in Kalifornien. Aber es gebe ja doch noch die anderen 89%, und da sehe es viel schwieriger aus.

Was ist aber für uns nun besonders wichtig? Erst kürzlich habe ich zunächst für die Leibniz-Sozietät im Zusammenhang mit der Teilnahme von Vertretern der Leibniz-Sozietät am Forum Bildung Grundgedanken zur Entwicklung der Hochschulen formuliert und unter dem Titel: „Demokratie, Humanismus und Innovation – Hochschulen im 21. Jahrhundert“¹¹ im VHW-Mitteilungsblatt publiziert. Dort heißt es eingangs: „Die Zukunftsfähigkeit der Hochschulbildung kann nur durch mehr Autonomie der Universitäten und Fachschulen und mehr Demokratie sowie die Entfaltung humanistischen Gedankengutes gesichert werden.“ Im weiteren wird ausgeführt: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erweist sich eine umfassende Bildungsreform zur Qualitätsverbesserung in den Hochschulen als unausweichlich, denn es gibt eine Vielzahl alarmierender Signale, die grundsätzliche Schwachstellen der derzeitigen Hochschulausbildung deutlich werden lassen. Es werden dann fünf solcher Schwachstellen genannt. Sie bestehen insbesondere in der ungenügenden

¹⁰ Steven Muller: Steven Muller, *Research Universities and Industrial Innovation in America*, Reprinted from the Johns Hopkins APL Technical Digest, October-December, Vol, 5, pp. 370- 380 (1984); ders.: *William von Humboldt and the University in the United States*, Reprinted from the Johns Hopkins APL Technical Digest, July-September, Vol, 6 pp. 253.256 (1985); ders.: *The Post-Gutenberg University*, Reprinted from the Johns Hopkins APL Technical Digest, January-March, Vol. 7, pp. 108-112 (1986). Vor kurzem las ich, dass die Arbeiten von Präsident Muller auch von M. Eigen, dem Nobelpreisträger für Physik, auch in einem Referat zum Thema: „Die Deutsche Universität – Vielfalt der Form, Einfachheit der Reform“ ausgewertet wurden (Manfred Eigen, *Jenseits von Ideologie und Wunschdenken - Perspektiven der Wissenschaft*, Pieper, München, Zürich, 1988)

¹¹ Klaus Fuchs-Kittowski: *Demokratie, Humanismus und Innovation – Hochschulen im 21. Jahrhundert*, in: *VHW-Mitteilungen*, Jg. 27, Heft 3, S. 14-16

1. Autonomie der Hochschule. Darüber ist bisher schon einiges gesagt worden. Dazu gehört die Ökonomisierung und mögliche Entscheidungsfreiheit hinsichtlich des Einsatzes der Ressourcen;
2. demokratischen Atmosphäre und Offenheit für innovatives Denken;
3. sozialen Sicherheit der Lehrenden und Forschenden. Zu dem Punkt möchte ich vielleicht noch etwas sagen, weil das schon angeklungen ist, dass ja auch der Beamtenstatus in Frage gestellt wird. Ich sage in dem Artikel, man könne den Beamtenstatus in Frage stellen, insbesondere wenn man frage, ob das Erteilen von Zensuren wirklich eine hoheitliche Aufgabe ist oder nicht? Aber ich sage dann in dem Artikel, wenn man es wegfallen lasse, dann muss man andere Sicherheiten schaffen, Sicherheiten gegenüber staatlichen Eingriffen, was sie ja das Beamtentum in gewisser Weise gibt. Aus unseren Erfahrungen eben auch im DDR-Hochschulwesen glaube ich sagen zu können, dass es gerade im Sinne der Freiheit der Forschung ist, dass man solche Sicherheiten behält bzw. sie nicht abschafft, bevor man nicht vergleichbare andere Sicherheiten geschaffen hat;
4. Der vierte Punkt bezieht sich auf die Betreuung der Studierenden. Ich betone besonders, dass man einen starken Mittelbau braucht, dass man überhaupt einen entsprechend differenzierten Lehrkörper braucht, um eine entsprechende Beratung für die Studenten zu sichern, und dass die Studierenden auch ein Recht auf eine solche Beratung haben müssen. Hier ist gerade in dem oben bereits zitierten Zwischenbericht zum Bologna-Prozess aus Brüssel ein m.E. gefährlicher bzw. missverständlicher Satz. Dort heißt es: „Die europäischen Universitäten haben sich lange durch einige große Leitbilder definiert, insbesondere durch das Ideal, das Wilhelm von Humboldt ... aufgestellt hat und bei dem die Forschung im Mittelpunkt der Universitätsaktivitäten steht und die Grundlage für die Lehre bildet. Heute distanzieren sich die Universitäten zunehmend von solchen Modellen, und die Entwicklung geht in Richtung einer immer größeren Differenzierung.“¹² In Europa wende man sich also zunehmend gegen die Humboldtsche Idee, weil man stärker differenzieren und Kernpotenzen konzentrieren will. Ich habe bei Humboldt nie gelesen, dass er gegen eine Differenzierung ist. Wenn ich sage, der Student hat die Berechtigung, gut betreut zu werden, dann bedeutet das natürlich auch eine Differenzierung des Lehrkörpers, bis dahin, dass man auch nicht einfach Lehre und Forschung gegenüber stellt. Einige sind eben begabter für Lehre und andere mehr für Forschung. Also, diese Differenzierung muss sein, und eine Spezialisierung der Einrichtung spricht auch nicht gegen Humboldt. Sicher ist natürlich, dass sich W. v. Humboldt für die *universitas* und damit gegen zu eng spezialisierte Einrichtungen ausgesprochen hätte.
5. Und der letzte Punkt: mehr Öffentlichkeit, Liberalität und Internationalität der Hochschulen. Hier meinen wir, dass man tatsächlich Bewertungsmethoden einführen kann. Wir stimmen auch Hansgünter Meyer¹³ sehr zu, wenn er auf die Definition der Forschungssituation eingeht, wie sie von Heinrich Parthey formuliert worden ist, und sagen: Man muss in der Tat von den inneren Beweggründen, von der inneren Forschungssituation ausgehen und kann nicht gleichsam von äußeren Gesichtspunkten her den Forschungsprozess bestimmen. Das heißt aber nicht, dass man sich generell gegen Bewertung, Evaluation usw. aussprechen sollte. Wir sind für Evaluation. Nur sie muss eben sachgerecht und von innen her auch kommen und nicht von außen.

¹² Mitteilungen der Kommission - Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, Brüssel, den 05.02.2003 KOM (2003) 58 endgültig, S. 5-6

¹³ Hansgünter Meyer: Hochschulforschung als Wissenschaftstheorie, in: *die hochschule* 2/2002, S. 41-57.

Ein letzter Satz vielleicht zu der Frage Bologna-Prozess. Der Verband Hochschule und Wissenschaft – hier spreche ich wieder offiziell, denn ich stütze mich hier auf das Referat unserer Bundesvorsitzenden, Frau Prof. Platz-Waury,¹⁴ das sie auf der genannten Festveranstaltung gehalten hat – ist für den Bologna-Prozess, insbesondere was die Angleichung der akademischen Grade angeht – Bachelor und Master. Bei der Durchführung einer Summer-School für Siemens in Bangkok, habe ich die Probleme, die mit unseren Abschlüssen im Ausland entstehen können, erlebt. Es kamen mehrere frühere Studenten, die in Berlin an der Technischen Universität studiert hatten, auf mich zu, die sagten, sie hätten Schwierigkeiten, dass ihr Diplom anerkannt wird. Das Diplom werde in Asien, genauer in Malaysia, erst anerkannt, wenn sie ihren Doktor haben. Nur, sagte ich, dass muss doch eigentlich die Botschaft durchsetzen. Ist das wirklich ein hinreichender Grund, deswegen generell den Bachelor und dann den Master anstelle des Diploms einzuführen?

Der Verband ist der Meinung, wir sollten Bachelor- und Masterstudiengänge generell befürworten, bei der Angleichung der Graduierungen aber doch differenziert bleiben. Das Diplom hat seinen Wert und sollte dort, wo es sich bewährt hat, in den traditionellen Ausbildungsrichtungen auch fortgesetzt werden.

Studiengebühren?

Weiterhin gibt es eine Stellungnahme in dem zur 30-Jahr-Feier gehaltenen Referat unserer Bundesvorsitzenden zur Einführung von Studiengebühren. Der Verband lehnt sie ab, auch wenn wir sehen, dass die Tendenz immer stärker dahin geht, dass man Studiengebühren einführen will. Wir sind mit dem Deutschen Beamtenbund und mit der Hochschulrektorenkonferenz der Meinung, dass für das grundständige Studium keine Studiengebühren erhoben werden sollten. Denn weder gibt es ein flächendeckendes funktionierendes Stipendiensystem, und ein höheres Lebenskommen haben die Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss gewöhnlich auch nicht. „Sie investieren schließlich erheblich in ihr Studium und kommen auch deutlich später auf den Arbeitsmarkt“. Diese unterschiedlichen Zukunftsaussichten muss man berücksichtigen. Kein uns bekanntes Industrieland hat das sozial gerecht gelöst. Und Studiengebühren verbessern sicher nicht die Chancengleichheit.

„Hinzu kommt, dass gerade die von unserer Industrie so dringend benötigten Ingenieurdisziplinen durch Studiengebühren weiter ausgetrocknet würden, falls die Industrie hier nicht vorab für sich selbst Zukunftssicherung betreibt. Ob junge Frauen überdies in demselben Maße wie heute in die Hochschulausbildung investieren, ist ebenfalls zumindest fraglich.“¹⁵

Es gibt also, wie Sie sehen, genügend Argumente sich gegen Studiengebühren auszusprechen.

¹⁴ E. Platz-Waury: Hochschule – quo vadis?, Eröffnungsreferat zum dreißigjährigen Jubiläum der Gründung des Verbandes Hochschule und Wissenschaft, Berlin, den 18. Juni 2003

¹⁵ ebenda

Die Vielfalt universitärer Agenda

Demokratische Bildungs-Instanz, Humboldtsches Wissenschaftsideal, Effizienz und Qualität in Forschung und Lehre

Jürgen Kocka

Im Unterschied zu meinen Vorrednern bin ich kein besonders ausgewiesener Sachkenner hinsichtlich der Dinge, die wir hier debattieren. Ich leite eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung und bin kein Forscher in Sachen Universitätswesen. Praktiker freilich sind wir alle irgendwie. Natürlich, denn wir alle haben einen großen Teil unseres Lebens in der Universität und viele auch in verschiedenen Universitäten, und manche auch in verschiedenen Ländern verbracht. Insofern verhandeln wir hier unsere eigene Sache.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit?

Ich will *erstens* etwas zu einer Diskussion sagen, die merkwürdigerweise überhaupt nicht mehr geführt wird. Ich meine die Diskussion über die Demokratisierung der Universitäten. Soweit Sie aus der Bundesrepublik, aus der alten Bundesrepublik, kommen und mein Alter haben, vielleicht etwas jünger oder etwas älter sind, werden Sie sich daran erinnern, dass wir in den sechziger, siebziger auch noch in den frühen achtziger Jahren, ständig über die Rechte und Teilnahmerechte der verschiedenen Gruppen in den Universitäten diskutiert haben. Über die Rechte der Studenten und der Mitarbeiter und der Hochschullehrer, über Paritäten, über Gremien, über Transparenz etc. Diese Debatte ist so gut wie weg. Ist sie weg, das wäre nun meine Frage, weil das alles so gut gelöst ist? Oder warum finden wir das nicht mehr wichtig? Aus dieser Debatte entstand seinerzeit die Gruppenuniversität, die wir im Prinzip immer noch haben, wenn sie sich auch verändert hat, zum Beispiel, was die Paritäten angeht. Aber diskutiert wird darüber überhaupt nicht mehr. Der Gesichtspunkt Demokratisierung und Wissenschaft, Demokratisierung und Hochschulen ist aus dem Diskussionsstand heraus. Meine Frage wäre: warum?

Zweitens, wie mein Vorredner auch, möchte ich etwas zum Problem soziale Gerechtigkeit sagen. Auch das ist keine zentrale Thematik der gegenwärtigen Diskussion. Wir debattieren über all die Universitätsprobleme und Reformen derzeit – wenn ich es richtig sehe – nicht primär unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit. Das Thema kommt bisweilen auf, insbesondere wenn es um Studiengebühren geht, aber zentral ist es augenblicklich nicht. Dabei ist es interessant, denn zweifellos verhilft eine Universitätsausbildung dazu, an den knappen Gütern und Lebenschancen mehr zu partizipieren, als wenn man diese Hochschulausbildung nicht hat. Das Haben oder Nichthaben von Hochschulausbildung ist also ein Faktor, der über den Zugang zu Lebenschancen der verschiedensten Art mitentscheidet – und zugleich wissen wir, dass der Zugang zu den Hochschulen, also zu der Institution, in der dann über solch ungleiche Verteilung mit entschieden wird, selber abhängt von einer Reihe sozialer Fak-

toren, wie Familienzugehörigkeit, Schichtzugehörigkeit etc. Soziale Verteilungsgerechtigkeit, Zugangsgerechtigkeit und Hochschulbildung hängen irgendwie zusammen. Ich frage mich, warum dieses Thema trotzdem relativ weit in den Hintergrund getreten ist und habe dazu zwei Teilantworten. Einerseits haben sich die hohen Erwartungen, die wir von den sechziger bis zu den frühen achtziger Jahren an die Hochschulausbildung und die Reform der Hochschulausbildung und der Universitäten hatten, als ein Mittel mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, im Großen und Ganzen nicht erfüllt. Es hat sich über die Jahrzehnte – so scheint es mir – eher gezeigt, dass die familiäre Herkunft *vor* dem Gang in die Schule und die Hochschule ein außerordentlich prägender und mitentscheidender Faktor ist, der von der Organisation des Zugangs zu den Hochschulen und durch die Organisation des Betriebs in den Hochschulen selbst nur wenig beeinflusst werden kann.

Zu diesem Aspekt noch eine Bemerkung im Zusammenhang mit der Diskussion über die Studiengebühren. Im Ernst, mir leuchtet nicht ein, dass das Fehlen von Studiengebühren besonders sozialgerecht ist. Unser System läuft doch eigentlich darauf hinaus, dass die *Kosten* der Universitätsausbildung *sozialisiert* sind, nämlich in den allermeisten Fällen vom Steuerzahler getragen werden. Während der *Nutzen privatisiert* ist, den jemand durch die Hochschulausbildung hat. Und es will mir nicht in den Kopf, was daran sozial gerecht sein soll. Außerdem zeigen Vergleiche zwischen Ländern, die Studiengebühren haben, mit Ländern, die wie wir keine oder kaum welche haben, dass der Zugang zu den Hochschulen bei den letzteren nicht gleicher, demokratischer gegenüber den Ländern ohne Studiengebühren ist. Also gerade unter dem Gesichtspunkt soziale Gerechtigkeit denke ich, sollte man noch einmal kräftig über die Studiengebühren nachdenken.

Humboldt einst – Humboldt heute

Dritter Punkt: Humboldt. Bewegen wir uns wirklich und sogar schneller als in den letzten Jahrzehnten weg von Humboldt, so dass man einen Alarmruf ausstoßen müsste? Nein, in einigen Zusammenhängen sind wir schon lange und sehr weit von der Humboldtschen Universitätsidee entfernt. Denken Sie an die Bedeutung der Philosophie, die in Humboldts Idee der Universität zentral war. Eine Leitwissenschaft, ein Zentrum aller Bildungsbemühungen, ist die Philosophie seit hundert Jahren nicht mehr; sie spielt im Fächerkanon aus guten Gründen eine eher marginale Rolle. In anderen Hinsichten bewegen wir uns aber nicht von Humboldt weg, im Gegenteil. Was die Autonomie der Universität relativ zum Staat angeht, so sehe ich sie nicht bedroht. Im Gegenteil, in einigen Punkten nimmt die Autonomie der Universitäten derzeit – relativ zum staatlichen Eingriff – sogar zu. Globalhaushalte, Kuratorien, Experimentierklauseln aller Art sind neu, und der Beamtenstatus ist ja im Großen und nicht wirklich bedroht. Der Beamtenstatus gewährleistet weiterhin ein hohes Maß an Autonomie gegenüber staatlichen Eingriffen. Die Wissenschaftlichkeit der Ausbildung, finde ich, hat übers letzte Jahrhundert im Sinne von Durchprofessionalisierung eher zugenommen, und in dem Maße, in dem das geschieht, wird auch über die Inhalte dessen, was an den Universität gelehrt und geforscht wird, nicht von Seiten des Staates, sondern eher von Seiten der Wissenschaftler entschieden.

Also, in einer Hinsicht, im Falle der Philosophie, ist Humboldt schon lange passé, in anderer Hinsicht werden wir eher „humboldtianischer“ als wir waren, und in einem dritten Punkt finden wir ein Einerseits und Andererseits.

Dieser dritte Punkt ist die Einheit von Forschung und Lehre. Das war ja wohl eine Grundidee der Humboldtschen Universität, an der sich nach meiner Ansicht, jedenfalls in den Fächern, die ich eher kenne – ich bin Historiker – auch wirklich festzuhalten lohnt. Aber wir beobachten dabei eine große Zunahme von Differenzierungen. Ich schließe hier, Herr Pastermack, an Ihre Bemerkung an: Wir können und müssen doch, denke ich, in der Zunahme von Differenzierungen auch eine gewisse Relativierung der Einheit von Forschung und Lehre sehen. Der Unterschied zwischen Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten wurde schon genannt. Mindestens ist das typische Mischungsverhältnis zwischen Lehre und Forschung in diesen verschiedenen Hochschulformen und Institutionen verschieden. Es gibt im Augenblick die Tendenz, zwischen Bachelor- und Master-Ausbildung schärfer zu unterscheiden, was in unserem System in den meisten Fächern bisher nicht vorgesehen war. Aber damit unterscheiden wir auch stärker zwischen forschungsnahen Studienphasen einerseits und ganz stark auf Lehre, auf Vermittlung des Stoffes und auf Grundwissen konzentrierten Phasen andererseits. Das dürfte auch eine Differenzierung innerhalb der Dozentschaft nach sich ziehen, so dass wir, und das haben ja bereits einige Vorredner gesagt, eine Zukunft vor uns haben, in der primär oder fast ausschließlich lehrendes Personal und primär oder fast ausschließlich forschendes Personal unterschieden werden.

Außerdem haben wir natürlich die Trennung zwischen außeruniversitärer Forschung und universitärer Forschung, besonders – und seit langem – in der Technik und in den Naturwissenschaften. Das ist auch eine Relativierung des alten Humboldtschen Prinzips der Einheit von Lehre und Forschung. Zu Recht, finde ich, in diesem Punkt mindestens, und um so mehr, je größer das System wird. Ferner: damals, in den sechziger Jahren, wurden zwei bis vier% eines Jahrgangs in das tertiäre Bildungssystem integriert, heute sind es über zwanzig und man möchte dreißig und vierzig Prozent haben. Aber wenn wir ein solches Wachstum des tertiären Systems haben, brauchen wir eine innere Differenzierungen, sogar eine Zunahme innerer Differenzierungen. Man kann systemtheoretisch ableiten, warum das notwendig ist. Und es lässt sich so auch beobachten.

Allerdings ist in solch einem großen System nicht alles von außen steuerbar. Es muss sich irgendwie im Inneren selbst steuern. Aber das wird es nicht tun, wenn es nicht ausdifferenziert ist, wenn es nicht unterschiedliche Institutionen mit unterschiedlichen Profilen gibt, zwischen denen gewählt werden kann. Wenn es nicht zwischen den Institutionen künftig mehr Wettbewerb gibt, mehr als wir jetzt haben. Unsere Föderalismusdiskussion übrigens würde ich auch in diesem Zusammenhang sehen. Vielleicht kommen wir darauf noch extra zurück. Und wenn die innere Differenzierung aus guten Gründen weiter zunimmt, dann wird dies die Grundidee der Einheit von Forschung und Lehre immer mehr relativieren. Und das ist gut so, es kann, denke ich, nicht anders sein.

Viertens in Kürze nur noch eine Frage: Ich bin wie Herr Kreckel und andere in unserer Runde der Meinung, dass wir weit davon entfernt sind, marktwirtschaftliche Hochschulen zu bekommen. Nein, marktwirtschaftliche Akteure sind unsere Hochschulen derzeit nicht, und ich sehe das auch nicht wirklich auf uns zukommen. Andererseits wird sehr viel von der Ge-

fahr der Ökonomisierung geredet. Die Autonomie der Universitäten sei heute nicht mehr, wie zu Humboldts Zeiten, durch den Staat bedroht, sondern sie sei durch die Ökonomie bedroht, durch die Wirtschaft und deren Übermacht. Das ist auf dem Podium hier mehrfach angeklungen. Darum meine Bitte, geben Sie mir Beispiele. Wo passiert das derzeit in der Bundesrepublik? Ich sage nicht, dass das nicht passiert. Ich möchte das aber besser verstehen können. Der Hinweis auf Studiengebühren reicht nicht. Auch dass sich in Berlin eine Initiative „An morgen denken“ bildet, in der Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftsvertreter zusammenarbeiten, ist kein Beweis. Also ich möchte wirklich verstehen, wie die Ökonomisierung der Hochschulen sich im Augenblick so vollzieht, dass wir Warnzeichen aufrichten müssen. Im Übrigen: ein bisschen mehr Markt in diesem System könnte helfen. Auch im Zusammenhang mit den Studiengebühren.

Dazu will ich Ihnen eine passende Geschichte erzählen: Ich bin seit 1984/85 ein Befürworter von Studiengebühren. Übrigens habe ich im Wissenschaftsrat Anfang der 90er Jahre einmal zwei Abstimmungen im Plenum und in der Wissenschaftlichen Kommission verloren, weil ich der Einzige war, der die Möglichkeit von Studiengebühren bejahte. Meine Erfahrung kam aus einem Gastaufenthalt 1984/85 an der Universität in Chicago. Ich hatte Seminarprogramm schon in Deutschland gemacht und nicht gemerkt, dass der ‚thanksgiving day‘, ein Feiertag war. Dann kam dieser ‚thanksgiving-day‘ im Herbst, und an diesem Tag fielen Vorlesung und Seminar aus. Da habe ich dann an einem der nächsten Tage diese Vorlesung und das Seminar dazu nachgeholt. Nachdem ich das gemacht hatte, kam eine kleine Abordnung von Studierenden zu mir und sagte: „Thanks, professor for putting these additional hours in.“ Und ich hab’ mir gesagt, das wäre mir in Deutschland nicht passiert.

(Einwurf eines Hörers: So ist ja ein Feiertag auch nicht gemeint, dass man ihn nacharbeitet.)

Eben. Aber diese Studenten da wussten, wie viel Wert aufwändige, hochbezahlte Lehre hat. Wie viel sie wert ist, denn sie und ihre Eltern hatten die Ausbildung bezahlt und so verstanden sie sich mir gegenüber in einer Forderungshaltung. Und die hatten sie in diesem Falle freundlich ausgedrückt, die hätten sie aber anders ausdrücken können, nämlich wenn ich meine sechs Stunden nicht absolviert oder wenn ich Leute eine Stunde vor der Sprechstundentür warten gelassen hätte. Es ging um Gebühren – also kann man fordern und es wurde gefordert. Dieses Forderungsbewusstsein fehlt in unserem System weitestgehend und die Studiengebühren könnten dem aufhelfen.

Leistungsbewertung – Leistungsvergleich

So viel erstens zur Demokratisierung, zweitens zur sozialen Gerechtigkeit, drittens zu Humboldt, viertens zur Ökonomisierung.

Ein *fünfter Punkt* noch, und mit dem komme ich dann zum Ende. Wissen wir eigentlich, welche Qualität die deutschen Universitäten im internationalen Vergleich haben? Zweifellos, man hat schon elementare Erfahrungen, wenn man nur an wenigen Universitäten an der Ost- und Westküste der Vereinigten Staaten studiert oder gelehrt hat. Da gewinnt man schon sehr deutlich ein Gefühl dafür, dass dort mehr geleistet, härtere Leistungen abgefordert, eine höhere Qualität verlangt wird. Aber an vielen europäischen Universitäten hat man dieses Gefühl

nicht unbedingt. Dort wird eher mit noch mehr Wasser gekocht als bei uns, denke ich. Also, welches sind unsere Vergleichsmöglichkeiten? Die Tatsache, dass wir kaum noch Nobelpreisträger haben im Vergleich mit anderen Ländern, scheint mir ein wichtiger Indikator zu sein. Aber so ganz sicher bin ich ehrlich gesagt nicht, was die Qualitätsbeurteilung im internationalen Vergleich angeht. Ich denke jedoch, dass das sehr vieles besser werden muss und werden wird. Ich glaube, dass die incentives, also die Anreize und die Sanktionen innerhalb der Universitäten noch nicht optimal gesetzt sind. Wie Sie eben sagten, Herr Pasternack, wenn es Tendenzen zur Verwahrlosung gibt in der Praxis von Hochschullehrern oder in der Praxis von Studierenden, dann fällt das noch unter Spielräume, die wir an den Hochschulen immer haben. Das wird nicht sanktioniert. Es gibt Tendenzen zum Sich-nicht-kümmern, die unter dem Gesichtspunkt der Freiheit von Forschung und Lehre fälschlich legitimiert werden. Und wenn da etwas mehr Durchorganisation und vielleicht auch der eine oder andere Marktanreiz gesetzt würde, fände ich das gut.

Ich habe 1973 in Bielefeld als Professor zu arbeiten begonnen. Bielefeld war eine Reformuniversität. Ich erinnere mich, dass wir damals eine Studierendenkartei einführen wollten, die es erleichtern sollte, an die Studierenden heranzukommen, um regelmäßiger und häufiger mit ihnen über ihre Studienleistungen zu diskutieren. Die Universität war anfangs sehr klein. Da war das möglich, und es war Teil eines Reformprojektes. Aber es ist innerhalb von einem Semester gestorben. Aus zwei Gründen: Erstens, es hätte sehr viel zusätzliche Arbeit gekostet und wir als Hochschullehrer waren deshalb nicht absolut begeistert darüber. Und zweitens, die Studenten haben das als ein Maß an Kontrolle und Intervention aufgefasst, gegen das sie glaubten, sich wehren zu müssen. Also im Interesse der Freiheit der Lehre und der Freiheit des Studierens wurde dieses Stück Reform, was wir uns damals vorgenommen hatten, abgebrochen. So etwas gibt es immer wieder.

Meyer: Ich darf zunächst für die vielseitigen und wie ich hoffe, sehr anregenden Ausführungen hier vom Podium danken. Ich möchte nicht alle Statements kommentieren und ihrer Diskussion nicht vorgreifen. Soviel dennoch, es war sicher für alle sehr interessant, dass Sie, Herr Fuchs-Kittowski und Herr Kocka, Ihre internationalen Erfahrungen mit angesprochen haben, die ja auch eine sehr widersprüchliche Situation spiegeln.

Sie, Herr Fuchs-Kittowski, sprachen von der Notwendigkeit ausreichender rechtlicher und vertraglicher Regelungen. Das ist sicher sehr richtig und wichtig. Aber das hat auch eine problematische Kehrseite. Im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess z.B. werden wir eine Fülle von Verflechtungen zwischen Hochschulen und zwischen ihnen und der Praxis, also der Wirtschaft wie der Politik bekommen. Trotz aller in Aussicht gestellter Autonomie und schon angelaufener Lockerung des Mitteleinsatzes wird die Pyramide von Management und Bürokratie nicht wesentlich abgebaut werden, die rechtlichen und bürokratischen Beziehungen werden eher dichter und vielfältiger. Besonders der wachsende Sparzwang mit seinen Struktureingriffen wird zu einer neuen Welle von Festlegungen durch die Ministerialbürokratie der Länder führen. Hier stellen sich neue Aufgaben der Wissenschafts- und Hochschulforschung und neue politische Erfordernisse, etwas gegen das Überhandnehmen von Bürokratie und Verordnungsunwesen zu tun.

Wir kommen nun dazu, so meine Bitte an das Auditorium, dies alles gesprächsweise zu vertiefen.

Die Diskussion¹⁶

PD Dr. Heinrich Parthey:

Über unzureichende Mittel

Ich möchte an die letztgenannte Problematik anknüpfen, die Herr Kocka ausgeführt hat, weil sie offensichtlich das Grundproblem ist. Also: die Finanzierung der Wissenschaft in Deutschland. Es ist eben das Unangenehme, wie Herr Kocka schon gesagt hat, und wie die Statistik es ausweist, dass Deutschland seit Jahrzehnten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt viel zu wenig bereit war für die Wissenschaft auszugeben, als andere wirtschaftlich und wissenschaftlich führende Länder. Es hat sich ein bisschen zum Guten verändert, aber Deutschland finanziert nicht in dem Maße die Wissenschaft, wie es andere tun. So wären statt wie bisher 2,5% (im Jahre 2002) mindestens 3% des Bruttoinlandsprodukts als Investitionen für Wissenschaft und Forschung in Deutschland zu fordern, denn es reicht eben nicht aus, mit den USA (2,8% im Jahre 2002) und Japan (3% im Jahre 2002) in diesem Bereich nur Schritt zu halten. Hinzuzufügen wäre auch, dass die Wirtschaft für Forschung und Entwicklung im Jahre 2002 auch nur 2,6% der Bruttowertschöpfung der Unternehmen in Deutschland aufgewendet hat.

Im Anschluss an diese Statistik können folgende weiterführenden Fragen gestellt werden: Ob denn diese Mittel für Universitäten und außeruniversitäre Forschung proportional vernünftig verteilt sind? Oder, zu wessen Gunsten und Ungunsten sind sie verteilt? Dazu können aus der Geschichte der Wissenschaft einige Sachverhalte angeführt werden, die Anlass zu weiterem Nachdenken geben.

Bekanntlich kam im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die wissenschaftsbasierte Industrie auf, die heute in Deutschland 60% der für die Wissenschaft notwendigen Aufwendungen finanziert. Heute kann nun die Frage gestellt werden, ob die Wirtschaft nicht auch die Ausbildung für den Teil der Absolventen von Hochschulen mitfinanzieren sollte, den die Wirtschaft aufnimmt und beschäftigt. Von der Sache her ist die Wirtschaft an der Qualität der Hochschulbildung interessiert und es stellt sich die Frage, ob bei diesem Geben und Nehmen zwischen Wirtschaft und Hochschulen nicht auch die Hochschulausbildung anteilig von der Wirtschaft mitzufinanzieren wäre. Wenn die Wirtschaft in Deutschland jährlich über mehr als die

¹⁶ Zwischenüberschriften redaktionell eingefügt

Hälfte aller Hochschulabsolventen anstellt und die Ausrüstung der Labors ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit finanziert, wieso ist dann die Finanzierung der Hochschulqualifikation auch für diesen Teil der Absolventen, bis hin zur Promotion, eine Sache der Steuerzahler? Sollte ein Interesse der Wirtschaft an einer hohen Qualität der Hochschulabsolventen nicht auch zu einer Mitfinanzierung von Universitätsinstituten führen, von denen die meisten Absolventen in der Wirtschaft Beschäftigung finden? Liegt nicht hier gerade der Vorteil der amerikanischen Finanzierung der Hochschulen, dass dabei eine Mischfinanzierung durch Stiftungskapitel mit im Spiel ist, für das es in Deutschland bislang keine Analogie gibt. Darüber sollte wirklich ernsthaft nachgedacht werden.

Betrachtet man die Geschichte der Universitäten, dann sind Universitäten im 13. Jahrhundert als eine europäische Konzeption aufgekommen, um wissenschaftsbasierte Berufe auszubilden. Und zwar ursprünglich in drei Richtungen: einmal Ärzte für die Gesundheit der Menschen; zum anderen Juristen für den Staat und die Ordnung, und schließlich Theologen für das Geistliche. Das waren Berufe, bei denen die Absolventen der Universitäten von den jeweiligen Trägern, also vom Staat, oder von den Ärzteschaften, oder von der Kirche überprüft wurden, ob sie nach dem Studium für den jeweiligen Beruf geeignet sind, bevor man sie den Beruf ausüben ließ. Denn es reichte für die Berufsausübung nicht, die Universitätsausbildung absolviert zu haben.

Die Wirtschaft verfährt nun heute anders: sie nimmt die Leute so wie sie die Ausbildung in den Natur- und Technik-Wissenschaften, aber auch in den Sozialwissenschaften absolviert haben. Auch Juristen werden von der Wirtschaft genommen, alle auf die gleiche Weise. Wäre es nun nicht sinnvoll, der Wirtschaft in dieser Beziehung eine Differenzierung anzubieten, dass die Berufsausbildung von Ärzten, Lehrern, Sozial- und Geisteswissenschaftlern und Juristen, soweit sie durch Universitäten durchgeführt werden, nach wie vor wie seit Jahrhunderten in Händen des Staates zu legen und ihre Finanzierung durch Steuern zu garantieren. Über die Finanzierung der Ausbildung der dann vor allem in der Wirtschaft wissenschaftlich Tätigen, insbesondere Absolventen der natur- und technikwissenschaftlich Ausbildung sollte man neu befinden – insofern dort ja gerade der große Bedarf der Industrie liegt. Das wäre eine moderne Diskussion, angesichts der Erfahrungen der USA, die von Anfang ihrer Geschichte auf die Mischfinanzierung der Hochschulen gesetzt haben.

Aktuell: Mischfinanzierung

Wenn heute in Deutschland gewisse Ängste vor einer Mischfinanzierung von Hochschulen bestehen, so können Ängste dieser Art gerade mit Blick auf die deutsche Wissenschaftsgeschichte nicht verstanden werden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde von Adolf von Harnack, dem Gründer und ersten Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, formuliert: „Die Wissenschaft geht zur Zeit mit dem Klingelbeutel im Land umher. Das fordert Abhilfe. Aber sie kann nur so erfolgen, dass aus der Not eine Tugend gemacht wird, und vielleicht entspringt ein ganzer Chor von Tugenden, der sogar das alte We-

sen verändert“.¹⁷ So wurden seit 1911 in Deutschland mischfinanzierte außeruniversitäre Forschungsinstitute aufgebaut, die teilweise gemeinsam von der Industrie und vom Staat finanziert wurden, andere allein vom Staat und andere wiederum allein von der Wirtschaft. Aus dieser Vielfalt mischfinanzierter außeruniversitärer Forschungsinstitute ergab sich die Funktionsweise der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit ihren Instituten und ihrer ruhmreich mit Nobelpreisen belohnten Arbeit.

Und wie steht es nun heute mit der Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft, deren Vorläufer die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war? Alles, was sie hat, bekommt sie über Steuergelder. Warum denn das? Wann und warum ist denn in Deutschland diese Angst vor der Mischfinanzierung entstanden? Welche Argumente gab es denn dafür, die schon mal funktionierende Mischfinanzierung der außeruniversitären Forschung zurückzunehmen?

Ich will meine Ausführungen dazu beenden. Es scheint mir wirklich notwendig, darüber konzeptionell und am Beispiel von geschichtlichen Verläufen, die anders als anfangs angedacht gelaufen sind, nachzudenken und herauszufinden, warum die Dinge in Deutschland so verliefen, dass – außer den genannten 60% der Finanzierung der Wissenschaft durch die Wirtschaft – heute fast die Hälfte – die übrigen 40% – der Wissenschaft über Steuergelder finanzierten Strukturen sind. Es bleibt festzustellen, dass dies modernen Formen von Institutionen der Wissenschaft und ihrer Finanzierbarkeit durch Innovationen nicht angemessen ist.¹⁸

Argumente für diese Sicht der Dinge finden sich auch in einer bereits im Jahre 1978 erschienen interessanten Studie von Nicholas Rescher über die Ökonomie der Forschung. Und Rescher legte bereits damals anhand von Datenmaterial die Problematik so dar, dass die Gestaltung von Forschungssituationen im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu Anforderungen an die Finanzierbarkeit von Wissenschaft geführt hat, die es nahe legen „in bezug auf die Verfügbarkeit von Ressourcen für die wissenschaftliche Arbeit eine Situation vorauszusehen, in der sich nichts mehr bewegt“.¹⁹ Nach wie vor kann möglicherweise die Forschung zum Stehen kommen, wenn sie nicht richtig finanziert wird. Und genau das ist das Grundproblem. Es ist für die Forschung, wenn man das so sieht, die Schwierigkeit entstanden, dass ihre Finanzierung in die Dimension großer Industrieinvestitionen gekommen ist – wer nun soll das (weiterhin!) bezahlen? Das ist die Frage.

Also, wenn Forschung künftig nicht zum Erliegen kommen soll, muss es zu einem Konzept kommen, wie es weitergehen soll. Da drängt sich wiederum die Frage auf, wie funktioniert hier eine Mischfinanzierung? Sonst stehen wir vor einer Situation, wo nichts mehr angemessen läuft.

¹⁷ Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911 – 1961. Beiträge und Dokumente. Göttingen 1961, S. 95

¹⁸ Parthey, H.: Formen von Institutionen der Wissenschaft und ihre Finanzierbarkeit durch Innovationen, in: Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2001. Hrsg. v. Heinrich Parthey und Günter Spur. Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2002, S. 9-39

¹⁹ Rescher, N.: Wissenschaftlicher Fortschritt. Eine Studie über die Ökonomie der Forschung. Berlin-New York: de Gruyter 1982, S. 76

Prof. Hansgünter Meyer:

Kapazitätswellen der industriellen F&E

Lassen Sie mich im Anschluss daran noch eine Bemerkung zur Industrie machen. Bis in die späten 80er Jahre gab es seitens der Industrie einen wahren Run auf die naturwissenschaftlich-technischen Experten, mit denen man die industrielle F&E zu verstärken gedachte. Eine interessante Einsicht bietet die von Rüdiger Pieper 1990 herausgegebene Sammlung der Beiträge einer Konferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach,²⁰ an der auch interessante Vertreter der Industrie beteiligt waren. Die Unternehmen stellten im Verlauf der 80er Jahre insbesondere naturwissenschaftliche Absolventen zu Tausenden ein. Dann passierte etwas Unvorhergesehenes: In den frühen 90er Jahren zeigte die Statistik, dass die Industrie ihre F&E-Ausgaben eingefroren und z.T. erheblich abgesenkt hatte (vgl. 1991 zu 1994).

Angaben des BMBF 1996 zur Stagnation der F&E-Aktivitäten der deutschen Unternehmen²¹

Jahre	1991	1993	1994	1995
Ausgaben Mrd. DM	51. 675	51. 236	51.190	52.120*

* Prognostische Erwartungen der Wirtschaft

Zu den vom BMBF ausgewiesenen Absenkungen sind noch die Minderungen hinzuzurechnen, die sich aus dem Kaufkraftrückgang der DM einerseits und dem extravaganten Steigen der Preise für Immobilien, Mieten und Ausrüstungen in diesen ersten Jahren des deutschen Vereinigungsprozesses ergaben. Zugleich wurden (verbreitete Strategie der *lean-production* dieser Jahre) bedeutende Personalkapazitäten in F&E und in den logistischen Peripherbereichen abgebaut. 1994, bei empirisch-sondierenden Gesprächen mit führenden naturwissenschaftlichen Professoren in Göttingen, berichteten diese, dass die Kapazitätseinbrüche in der industriellen F&E bereits auf das Studieninteresse der potentiellen Studienanfänger zurückschlugen und sich die Berufsperspektiven der Absolventen spürbar verschlechterten. Dieser Trend setzte sich – abgeschwächt – bis in die späten 90er Jahre fort.

Mit Blick auf dieses Auf- und Ab der Aufwendungen der Industrie für Forschung und Innovation und bei ihrem in Rede stehenden, relativ geringfügigen Beitrag zur Drittmittelförderung der universitären und außeruniversitären Forschung, müsste man dringend eine Kurskorrektur der Reformkontroverse dahingehend verlangen, dass es – synchron mit der Hochschulreform – eine Reform der Industrieforschung geben müsse, wobei die Wirtschaft per gesetzlicher Regelung auf ganz andere Art und Weise herangezogen wird, den Wissenschafts-Standort Deutschland, die Ausbildung von Wissenschafts-Personal und insbesondere die Ausbildung und Förderung von absoluten Spitzenkräften besser zu placieren und attraktiver zu machen. Man könnte leicht zu den bereits in den 80er Jahren praktizierten Förderungen zurückkehren, als die großen, F&E-starken Unternehmungen Förderverträge und Einstellungszusagen mit befähigten Diplomanden und Doktoranden abschlossen, die ihnen die Möglichkeit gaben, in Spitzenlabors ihre Forschungsbefähigung weiter auszubilden.

²⁰ Rüdiger Pieper: Human Resource Management: An International Comparison. Verlag de Gruyter, Berlin/New York 1990

²¹ Bundesbericht Forschung, Bonn 1996, S. 91

Aber jetzt haben wir eine Situation, wo die Personalstruktur stagniert, man braucht kein Head-hunting mehr zu veranstalten, mit Blick auf die arbeitslosen oder berufsfremd tätigen Akademiker ist sogar ein Überschuss da. Es gibt einige Fächerkombinationen in der Informatik und bei den Technikwissenschaften, wo ein Mangel an Arbeitskräfteangebot signalisiert wird, aber im allgemeinen kann man bei Expertenmangel, wenn man will, auf den personalen Stauraum zurückgreifen und weitere lassen sie sich aus dem Ausland gewinnen. Weshalb, so fragt man sich sicher in der Industrie, sollte man nun den Absolventenstrom aus den Hochschulen auch noch finanzieren? Man soll doch froh sein, wenn wir – alle arbeitslosen Akademiker aller Altersklassen addiert – bei nur einem Absolventenjahrgang Unbeschäftigte soviel davon in Lohn und Brot haben?

Die Forderung, die Studierendenrate je Jahrgang bedeutend zu erhöhen, kommt ja aus den oberen Rängen der Ministerialbürokratie, die sich an die OECD-Standards anpassen will, sie wird, soweit ich belesen bin, nicht mit der Angebotslage auf dem Arbeitsmarkt begründet, sie kommt also nicht aus der Wirtschaft. Von dort kommen die Leistungs- und Qualitätsanforderungen und die Rufe nach einem Sparkurs für die Wissenschaft.

Mehr und bessere Leistung für weniger Geld, heißt es. Es ist leicht einzusehen, dass sich damit der Standort Deutschlands für akademische Forschungsbefähigung der Spitzenklasse nicht verbessert.

Prof. Hubert Laitko:

Die KWG und fiskalische Zurückhaltung

Zunächst möchte ich bemerken, dass die Beiträge, die die Unternehmen über den Stifterverband zur Aufrechterhaltung der Universitäten und der außeruniversitären Grundlagenforschung aufwenden, verhältnismäßig bescheiden sind. Das Mäzenatentum der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft ist, gemessen an ihrem Leistungsvermögen, nach meinem Eindruck heute erheblich geringer entwickelt, als es vor dem Ersten Weltkrieg der Fall war. Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) – an deren Tradition das Flaggschiff der außeruniversitären Grundlagenforschung im heutigen Deutschland, die Max-Planck-Gesellschaft, unmittelbar anknüpft – wäre damals ohne massive Beteiligung des Industrie- und Finanzkapitals nicht möglich gewesen. Der wilhelminische Staat war nicht bereit, eine solche Forschungsorganisation allein aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Wäre es nicht zu der im Ensemble der wissenschaftlichen Einrichtungen neuartigen Konstruktion der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gekommen, dann hätte es vielleicht noch Jahrzehnte gedauert, bis Deutschland über potente Organisationen der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung außerhalb der Universitäten verfügt hätte. Insofern war die deutsche Wirtschaft (keineswegs als ganze, wohl aber in Gestalt einiger ihrer weitblickendsten Vertreter) entscheidend an einer innovativen Wiechenstellung bei der Ausdifferenzierung des wissenschaftlichen Institutionengefüges beteiligt, die bis heute in Kraft geblieben ist – nun freilich mit dem Unterschied, dass die Finanzierung der MPG wieder fast vollständig der öffentlichen Hand obliegt.

Eine Leistung von vergleichbarer Tragweite für die Wissenschaft hat die Wirtschaft in neuerer Zeit nicht mehr vollbracht. Nichtsdestoweniger ist sie – nur eben nicht mäzenatisch,

sondern zu ihren eigenen Zwecken – in einer präzedenzlosen Größenordnung an der Wissenschaft beteiligt. Das Ausmaß, in dem wissenschaftliche Arbeit innerhalb der Wirtschaft geleistet wird, verhält sich umgekehrt proportional zu der Diskretion, die man gegenüber der Öffentlichkeit über diese Art der Bindung großer wissenschaftlicher Potentiale gemeinhin wahrte. Mehr als die Hälfte der Forschungskapazität, über die die Wissenschaft in Deutschland verfügt, befindet sich innerhalb der Privatwirtschaft. Diese geballte Kompetenz dürfte ausreichen, um der Wirtschaft alle Nutzenwendungen aus der an öffentlichen Einrichtungen betriebenen Wissenschaft zu sichern, deren sie bedarf. Es liegt auf der Hand, dass man über das Wissenschaftssystem eines Landes eigentlich nicht begründet urteilen kann, wenn man den in der Wirtschaft gebundenen Löwenanteil seiner Forschungskapazität außer acht lässt; nichtsdestoweniger machen sich Diskurse über das Verhältnis von Gesellschaft und Wissenschaft nicht selten eben dieser Vernachlässigung schuldig und ziehen lediglich das Hochschulwesen und allenfalls noch die Organisationen der öffentlich geförderten außeruniversitären Forschung in Betracht.

Defizite in der Wissenschaftsforschung

Das ominöse „Versäulungssyndrom“, das man oft als eine spezifische Krankheit der Universitäten diagnostiziert, hat sich auch der Selbstreflexion der Wissenschaft bemächtigt, die in der Regel nur noch sektoral betrieben wird. In Deutschland gibt es eine entwickelte Hochschulforschung mit verschiedenen Instituten und Arbeitsgruppen – die Wissenschaftsforschung (*science of science* oder *science research*) hingegen, die sich mit der Struktur und Dynamik ganzer Wissenschaftslandschaften in der Wechselwirkung aller ihrer Elemente befasst, findet hingegen kaum noch einen Ort. Erst wenn die Proportionen und Austauschbeziehungen zwischen allen diesen Elementen – einschließlich jener zwischen privatwirtschaftlich gebundener F&E und öffentlich geförderter Wissenschaft – umfassend analysiert und bilanziert sind, wird sich auch vernünftig beurteilen lassen, welche Rollenprofile welchen Institutionen zugeschrieben werden sollen und welche Leistungen von welchen Einrichtungen verlangt werden können.

Über das Hochschulsystem kann man auf zwei wesentlich voneinander verschiedenen Ebenen diskutieren. Die eine Ebene ist der Normaldiskurs, der gewisse gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Hochschulentwicklung als gegeben hinnimmt und voraussetzt und so die Hochschulreform von den grundsätzlicheren Fragen des gesellschaftlichen Wandels abkoppelt. In diesem Sinne hat Herr Kreckel gegen Ende seines Beitrages bemerkt, dass die finanzielle Ausstattung des Hochschulwesens nicht nennenswert zunehmen, die Zahl der Studierenden kaum abnehmen werde und wir uns bei allen Überlegungen, wie die Hochschulen mit ihren Problemen fertig werden, in diesem Rahmen bewegen müssten. Damit ergibt sich nur ein begrenzter Fächer von Optionen, eingeschränkt auf strukturelle Modifikationen und Änderungen im Verteilungsmodus der verfügbaren Mittel (bevorzugte Variante: ungleichmäßigere Verteilung via verschärften Wettbewerb). Auf der zweiten Betrachtungsebene würde diese methodische Abkoppelung jedoch aufgehoben und auch der gesellschaftliche Rahmen für die Tätigkeit nicht mehr als gegeben unterstellt. Diese Perspektive entspräche etwa dem von Nowotny, Scott und Gibbons vertretenen Konzept der Koevolution von Wissenschaft und Gesellschaft. Wenn man sie einnimmt, dann steht der Status quo der Gesell-

schaft selbst zur Disposition, ein bloß soziotechnischer Lösungsmodus verbietet sich, und wer darüber nachdenkt, gerät sogleich in die unbequeme Lage des Gesellschaftskritikers.

Dann wäre beispielsweise die Frage legitim, wie die Ausstattung des Hochschulwesens im Vergleich zu jener anderer gesellschaftlicher Teilbereiche zu beurteilen ist, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Zukunft des Gemeinwesens als unentbehrlich gelten. Häufig wird festgestellt, dass die durchschnittliche Überlast der Universitäten heute (mindestens) 100% beträgt, dass also mit den Mitteln, die für einen Studierenden gedacht sind, zwei Personen studieren. Es ist auch bekannt, dass diese Lage der Dinge kein Vereinigungseffekt ist, sondern in der Bundesrepublik Deutschland mindestens seit den frühen achtziger Jahren die Personal- und Sachausstattung der Hochschulen weitaus langsamer wuchs als die Zahl der Studierenden. Damit musste sich die Schere zwischen beiden Parametern von Jahr zu Jahr weiter öffnen. Das aus der DDR überkommene wissenschaftliche Personal hätte die Möglichkeit geboten, Anfang der neunziger Jahre zumindest auf der personellen Seite die Situation zu entspannen, doch die Chance ist ungenutzt verstrichen. Es fragt sich, ob es überhaupt noch ein zweites gesellschaftliches Leistungssystem gibt, das eine ähnliche Überlast trägt. Wäre jemand in der Lage, darauf eine plausible Antwort zu geben?

(Zwischenruf: Das Gesundheitssystem!)

Ich glaube nicht, dass dies so zutrifft. Um eine gute Versorgung ohne unzumutbare Selbstausschöpfung der Ärzte zu erreichen, wäre hier zweifellos eine gewisse Erweiterung der Personaldecke wünschenswert, doch es dürfte weit überzogen sein, von einer einhundertprozentigen Überlast zu sprechen. Andererseits behauptet man (mit welchem Recht, vermag ich nicht einzuschätzen) verbreitet, dass im klinischen Bereich ein drastischer Abbau der Bettenkapazität nicht nur möglich, sondern sogar geboten sei. Sollte ein seriöser Vergleich ergeben, dass womöglich das Hochschulwesen unter allen in der Zuständigkeit der öffentlichen Hand befindlichen Leistungssystemen die größte Überlast trägt, dann wäre es durchaus legitim, auch die Frage einer Mittelumverteilung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen aufzuwerfen.

Zu Paradigmen der Hochschul-Kontroverse

Es ist nicht unwichtig, den paradigmatischen Rahmen oder auch die konkurrierenden Paradigmen zu explizieren und zu hinterfragen, die den Hochschulreformdiskurs leiten und nur zu leicht als Selbstverständlichkeiten hingenommen werden. Welche Kategorien stehen im Zentrum dieses Diskurses? Heute scheinen zwei eng miteinander verzahnte Gruppen von Kategorien die Meinungsführerschaft errungen zu haben: jene der Ökonomie und jene der (gewollten, absichtlich forcierten) Rangabstufung. Von den Begriffen, die für Humboldt im Mittelpunkt standen – Persönlichkeit, Erkenntnis, Wissen, Bildung – ist weitaus weniger die Rede. Vielleicht ist die Absicht, diese klassischen Begriffe wieder in den Mittelpunkt rücken zu wollen, bloßer Ausdruck nostalgischer Naivität; vielleicht aber zeigt ihre derzeit untergeordnete Stellung auch einen schwerwiegenden Mangel des aktuellen Diskurses an. Diese Lücke ist nicht die einzige. Herr Kocka hatte schon darauf aufmerksam gemacht, dass in den Debatten um Reformen im Hochschulbereich von Demokratisierung nur noch wenig die Rede ist. Um Gerechtigkeit geht es auch nur noch marginal, allenfalls im Zusammenhang mit der Frage der Studiengebühren.

Noch zwei weitere Begriffe möchte ich hier ins Spiel bringen: Zukunftsvorsorge und Inter- bzw. Transdisziplinarität. Wissenschaft ist jenes System der Gesellschaft, das mögliche Zukünfte erkundet und kognitive Ressourcen für begründete Wahlen zwischen den Optionen und für die Gestaltung der eingeschlagenen Richtungen bereitstellt. Unter allen Systemen, die ganz oder partiell der gesellschaftlichen Zukunftsvorsorge dienen, hat die Wissenschaft den weitesten Zeithorizont. Daran vor allem sollte sich die wissenschafts- und hochschulpolitische Debatte orientieren; es ist ein Umstand von ganz anderem Gewicht als, sagen wir, *credit points* oder englischsprachiges Lehrangebot. Dennoch gilt es schon beinahe als vorgestrig, Konsequenzen aus dieser fundamentalen Tatsache anzumahnen, statt alle Kraft auf die sparzwangdiktierter Alltagspragmatik zu richten.

Auch von Interdisziplinarität wagt man kaum noch zu sprechen – der Begriff, einst von funkelnder Faszination, erscheint heute irgendwie altmodisch, an den Fußsohlen abgelaufen. Aber der Leitgedanke bestand doch ursprünglich darin, die separierten Parzellen, die es infolge der Ausdifferenzierung von Disziplinen und Spezialgebieten überall im Wissenschaftsbetrieb gibt und geben muss, in gewissem Maße zu öffnen, die zwischen ihnen verlaufenden Grenzen durchlässig zu machen und die Anzahl der Situationen, in denen aus einzigartigen Kombinationen von Kompetenzen – Wissen, Denkweisen, Persönlichkeiten – Neues entstehen kann, zu vervielfachen. Das war nach meiner Ansicht der eigentliche Sinn des Interdisziplinaritätsdiskurses. Die Frage, wie wir das Eintreten solcher Situationen wahrscheinlicher machen und die Studierenden darauf vorbereiten können, ist alles andere als obsolet. Worauf legen wir beim Heranwachsen junger Wissenschaftler größeren Wert – darauf, dass sie normierte, vergleichbare Qualifikationen erwerben, oder darauf, dass sie jeweils unikale Fähigkeiten ausbilden? Beides – Standardisiertes und Einzigartiges – muss natürlich in eine gewisse Balance gebracht werden. Das ist mir völlig klar. Aber ich habe den entschiedenen Eindruck, dass sich die Tendenz zur Normierung und Standardisierung gerade im Zusammenhang mit der Betonung ökonomischer Kriterien in den Vordergrund schiebt – zum Nachteil der Herausbildung von Individualitäten mit einzigartigen Kompetenzprofilen.

Wieviel Unikalität?

Man sollte vielleicht auch einmal bei allem Möglichkeiten, die wir für die Entwicklung des Hochschulwesens erwägen, die Frage immer im Hinterkopf behalten, inwieweit gewährleistet uns das, was wir tun, die Entstehung von Unikalem, von Einzigartigem, denn nur daraus entsteht das Neue. Das Neue ist immer unikal. So auch einzigartige Qualifikationen, das sind Personen, die gar nicht vergleichbar sind mit anderen. Worauf legen wir eigentlich mehr Wert bei der Entwicklung von jungen Wissenschaftlern, darauf, dass sie vergleichbare, normierte Qualifikationen haben oder darauf, dass sie etwas Einmaliges, Einzigartiges in ihren Fähigkeiten darstellen. Beides – Standardisiertes und Unikales – muss natürlich in eine Balance gebracht werden. Das ist mir völlig klar. Aber ich habe den entschiedenen Eindruck, dass die Tendenz zur Normierung, Standardisierung zum Schaden der Tendenz zur Individualisierung sich gerade im Zusammenhang mit den ökonomischen Diskursen in den Vordergrund schiebt.

Prof. Werner Meske:*Die Humboldtsche Idee und die Universitäten heute*

Es gibt sicher keinen Mangel an Diskussionen über die Hochschulen in Deutschland. Das Verhältnis von Lehre und Forschung spielt dabei eine Rolle,²² in letzter Zeit vor allem die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland.²³ Bei der Diskussion um die Hochschulen und deren Zukunft sollte m.E. auf eine differenzierte und schärfere Problembestimmung geachtet werden. Schon der Begriff ‚Hochschule‘ wird in vielfältigen Zusammenhängen und unter verschiedenen Aspekten gesehen, oft als Synonym für Wissenschaft oder Forschung überhaupt gebraucht. Kern und Ausgangspunkt aller Überlegungen sollte jedoch die Charakterisierung der Hochschule durch ihre gesellschaftliche Funktion der tertiären Bildung sein. (Die Bedeutung dieser Funktion bestätigen auch die Transformationsprozesse der Hochschulen in den Ländern Mittel- und Osteuropas.) Diese Ausgangsbasis schließt eine Vielzahl von Aspekten ein, insbesondere die diese Bildung vermittelnden Organisationen (wobei schon Universitäten und Fachhochschulen sowie Spezialhochschulen zu unterscheiden sind), hierzu gehören der Lehrkörper und die Studenten sowie die spezifischen Aufgaben und Anforderungen in Lehre und Forschung.

Bezogen auf die Humboldtsche Idee geht es m.E. vor allem um die Einheit von Lehre und Forschung, d.h. um die ständige Weiterbildung der Lehrenden auch durch eigene Forschung und um die Bildung und Ausbildung der Studenten vor allem durch aktive Teilnahme an der Forschungstätigkeit ihrer Lehrer. Die Studenten sollen auf diese Weise zu eigenständiger wissenschaftlicher Arbeit und Forschung befähigt werden. Dieses Prinzip diente vor ca. 200 Jahren als Grundlage für die Profilierung von Organisation und Funktion der modernen Universität Humboldt’scher Prägung. Man muss berücksichtigen, dass es sich dabei um die Universität im feudalen Preußen handelte, mit einer den damaligen sozialen Verhältnissen entsprechenden elitären Struktur hinsichtlich Anzahl und Auswahl von Lehrern und Studenten, begrenzten wissenschaftlichen Fachdisziplinen und Einsatzmöglichkeiten der Absolventen. Letztere waren eindeutig auf akademische Laufbahnen ausgerichtet.

Konsequenzen des Wissenschaftswachstums

Dieses Humboldtsche Ideal bewährte sich als Leitlinie und Maßstab während des gesamten 19. Jahrhunderts, da es vor allem darum ging, die Grundlagen des modernen Wissenschafts-systems zu schaffen und qualitativ wie quantitativ zu erweitern. Das geschah vor allem durch personelles Wachstum, d. h., die Anzahl von Lehrenden und Studenten hat sich je Einrichtung und mit der Anzahl der Universitäten vergrößert. Ende des 19. Jahrhunderts ging in Deutschland – als einem der damals führenden Länder – erst maximal ein halbes Prozent einer Alterskohorte als Studenten an die Universitäten – mit dem vorrangigen Ziel, eine akademische

²² vgl. z.B. Uwe Schimank: *Hochschulforschung im Schatten der Lehre*, Campus Verlag, Frankfurt/ New York 1995

²³ vgl. z.B. Stifterverband (Hg.): *Hochschulstandort Deutschland. Sind die deutschen Hochschulen international wettbewerbsfähig?* Villa-Hügel-Gespräch 1996, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen 1997; Meinolf Dierkes/Hans Merckens: *Zur Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin 2002

Laufbahn als Hochschullehrer einzuschlagen bzw. in einzelnen Fällen auch höchste Verwaltungsämter mit hohem Sachverstand auszufüllen. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts und mit Beginn des 20. Jahrhunderts, d.h. mit der Entwicklung der modernen Industrie, änderte sich die bis dahin sehr klare und einseitig orientierte Funktion der erweiterten personellen Reproduktion des akademischen Lehrkörpers dahingehend, dass nun zunehmend auch akademisch gebildetes Personal für andere gesellschaftliche Bereiche, insbesondere für die stark wissenschaftlich beeinflussten bzw. begründeten Industriezweige Optik und Gerätebau, Chemie und Elektroindustrie, ausgebildet werden mussten. Das lässt sich am Beispiel der Anzahl und des Einsatzes von Chemikern in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts eindeutig nachweisen: Waren 1870 72 Chemiker an Universitäten und Technischen Hochschulen beschäftigt, aber nur drei (die Gründer) in den späteren Chemieunternehmen BASF/Hoechst/Bayer, so waren 1910 zwar bereits 360 Chemiker an den Universitäten/TH tätig – in den drei genannten Unternehmen allein aber mit 781 bereits mehr als doppelt so viele Chemiker.²⁴

Dabei ging es anfangs darum, der modernen Industrie Forscher zur Verfügung zu stellen, die selbst weniger die Einheit von Forschung und *Lehre* als vielmehr die von Forschung und *Entwicklung* (von Produkten, Prozessen, Anlagen und Geräten) als Aufgabe hatten. Der nächste Schritt bestand darin, dass nicht mehr allein Absolventen für die Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen, sondern nun zunehmend auch für die praktische *Anwendung und Nutzung* der durch Forschung und Entwicklung entstandenen Erzeugnisse benötigt wurden. Es ging dabei um Leute mit akademischer Vorbildung, d. h. mit Kenntnissen über die den neuen Produkten und Prozessen zugrunde liegenden wissenschaftlichen Grundlagen. (Übrigens waren das anfangs und dann immer wieder bevorzugt militärische Bereiche, in denen die modernsten wissenschaftlichen Erkenntnisse benötigt und genutzt bzw. missbraucht wurden.)

Im Ergebnis dieser hier nur angedeuteten, aber für das gesamte 20. Jahrhundert typischen Entwicklungen hat sich auch die ursprüngliche Humboldtsche Universität verändert:

- Es geht nicht mehr allein um die Prozesse der Aus- und Weiterbildung von Akademikern, sondern zunehmend um die Herausbildung einer tertiären Bildungsstufe als notwendige berufliche Ausbildung für einen zunehmenden Teil der höchstqualifizierten Beschäftigten in immer mehr Bereichen.²⁵
- Der Anteil der tertiären Bildungsstufe wuchs dadurch von einem halben Prozent zu Beginn des 20. Jahrhunderts an der betreffenden Alters-Kohorte auf etwa fünf Prozent Mitte des Jahrhunderts und auf etwa und mehr als 30% in den führenden Ländern Ende des 20. Jahrhunderts.²⁶
- Blieben von diesen tertiär Gebildeten noch Ende des 19. Jahrhunderts meist mehr als 90% in der akademischen Laufbahn, so hat sich in den meisten Fächern, insbesondere in den großen Bereichen der Ingenieurwissenschaften und der Wirtschaftswissenschaften, diese Relation umgedreht, indem heute mehr als 90% der Absolventen dieser Fachrichtungen aus der aka-

²⁴ F. R. Pfetsch, F. R.: Zur Entwicklung der Wissenschaftspolitik in Deutschland 1750-1914, Berlin 1974, S. 158f.

²⁵ vgl. Walter Müller/Hildegard Brauns/Susanne Steinmann: Expansion und Erträge tertiärer Bildung in Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich, in: *Berliner Journal für Soziologie* 12 (2002) 1, S. 37-62

²⁶ OECD (Hg.): Education at a Glance. OECD Indicators, Paris 2000

demischen Laubahn heraus in rein praktische Tätigkeitsfelder gehen. In anderen Fachrichtungen ist das nicht ganz so ausgeprägt, aber in der DDR gingen in den 80er Jahren selbst von den Physikern mehr als 50% aus der akademischen Laufbahn heraus.

- Als eine Folge dieser Veränderungen haben die Universitäten seit Ende des 19./Beginn des 20. Jahrhunderts auch ihr ‚Monopol‘ der Forschung verloren, und zwar sowohl durch die Gründung öffentlicher Forschungsinstitute (z. B. die Physikalisch-technische Reichsanstalt, später die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) wie auch durch das Entstehen betrieblicher Forschungsabteilungen bzw. -institute in den modernen Industriezweigen.

Sich fortsetzende Bildungsexpansion und -ausdifferenzierung

Die Konsequenzen dieser erst einmal als Fakt festzustellenden quantitativen Veränderungen im Bereich der tertiären Bildung selbst sowie in ihrem gesellschaftlichen Umfeld für die Funktion, Struktur und Organisation der Universitäten bzw. genauer der verschiedenen tertiären Bildungseinrichtungen müssten m.E. noch genauer bestimmt und unter verschiedenen Aspekten diskutiert werden. Dass eine solche absolute wie relative Ausdehnung der tertiären Bildungsstufe wiederum nicht ohne Rückwirkungen auch auf die Primär- und Sekundärstufen blieb, insbesondere angesichts ihres zunehmenden Gewichts in der Berufsvorbereitung und -verteilung, dürfte unbenommen sein. Es dürfte aber auch einsichtig sein, dass eine Ausdehnung von 0,5% bis auf 30% und mehr einer Alters-Kohorte auch die innere Struktur dieser stark gewachsenen Gruppe nicht unbeeinflusst lassen kann. Soweit es die horizontale Aufgliederung in wissenschaftliche Fachrichtungen, d.h. die fachliche Spezialisierung, betrifft, hat sich eine Vielzahl von Berufen und Nomenklaturen der Absolventen durchgesetzt, die heute als selbstverständlich genommen werden.

Diese quantitative Ausdehnung betrifft aber auch die vertikale Gliederung, da es sich nicht mehr um eine homogene Gruppe an Absolventen handelt. Heute gibt es ein großes und auch qualitativ sehr unterschiedliches Spektrum an funktionellen Anforderungen an diese Absolventen. Es reicht von der routinemäßigen Anwendung von Grundkenntnissen an wissenschaftlichem Wissen und wissenschaftlicher Herangehensweisen in praktischen Tätigkeiten (wobei wiederum durchaus neue praktische Erfahrungen und Probleme generiert werden, die für die Entwicklung der Wissenschaft bedeutsam sind oder sein können), über die Nutzung von wissenschaftlichem Wissen und Methoden im Rahmen von Anwendungsforschung und Entwicklung (wodurch auch der Wissensfundus ständig erweitert wird) bis hin zur Weiterentwicklung des vorhandenen allgemeinen Wissensfundus durch Grundlagenforschung.

Aus diesem doch sehr differenzierten und qualitativ sehr unterschiedlichen Anforderungs- und Funktionsspektrum der Absolventen der tertiären Bildung sollte auch eine vertikale, d.h. abgestufte Differenzierung der Ausbildung als nahe liegend und zweckmäßig erscheinen. In der DDR hatte man das mit der Einführung der Fachschulen, später mit der Differenzierung des Hochschulstudiums (Abschlüsse ohne bzw. mit Diplom) – bei Wahrung der Durchlässigkeit zwischen allen diesen Stufen – versucht.

Um 1980 hatten 100% eines Altersjahrgangs die Polytechnische Oberschule (10 Klassen) besucht, 85% von ihnen durchliefen eine weiterführende Qualifizierung (Facharbeiter, Facharbeiter mit Abitur, Fachschule, Abitur an der Erweiterten Oberschule); von der Gesamtkohorte erzielten 15% einen Fachschulabschluss, weitere 10% einen Hochschulabschluss, und

von letzteren promovierten 10% bzw. 1% des gesamten Altersjahrgangs.²⁷ In Japan war die Stufung ähnlich, jedoch quantitativ etwas anders ausgeprägt: 20% Hochschulabschluss, 20% (etwa) Fachschulabschluss, 55% Gymnasium/Technische Oberschulen.²⁸

In der BRD wurde diese Differenzierung mit der Einführung von Fachhochschulen neben Universitäten versucht und dabei weder eine klare Abstufung noch eine Durchlässigkeit gesichert, ein m. E. inkonsequentes Herangehen, das bis heute die Diskussion um die Gleichstellung dieser verschiedenen Hochschulformen prägt und belastet. Insofern steht in Deutschland „die Diskussion um eine Gliederung des Hochschulstudiums in zwei Zyklen ... in einem ambivalenten historischen Kontext – im Spannungsfeld zwischen Studienzeiterkürzung und Elitebildung auf der einen und Durchlässigkeit, Öffnung und Integration auf der anderen Seite“.²⁹ Nach Keller forderte der Wissenschaftsrat bereits 1966 eine Differenzierung des Universitätsstudiums in zwei separate, zu eigenständigen Abschlüssen führende Abschnitte: „Das Studium für alle Studenten, das mit einer die Berufsbefähigung bestätigenden Prüfung abschließt; ein Aufbaustudium für alle Studenten, die an der Forschung interessiert und für sie befähigt sind“.³⁰

Gegenwärtig wird diese Diskussion in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess und der Europäischen Integration wieder verstärkt aufgegriffen. Mit der Differenzierung in Bachelor- und Master-Abschlüsse gibt es hierzu einen Ansatz, der konsequent umgesetzt werden sollte – jedoch bei voller Wahrung des Prinzips der Durchlässigkeit zwischen diesen Stufen. Logischerweise sollte diese Zweistufung ergänzt werden durch die gezielte und besondere Beachtung der nachfolgenden Promotionsphase, die als eine funktionell selbständige und künftig weiter wachsende notwendige dritte Stufe in der akademischen Ausbildung angesehen werden muss. Dabei sollte man sich im Klaren sein, dass die Humboldt-sche Idee in ihrer ursprünglichen Fassung oder in ihrem Kern heute im vollen Umfang nur noch bei dieser höchsten Stufe, im Promotionsprozess, realisierbar ist. Immerhin umfasst diese Bildungsstufe heute aber bis zu 3% einer Alterskohorte, also weit mehr, als zu Humboldts Zeiten insgesamt die Universität durchliefen!

Die Einheit von Lehre und Forschung kann und muss m.E. bei den so stark gestuften Studiengängen und -abschlüssen nicht mehr in der Tätigkeit des gesamten Lehrkörpers aller Einrichtungen und auch nicht bei allen Studienabschnitten realisiert werden, wohl aber im Bildungs- und Ausbildungsprozess der Doktoranden. Hier muss sie in ihrer vollen Einheit erhalten und verwirklicht werden.

Erst ausgehend von einem solchen klaren Konzept der Funktion, der differenzierten Ziele und Anforderungen des Studiums in der tertiären Bildungsphase können Vorgaben für die

²⁷ vgl. R. Schaefer/J. Wahse 1981: Zur qualitativen Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und seiner Nutzung, in: *Wirtschaftswissenschaften* 29(1981)4, S. 436f.

²⁸ vgl. P. Engel: Japanische Organisationsprinzipien – Verbesserung der Produktivität durch Qualitätszirkel, Zürich 1981, S. 187

²⁹ Andreas Keller: Von Bologna nach Berlin. Perspektiven eines Europäischen Hochschulraums, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2003, Berlin 2003, S. 1123

³⁰ Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, Bonn 1966, S. 21; warum dies nicht durchgesetzt werden konnte, erläutert Keller a.a.O.

besten Formen der Organisation dieser verschiedenen Studienformen gefunden werden, die durchaus auch zu einer stärkeren Differenzierung der Organisationsformen von Hochschulen insgesamt, und sogar auch der von Universitäten selbst in vorwiegend durch Lehre bzw. auch stärker durch Forschung geprägte Einrichtungen bestimmt werden. Erst auf einer solch eindeutig funktional orientierten Organisation – immer bei Wahrung des Grundsatzes der Durchlässigkeit zwischen den Stufen – lassen sich Fragen des Zugangs, der Auswahlkriterien, der Dauer und Finanzierung der verschiedenen Stufenabschnitte begründet und zielorientiert diskutieren und zu einvernehmlichen Lösungen führen. Die heutige Diskussion vermeidet aber oft genau diese notwendige Differenzierung und ist durch die Vermengung solcher Phasen und ihrer Anliegen und Probleme geprägt – mit den daraus folgenden Widersprüchen.

Diese Gemengelage betrifft nicht nur die Hochschulen selbst, sondern über die verschiedenen Zusammenhänge des gesamten Bildungssystems auch nahezu alle anderen gesellschaftlichen Bereiche. Wir müssen uns doch darüber im Klaren sein, dass heute bereits Deformationen der Bildungswege, -abschlüsse und -ziele dadurch erfolgen, dass durch die wachsende Jugendarbeitslosigkeit Ausweichstrategien von den jungen Leuten gewählt werden, die weder im persönlichen Interesse noch im gesamtgesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interesse optimal sind. Wenn Jugendliche nur deshalb, weil sie nach dem normalen Schulabschluss keine Berufsausbildung erhalten, weiter das Gymnasium besuchen und dann, weil selbst für Abiturienten die Lehrstellen-Aussichten oder Beschäftigungsmöglichkeiten schlecht sind, auch noch ein Studium dranhängen, an dem sie eigentlich gar nicht interessiert sind, dann verstärkt das die Probleme mit der Anzahl der Studenten, ihrer teilweise unzureichenden Vorbildung und eines eigentlich fehlenden Interesses an einem Studium. Die daraus resultierenden Konsequenzen liefern wiederum in der Diskussion oft Vorwände, um (auch ungerechtfertigt) schärfere Restriktionen beim Zugang und bei der Finanzierung des Studiums zu fordern.

Ebenso sollte aber auch hinterfragt werden, in welchem Umfang und welcher Art heute Forschung an allen Einrichtungen der tertiären Bildung notwendig und zweckmäßig ist, wenn ganz offensichtlich ist, dass ein Großteil der Forschung (und Entwicklung) heute zu überwiegender Teil in anderen Organisationsformen sehr effektiv und erfolgreich betrieben wird.

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass es hier um ein typisches makrostrukturelles Problem der gegenwärtigen Gesellschaft geht, das unter dem vorherrschenden Trend zur Individualisierung und der Beachtung lediglich mikroökonomischer und -sozialer Prozesse nur ungenügend Beachtung findet. Die Diskussion um die Hochschulen kann dieses Problem sicher nicht lösen, es kann und sollte aber dazu beitragen, zumindest die Problemsicht zu schärfen und damit die notwendige wissenschaftliche Grundlage für künftige Lösungsansätze zu verbessern.

Staatssekretär Dr. Peer Pasternack:*Überlast und Studienabbrecher*

Ich würde gern zunächst einige Anmerkungen zum Diskussionsverlauf sagen. Manchmal setzen sich Dinge fest, die sich nicht festsetzen sollten. So war hier die Rede von 100% Überlast an den deutschen Hochschulen. Wir haben in Deutschland etwa 1,1 Millionen Studienplätze und 1,9 Millionen Studierende. Das ist erst einmal keine Überlast von 100%, sondern weniger. Und von den immatrikulierten Studierenden studieren sehr viele zeitlich gestreckt, d.h. sie nehmen die Studienangebote länger wahr, als es die üblichen Regelstudienzeiten vorsehen. Sie sind also formal eingeschriebene Vollzeitstudierende, nehmen aber die Hochschulressourcen pro Zeiteinheit nicht vollständig in Anspruch. Das trägt zu einer weiteren Relativierung der abgeblichen 100% Überlast bei. Überdies ist die Überlast nach Fächern und Regionen deutlich differenziert. Wir haben auch Fächer und Regionen, die unter Unterlast leiden, etwa nahezu alle ostdeutschen Hochschulen außer die in Dresden, Leipzig und (Ost-)Berlin. Sie ‚leiden‘ deshalb darunter, weil es ihnen dann Schwierigkeiten macht, dauerhaft politisch zu legitimieren, dass die entsprechenden Angebote und Institute im aktuellen Ausstattungszustand aufrechterhalten werden sollten.

In Berlin, um uns ein bisschen zu loben, sieht alles noch viel besser aus. Wir haben 85.000 ausfinanzierte Studienplätze und 135.000 Studierende. Das ist – wenn wir die Langzeitstudierenden, die nicht komplett die Hochschulressourcen ausschöpfen, abziehen – eine Überlast von etwa 35%. Wir geben in Berlin 10% des Landeshaushaltes für Wissenschaft aus, und davon wiederum 80% für die Hochschulen. Das ist also auch regional sehr unterschiedlich. Dies müsste in solchen Debatten m.E. eine Rolle spielen, wenn man darüber spricht, ob solche Klagen, die für die gesamte Bundesrepublik gewiss richtig sind, dann auch immer für einen konkreten Ort, für eine konkrete Situation etwa in Einzelfächern stimmt.

Eine zweite Sache, die ich gern relativieren möchte, sind die Abbrecher. 30% Abbrecherquote darf nicht darüber hinweg täuschen, dass bei den Abbrechern auch alle Studienfachwechsler mitgerechnet werden. Bei Abbrechern werden zudem auch alle diejenigen gerechnet, die ihr Studium begonnen, aber nicht nachweislich abgeschlossen haben, d.h. nicht in Deutschland abgeschlossen oder nicht nachvollziehbar an einer Hochschule abgeschlossen haben, an der sie das Studium begonnen hatten.

Diese 30% Abbrecher, die gern auch in die öffentliche Diskussion eingespeist werden, korrespondieren aber wunderbar mit der Auffassung vieler Hochschullehrer, dass etwa ein Drittel der Studierenden eigentlich ungeeignet für ein Hochschulstudium seien. Das Interessante daran ist, dass in der Literatur vielfach ein bemerkenswerter Umstand dokumentiert ist: Diese Auffassung von dem Drittel vorgeblich Studienungeeigneter war auch schon im 19. Jahrhundert die Auffassung vieler Hochschullehrer war – als die Hochschulbildungsbeteiligung bei unter 3% eines Alterjahrgangs lag. Es gibt offensichtlich eine Wahrnehmung, die auf etwas ganz anderem beruht, nämlich auf einer statistischen Normalverteilung: Es ist dies der wenig verwunderliche Umstand, dass es unter Studierenden durchschnittlich, überdurchschnittlich und unterdurchschnittlich Talentierte und Leistungsfähige gibt. Die unterdurchschnittlich Talentierten werden als untalentierte wahrgenommen, obwohl sie ja eigentlich nur unterhalb des Durchschnitts talentiert sind, was nicht heißen muss, dass sie nicht in der Lage wären, ein Hochschulstudium zu absolvieren.

Drittens meine ich, dass zu den Abbrechern darüber hinaus gesagt werden muss: Diese Quote, auch wenn sie tatsächlich geringer als 30% ist, ist natürlich eine Quote, die man senken sollte. Denn jedes begonnene Hochschulstudium, das zu keinem Abschluss führt, kann sowohl Vergeudung gesellschaftlicher Ressourcen bedeuten, wie sich dahinter auch individuelle Katastrophen verbergen können. Um die Quote zu senken, muss nach ihren Ursachen gefragt werden. Eine wesentliche dieser Ursachen besteht darin, dass ein Teil der inhärenten Selektivität von Bildungswegen in das Hochschulsystem hinein verlagert wurden – Selektivitäten, die früher bildungsbiografisch zuvor stattgefunden haben. Wir sind in einer Situation, in der man diese Situation nicht mehr rückgängig machen kann, weil wir eine Funktion von Hochschulstudien haben, die ich vorhin kurz anriss, aber noch einmal gern ausführlicher ausführen möchte.

Hochschulbildungsfunktion

Wir haben eine Situation von Hochschulstudienbeteiligung, die neben demokratietheoretischen Erwägungen wie Bildung als Bürgerrecht zunächst einmal wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionalitäten folgt. Die berufsfeldlichen Anforderungen an diejenigen, die wirtschaftliche und soziale Prozesse steuern und beherrschen müssen, sind von einer solchen Komplexität gekennzeichnet, dass diese Komplexität allein dadurch für die einzelne/den einzelnen beherrschbar werden kann, dass sie sich in einer längeren Kontaktphase mit Wissenschaft befunden haben. Das ist häufig über eine duale Berufsausbildung z.B. nicht mehr realisierbar. Deswegen beobachten wir auch dieses Upgrading: Bestimmte Berufe, für die früher nur einfache Berufsausbildungen nötig oder die lediglich ungelernte Beschäftigungen waren, inzwischen akademisiert werden – denken wir etwa an Hebammen, die Anfang des 19. Jahrhunderts noch ungelernt und übel beleumundet ihren Beruf ausübten, und mittlerweile fordert der Deutsche Hebammenbund mit sehr guten Gründen eine Fachhochschulausbildung.

Wir haben also eine ganze Reihe von Berufen, die solche Komplexitäten in den berufsfeldlichen Anforderungen haben, dass man es unter einem hochschulischen Ausbildungsniveau gar nicht mehr machen kann. Warum hochschulisch? Weil es notwendig ist, dass diejenigen, die diese Berufe ausüben, in der Lage sind, methodisch geleitet die Anforderungen zu bewältigen, kritisch zu hinterfragen, was sie tun, Handlungsfolgenabschätzungen vorzunehmen, Optionalitäten zu bewerten, also in konkreten Entscheidungssituationen Dinge so oder so tun und sie dabei nicht zuletzt daraufhin zu beurteilen, wie riskant sie jeweils sind. Dies erwirbt nur, wer die erwähnte Kontaktphase mit Wissenschaft hatte.

Damit komme ich zu einem vierten Punkt aus der Diskussion: die Frage, inwieweit die Wirtschaft in die Finanzierung von Hochschulbildung und Forschung an Hochschulen einbezogen werden sollte und könnte.

Das Verhältnis von Hochschule und Wirtschaft

Wir haben, wenn das gesamte Wissenschaftssystem betrachtet wird, de facto bereits eine Mischfinanzierung: Nach Finanzvolumina finden 60% der bundesdeutschen Forschung in Forschungsabteilungen von Unternehmen statt. Das sind 60%, in denen die Freiheit der Forschung nicht gilt. Das muss man auch sehen, denn damit sind wir an einem Punkt, an dem eine Frage gestellt werden muss: Wenn wir ein größeres wirtschaftliches Engagement im öf-

fentlichen Bereich haben wollen, dann müssen wir dort auch in Kauf nehmen, dass dort Einschränkungen in der Forschungsfreiheit vorgenommen werden. Das hat wiederum Auswirkungen darauf, wie die Leute dann dort ausgebildet werden. Werden sie so ausgebildet, dass sie hinterher das, was sie dann tun z.B. in einem Atomkraftwerk an führender Position, wo sie folgelastig handeln, weil sie Entscheidungen treffen auch für andere und nicht nur für sich selbst – sind die dann so ausgebildet, dass sie dort die Riskiertheit ihrer Entscheidungen angemessen bewerten können? Ist also eine akademische Lehre, die sich aus einer solchen Forschung speist, in der die Forschungsfreiheit nur noch eingeschränkt gilt, wirklich das, was man aus einer Perspektive gesellschaftlicher Reproduktion für wünschenswert befinden kann?

Wir haben ja mit dem Umstand umzugehen, dass an Hochschulen nicht mehr allein der traditionelle Wissenstypus nötig ist, innerhalb dessen nach Wahrheitssuche gestrebt, d.h. ein wissenschaftliches Problem identifiziert und dafür eine Problemlösung gesucht wird. Mittlerweile benötigen wir auch gänzlich andere Wissensmodi. Das betrifft insbesondere die Frage, wie verlässlich, wie gewiss ist das Wissen, das da in traditioneller Weise produziert wird? Wie verlässlich ist es in bezug auf Risikobewertung? Und wo findet diese Risikobewertung statt, wenn es nicht in den Einzeldisziplinen geschieht, weil beispielsweise die Einzelforscher und -forscherinnen wissenschaftsbetriebsblind werden – was u.U. nicht individuell zum Vorwurf zu machen ist, was aber institutionell abgefangen werden muss? Es muss dann also irgendwo auch das Gegenwissen produziert werden, das sich genau diese Riskanz zum Thema macht.

Das sind die Fragen, die ich an dieser Stelle für erwägungsbedürftig halte, bevor man sich einfach so daherbegibt und sagt, in Amerika sei das private Engagement und insbesondere das privatwirtschaftliche Engagement in den Hochschulen sehr viel ausgeprägter, und ließe sich davon nicht etwas übertragen.

PD Dr. Heinrich Parthey:

Wissenschaft und Risiken

Ich habe keine Befürchtungen, dass irgend etwas für die Gesellschaft riskant ist, wenn Wissenschaft in dafür geeigneten Institutionen als Freiraum für methodisches Problembearbeiten neue Erkenntnisse gewinnt, und eben dies auch als weiterführendes Problematisieren betreibt. In diesem Punkt haben einigen Vorrednern eine andere Haltung. Bekanntlich ist Wissenschaft in diesem Punkt seit ihrem Entstehen attackiert worden, und zwar mit einer solchen Konsequenz, dass bereits bei der Geburt der Wissenschaft ein Wissenschaftler namens Sokrates nach demokratischen Regeln vor Gericht gestellt wurde. Sokrates hatte keine schützende Institution: er agierte öffentlich auf dem Forum und wurde angeklagt wegen seines weiterführenden Problematisierens, weil er damit die Jugendlichen verführt habe und die Elternhäuser Probleme auf den Tisch bekamen, die sie nicht gern hatten. Aber das ist bis heute so, und das wird auch immer so sein. Es ist eine Eigenschaft der Wissenschaft, dass sie weiter und weiter problematisiert und dabei Tabus der Gesellschaft berührt und unter Umständen angreift.

Es ist eine ganz andere Diskussion, sich über die Tabus einer Gesellschaft zu verständigen. Jede Gesellschaft kann nur mit Tabus existieren. Aber die Wissenschaft, wenn sie weiterführend problematisiert, berührt irgendwann solche Tabus. Das wird auch immer so sein. Und deshalb wird Wissenschaft als riskant bezeichnet? Also, davor möchte ich dann doch warnen. Ich möchte lieber die Wissenschaft so haben, wie sie ungehindert methodisch Probleme bearbeitet und löst, und erst hinterher die Frage diskutieren, ob es nun berechtigt ist, dass Wissenschaft dabei unter Umständen Tabus der Gesellschaft angreift oder ob es vielleicht doch besser wäre, wenn die Gesellschaft ihre Tabus verändert. Das wäre ein geschichtlicher Vorgang, der anders ist als wenn man von vornherein gleich sagt: es gibt immer bei der Wissenschaft irgendwas (allzu?) Riskantes. Also so würde ich dem nicht zustimmen wollen. Ich würde immer froh sein, wenn Wissenschaft floriert – und, wenn es mit der Gesellschaft zu Kontroversen kommt, dann sollten Gesellschaft und Wissenschaft diese Kontroversen austragen.

Die Geschichte der Wissenschaft hat seit den Vorkommnissen mit Sokrates folgendes gezeigt: Plato als sein Schüler hat Athen sofort verlassen und ist erst nach acht Jahren wiedergekommen, nachdem ihm von einem Bürger aus Athen ein Grundstück angeboten wurde, denn nach den Rechten der Demokratie konnte er und seine Schüler und Freunde aus aller Welt in diesem Hain von Akademos, problematisieren wie sie wollten und konnten, und niemand durfte ihnen irgend etwas antun wie dem Sokrates, der öffentlich auf dem Forum problematisierte. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass die Institutionen der Wissenschaft geschaffen werden und gut funktionieren, weil sie der notwendige Freiraum für die Wissenschaft sind. Für mich ist die Frage der Freiheit der Wissenschaft deshalb eine Frage nach ihren Institutionen als Freiräume für methodisches Problemlösen.

Wenn jetzt, so war die Rede, von der Wirtschaft Institutionen geschaffen werden, die keinen Freiraum für die Wissenschaft mehr enthalten, dann weiß ich nicht, was das für Institutionen der Wissenschaft sind, sie wären ein Widerspruch in sich. Freiheit der Forschung sollte immer im Sinne von Institutionen als Freiräume für Wissenschaft verstanden werden. Wissenschaft als ein methodisches Problemlösen kann mit ihrem weiterführenden Problematisieren Tabus der Gesellschaft berühren. Das kann dann zu Kontroversen führen, und deshalb bedarf die Wissenschaft der Institutionen als Freiraum, dass sie trotzdem weiter funktionieren kann. Und dazu gehören auch Freiräume durch die gesetzlichen Sicherungen in Verfassungen. Das ist richtig. Aber auch dort, wo keine Verfassung greift, da muss man hinsehen, ob noch genug Freiraum für die Forschung vorhanden ist. Es sollte erst einmal betrachtet werden, ob die Freiräume ausreichen, um Forschung zu treiben, und das ist sicher auch im Interesse der Wirtschaft, dass Forschung funktioniert.

Dr. Peer Pasternack:

Selbstverständlich ist auch die praxisorientierte Grundlagenforschung, die z.B. die Atomindustrie unterhält, eine tabubrechende Forschung. Aber die Tabus, die dort gebrochen werden, werden nur in eine bestimmte Richtung gebrochen. Und in all jenen Richtungen, in denen wirtschaftliche Interessen der Atomindustrie berührt sind, bleiben die Tabus errichtet und stabil, auch in der Forschung. So ist es nun einmal, wenn die Funktionslogiken von Wirtschaft und Wissenschaft aufeinander stoßen. Das kann weder verwundern, noch muss es empören. Aber zur Kenntnis nehmen muss man es.

Dr. Heinrich Parthey:

Das macht die Gesellschaft aber genau so, die akzeptiert die Forschung nur in einer Richtung mit tabubrechenden Charakter und in einer anderen nicht. Das macht die Wirtschaft wie die Gesellschaft, das ist nichts absonderlich Neues für die Wissenschaft.

Prof. Dr. Reinhard Kreckel:

Die soziologische Frage ist doch die nach den Freiräumen und deren Gesichertsein oder Ungesichertsein, das ist doch klar, darum geht es hier.

Dr. Heinrich Parthey:

Eben darum geht es.

Dr. Lothar Dünkel:

Innovationsdefizite – Patente an Hochschulen?

Ich bin tätig an der Technischen Fachhochschule Berlin und bearbeite ein Forschungsprojekt, das zu 100% durch das Programm HSPIII für innovative Forschung finanziert wird. Mein Beitrag zu dieser Diskussion ist mehr zur Auflockerung gedacht. Aber vielleicht führen die Bemerkungen wieder etwas auf den Boden der Realität zurück.

Die Diskussion um die arg beschränkten Hochschulbudgets erinnert mich an eine praktisch unbegrenzte Finanzierungsquelle, wofür augenblicklich auch der rechtliche Rahmen existiert. Ich meine die Novelle zum Hochschülerfindergesetz. Dieser zufolge hat die Hochschule das Vorrecht, die Patente ihrer Mitarbeiter nach positiver Prüfung auf wirtschaftliche Verwertbarkeit zu übernehmen. 70% von den späteren Einnahmen gehen an die Hochschule und 30% an die Erfinder. Von dem Hochschulanteil müssen allerdings auch die Auslagen für die Rechtsanwälte und andere Institutionen erstattet werden, die zuvor für die Patentanmeldung und -verwertung aufgewendet worden sind.

Ich hatte in diesem Zusammenhang häufiger Gelegenheit, an den Berliner Wirtschaftsgesprächen teilzunehmen. Diese Veranstaltungsreihe beschäftigt sich mit der Entwicklung von Schlüsseltechnologien im Berliner Raum. Gemeint sind optische Technologien, Medizintechnik usw. In den Diskussionen werden immer zwei Feststellungen besonders betont: erstens dass die Wirtschaft unter einem enormen Innovationsdruck steht, und zweitens dass es gegenwärtig zu wenig Innovationen gibt. Beides trifft zweifelsfrei zu, anderenfalls hätten wir die Finanzprobleme nicht. Wir haben also viel zu wenig Innovationen, aber wir haben schon Hochschullehrstühle, die uns akribisch genau sagen, warum es zu wenig Innovationen gibt. Die entscheidende Frage für jeden Beteiligten ist aber, wie man zu mehr Innovationen kommt.

Ein Gedanke nur dazu:³¹ Innovative Prozesse verlangen eine Vorgehensweise, die der studentischen Ausbildung eher hinderlich ist und diesbezüglich nicht selten zu Nachteilen führt. Im Mittelpunkt steht das Streben um gute und sehr gute Noten. Fehler werden in der Regel sofort bestraft. Bei Innovationen muss man dagegen die Fehler zulassen, weil häufig

³¹ und weitere Gedanken dazu unten in meinem Text „Hat Innovation etwas mit Evolution zu tun?“

erst der mühsame Weg über viele Misserfolge und Stolpersteine jene Lernprozesse zu befördern vermag, die für neue originelle Entwicklungen notwendig sind.

Das führt auch zu einer Widerspruchssituation an den Hochschulen. Man darf nicht erwarten, dass die Studenten erst nach Abschluss ihrer Ausbildung innovativ werden, sondern der Ausbildungsinhalt selbst muss innovationsbefördernd sein. Ich meine das nur als ergänzende Gedanken dazu, wenn hier gesagt wird, dass die Hochschulen ihre Strukturen weiter differenziert ausbilden sollen, um den neuen Anforderungen besser gerecht zu werden. Das ist anscheinend nicht nur eine Frage der demokratischen Diskussion. Es ist vor allem eine Frage des Inhaltes unter Einbeziehung neuer Erfahrungswerte aus den Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft.

Noch zwei abschließende Anmerkungen in diesem Zusammenhang: Einstein wurde hier als Vorbild für den besonderen Exzellenzanspruch durch die Hochschulen genannt. Ich glaube, der Vergleich ist sehr unglücklich gewählt. Einstein hat sich gegen solch eine Hervorhebung seiner herausragenden Genialität immer gewehrt und statt dessen betont, dass für ihn eher das Gemüt eines Lastesels und gutes Riechvermögen wichtig gewesen seien.

Auch der dargestellte Zyklusprozess zwischen Grundlagenforschung, Technologieentwicklung und Anwendung ist wohl eher akademischer Natur. Im Leben geht es viel chaotischer zu. Ich komme gerade von der Messe „Laser 2003“ aus München zurück. Wenn Sie mehrere Tage hintereinander jeweils neun Stunden lang einen Messestand betreuen und mit den unterschiedlichsten Leuten sprechen, dann kommen Sie nicht mehr zur Ruhe. Dann passiert es, dass wichtige neue Ideen spontan entstehen, einfach aus den vielen Kontaktgesprächen, Anregungen und Konfliktsituationen heraus, denen Sie ausgesetzt gewesen sind. Diese Ideen hatten Sie zuvor gar nicht. Es gibt weder eine Chance, dass man sich derartig hochintuitive Anregungen einfach am Schreibtisch oder anderswo ausdenken kann, noch erscheint es sinnvoll, diese im Nachhinein in verschiedene Anteile nach Grundlagenforschung, angewandter Forschung und dergleichen mehr zu zerlegen. Dagegen sind eine hohe Spontaneität und die volle Nutzung der kommunikativen Gelegenheiten an den richtigen Orten unverzichtbar für jeden, der innovativ wirksam werden will.

Prof. Hansgünter Meyer:

Das doppelte Spinn-off der Forschung

Ich möchte, angeregt von diesen letzten Diskussionsbemerkungen gern noch folgendes beitragen. Ich hatte mich zuständigkeithalber eine gewisse Zeit mit der AIF beschäftigt, der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsunternehmen, die eine Klientel von ungefähr 35.000 mittelständischen Unternehmen betreut, dabei eine recht bescheidene Summe Zuschüsse des Bundeswirtschaftsministeriums verwaltet, eine Summe, sehr bescheiden im Vergleich mit den Großkonzernen der industriellen Unternehmen und was diese so an Förderungen einstreichen. Dennoch macht die AIF etwas sehr Nützliches für viele gewerbliche Unternehmen und daran möchte ich anknüpfen, um folgendes zu sagen. Sie haben dort nämlich eine Regel, im, wie sie das nennen, vorwettbewerblichen Raum gemeinsame Forschungsprojekte zu finanzieren. Das ist ja immer so das Problem, wenn da jemand sich beteiligt, und ist dann

nicht der Erste oder Vorrangige, der den Nutzen daraus zieht, warum beteiligt er sich dann überhaupt an den Kosten? Also, da haben sie eben diese Regelung gefunden. Es wird der vorwettbewerbliche Raum definiert mitsamt den dort hineingehörenden Ergebnissen, und das sind dann solche, die alle nach ihren unternehmerischen Möglichkeiten nutzen können. Das ist vertraglich geregelt und es geht natürlich nicht alles reibungslos, aber der gemeinsame Nutzen kommt, jedenfalls nach Aussagen der Chefs dort, gut zum Tragen.

Daran wollte ich insofern anknüpfen, als Sie, Herr Staatssekretär, sagten, wenn die Industrie in einem so hohen Maße zur Finanzierung der Forschung beiträgt, dann muss man damit rechnen, dass sie die Freiheit der Forschung einschränkt. Warum eigentlich? Wenn vorausseilende Forschung, die ja zunächst wettbewerbsneutral ist, die Grundlage ist für einen größeren marktwirtschaftlichen Nutzen, dann kann man das doch in einem Gesellschaftsvertrag so regeln, dass dabei essentielle wissenschaftsinterne Bedingungen, die etwas mit der Freiheit der Forschung zu tun haben, berücksichtigt werden, weil es ohne dies grundlagenwissenschaftliches Wissen nicht gäbe.

Im Verhältnis von grundlagenwissenschaftlichem Wissen und anwendungsfähigen Lösungen handelt es sich doch darum, dass wissenschaftliche Entwicklungen, insbesondere die Entwicklungen in Frontbereichen der Forschung, ständig von einem doppelten Spinn-off begleitet werden. Nämlich aus dem naturwissenschaftlichen oder anderen grundlagenwissenschaftlichen Erkenntnissen, auf welcher Entwicklungsstufe immer, werden praktische Nutzungen abgeleitet. Aber auch umgekehrt, bei der Verwertung von Forschung, bei der Realisierung von Innovationen entstehen immerzu Fragen, die auf der Ebene der industriellen, der technischen Realisierung nicht mehr lösbar sind, sondern die naturwissenschaftlicher Art sind. Dies am Beispiel eines konkreten Falles, den ich miterlebt habe, der in der DDR-Feuer-Feststein-Industrie spielte, wo sie Steine für Schmelzöfen produzierten. Dort gab es das Problem, dass diese Steine unter bestimmten, nicht vorhersehbaren Ursachen zerfielen, was die ganze teure Schmelze zerstörte. Allmählich wurde klar, man konnte nur einen Schritt weiterkommen, wenn es gelänge, in die molekulare Struktur dieses Steinmaterials einzudringen. Aus der technischen Frage wurde also eine naturwissenschaftliche Fragestellung, zudem sehr komplizierter Art, denn wie erkennt man nun, wie misst man die molekularen Strukturen und ihre Effekte in einem solchen Stein, dessen Material ja gegossen ist und wie kann man dann auf seine zuverlässige, hochgradige Feuerfestigkeit schließen? Zugleich war zu unterstellen, dass eine erfolgreich gefundene Lösung mehr als nur einem Betrieb bzw. einer Produktionsart nutzen würde – und das alles müsste eine vertragliche Regelung beinhalten.

Nach diesem geschilderten Prinzip wird die Wissenschaft ständig von einem doppelten Spinn-off begleitet. Das alles ist von der AIF auf eine ganz einfache, geradezu bäuerliche Wiese gelöst worden, wenn es sich hier auch meist um Forschungsprojekte geringerer Dimension handelt. Sie haben es vertraglich geregelt. Und so musste es doch künftig möglich sein, überführt auf die Ebene der Politik und mit Blick auf die Rechtsmittel unserer Kulturgesellschaft, dass so ungleiche Partner wie die Großunternehmen und einzelne Forschungseinrichtungen über einen Gesellschaftsvertrag genau das machen, was notwendig ist, dass nämlich aus dem industriellen Innovationsbedürfnis heraus die weitreichenden und dann später auch reichschüttenden naturwissenschaftlichen Fragestellungen, die zunächst nicht unmittelbar auf Anwendung gerichtet sind, abgeleitet und entsprechend bearbeitet werden. Und da müsste

natürlich die Industrie im eigenen wohlverstandenen Interesse und Nutzen in die Pflicht genommen werden, denn ohne eine entsprechende Finanzierung funktioniert das Ganze nicht. Es ist doch höchst simpel und undifferenziert, wenn sich die Wirtschaft darauf verlässt, bei tunlichst eigener Zurückhaltung, dass der Staat die Hochschulen wie eine Black-Box zu 70% oder wie viel finanziert und über permanente, ausgetüftelte Qualitätssteigerungskampagnen und rigide Kontroll- und Steuerungsverfahren sie dahin bringt, ihre Praxiswirksamkeit zu erhöhen.

Prof. Reinhard Kreckel:

Logiken der Wissenschaftspolitik

Ich würde ganz gern eine differenzierungstheoretische Überlegung einbringen: Das westdeutsche Wissenschaftssystem, das wir jetzt hier haben, lässt sich ja bis zu Humboldt zurückverfolgen – das ostdeutsche übrigens auch, aber das hat zwischen 1945 und 1990 nun einmal ein etwas anderes Schicksal gehabt. Universitäten im Humboldtschen Modell sind bekanntlich säkularisierte und staatliche Einrichtungen, denen aber ein hohes Maß an wissenschaftlicher Autonomie zugestanden wird; über wirtschaftliche Eigenständigkeit verfügen sie hingegen nicht. Differenzierungstheoretisch gesehen bedeutet das, dass die Ausdifferenzierung des gesellschaftlichen Teilsystems „Wissenschaft“ vom politischen und vom ökonomischen Subsystem in Deutschland eine ganz spezifische Ausprägung gefunden hat: Die hauptsächliche Reibungsfläche für die traditionellen humboldtschen Universitäten ist die Logik staatlichen Handelns. Sie hat sowohl etwas mit Bürokratie und Rechtlichkeit zu tun, wie auch ganz einfach mit Wahlen, mit Macht und mit Mehrheiten. Im Wirtschaftsbereich kommt es dagegen auf Profitabilität, auf kurz- und mittelfristige Rationalität und Preisfragen an. In der Politik gibt es keine Preise. Da gibt es nur Steuern, Geld und Kosten.

Diese beiden Logiken müssen wir erst einmal auf der abstraktesten Ebene auseinander halten und von einer dritten Logik, der Logik der Wissenschaften, unterscheiden. Von ihr haben wir im Verlauf dieser Diskussion schon genügend gehört – Wissenschaft ist der Wahrheit verpflichtet, an universalistischen Regeln orientiert, an methodische Grundsätze der Nachvollziehbarkeit und öffentlichen Kritik gebunden usw. Wichtig ist nun der schlichte Gedanke, dass der Bereich der Wissenschaft in der gesellschaftlichen Wirklichkeit überhaupt nicht wirklich autark sein kann, weil das immer benötigte Geld irgendwoher kommen muss. Darüber diskutieren wir doch die ganze Zeit. Das heißt wenn es konkret werden soll, müssen wir auf die Ebene der realen gesellschaftlichen Institutionen herunterkommen. Und da sind die drei Logiken natürlich immer verflochten.

Wie war es jetzt aber in Deutschland seit Humboldt? Hier hat sich der Bereich der Wissenschaft immer hinter dem Staat verschanzt. Was Hochschulen und Wissenschaftler wunderbar können, ist die trickreiche Verteidigung ihrer Autonomie gegenüber irgendwelchen staatlichen Zumutungen. Mal gelingt das etwas besser, mal etwas schlechter. Sogar in der Nazi-Zeit ist das ein Stück weit gelungen – trotz vieler skandalöser Übergriffe, die wir heute kennen und kritisieren. Aber im großen und ganzen gab es immer wieder den Versuch, selbst von Naziwissenschaftlern, trotz aller politischen Einflussnahmen dennoch Wissenschaft zu betrei-

ben und damit der Logik der Wahrheit und nicht der Macht zu gehorchen. Die deutschen Erben Humboldts, so könnte man vielleicht sagen, sind darin geübt, trotz mancherlei politischer Zumutungen primär der Wissenschaft und nicht der Macht zu dienen. Völlig ungeübt sind sie hingegen darin, sich mit wirtschaftlichen Zumutungen und Erfordernissen auseinander zu setzen. Das ist heute eines ihrer Probleme.

Vorhin hatten Sie, Herr Laitko, gesagt, die Wissenschaft habe in besonderer Weise das Problem der Zukunftsvorsorge zu lösen. Da war bis vor kurzem der Staat noch ein Ansprechpartner, von dem man eine gewisse Verlässlichkeit und Mittelfristigkeit erhoffen konnte. Er hat ja auch als Puffer fungiert, gerade auch gegenüber wirtschaftlichen Profitinteressen. Aber staatliches Handeln ist nun einmal gern ein bisschen bürokratisch und langatmig, und so ganz und gar nicht unternehmerisch. Seit neuestem wird es nun für die Hochschulen und den gesamten staatlichen Wissenschaftsbereich immer deutlicher spürbar, dass dieser Staat, ihr „Protector“, selbst ins Trudeln kommt. Da werden plötzlich und ohne Vorwarnung von Jahr zu Jahr Etats um Millionen gekürzt, gesetzliche Rahmenbedingungen verändert u.a.m. Mit so etwas kann man als Hochschule nicht umgehen. Man kann sich auf mittelfristige und auch auf herbe Einschnitte einstellen. Aber hü und hot, das kann Wissenschaft nun gar nicht vertragen. Wenn jetzt gesagt wird, die Wissenschaft muss auch ihr Scherflein zur Haushaltskonsolidierung beitragen, dann mag das ja in der politischen Logik ganz konsequent sein. Aber die Hochschulen können sich da nun wirklich nicht wiederfinden.

Als Reaktion auf diese unhaltbare Situation wird deshalb jetzt immer häufiger gefordert, die Hochschulen sollten sich der unzuverlässigen Patronage des Staates entziehen und direkt in den Wirtschaftsbereich hinüber wechseln. Herr Müller-Böhling aus Gütersloh plädiert für solche Sachen. Folgt man ihm, ist man plötzlich einem sehr kalten Wind ausgesetzt. Damit hat die deutsche Wissenschaftstradition überhaupt keine Erfahrungen. In den USA ist man derlei seit 150 Jahren gewöhnt, mit dem Kapital zu kokettieren und an bestimmten Stellen eben trotzdem noch vernünftige Wissenschaft zu machen. Wir können es bis jetzt noch nicht und müssen es mühselig lernen. Aber institutionelle Vorkehrungen für eine Ökonomisierung der Wissenschaft, die diese nicht beschädigt, gibt es in Deutschland bisher kaum. Die Institution Wissenschaft ist für diese Gefahren im Moment nicht präpariert. Das muss man sich zunächst einmal klar machen. Wissenschaft war in Deutschland, trotz all' ihrer ökonomischen Bedeutung, nie ein autonomer Marktakteur.

(Einwurf H. Parthey: Aber in den USA sind es ganz andere Erfahrungen zwischen Markt und Wissenschaft. Das muss man weltweit wissen. Deshalb funktioniert das dort zur Zeit auch besser. Es läuft auch alles dort in der Wissenschaft günstiger. Es kommt aus den Labors und wird weitweit von der Industrie genutzt.)

Die Amerikaner haben ein ausgebautes und gut funktionierendes Stiftungswesen, wie wir es hier überhaupt nicht haben. Das sind ja völlig andere Mechanismen, sozusagen Brückenmechanismen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Das haben wir nicht. Das bisschen Stifterverband, irgendjemand hat es vorhin zitiert, das ist doch sehr wenig. Die Beträge, die in Deutschland fließen, sind im Vergleich zu dem Finanzpotenzial der US-Stiftungen lächerlich gering.

Prof. Klaus Fuchs-Kittowski:*Eigentum – Wissen – Forschung*

Ausgehend noch einmal von Ihren einleitenden Worten³² möchte ich mich jetzt auf die Frage Wissen und Eigentum konzentrieren. Es gibt hierzu eine m.E. sehr wichtige Aussage des Ethikers und früheren Staatsministers für Kultur, Herrn Julian Nida-Rümelin, der den Gemeinbesitz wissenschaftlichen Wissens als das grundlegende Prinzip der Wissenschaftsethik herausstellt, dass es trotz aller Anfechtungen aufrecht zu erhalten gilt.³³ Es gibt hierzu auch die beachtenswerte Arbeit des Philosophen Helmut F. Spinner. Er hat eine sehr interessante Arbeit über die Wissensordnung in der Informationsgesellschaft geschrieben.³⁴ Dort spricht er von der klassischen Wissenschaftsordnung und eben von einer neuen Wissenschaftsordnung für die Informationsgesellschaft. Die Neukonfiguration der Wissensordnung wird durch unterschiedliche Entwicklungen erforderlich; ein Argument dafür sind die durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien gegebenen neuen Möglichkeiten der Bereitstellung technisierten Wissens, wie es eben auch schon erwähnt wurde.

Und nun sagt Spinner, die klassische Wissensordnung bestehe in vier großen Separationen: Trennung von Erkenntnis und Eigentum, Trennung von Idee und Interesse, Trennung von Theorie und Praxis, Trennung von Wissenschaft und Staat. Wenn man – indirekt schreibt er dies – Humboldt der klassischen Wissensordnung zuordnet, dann ist es klar, dass wir in ganz bestimmten Fragestellungen, also gerade z.B. bei der Trennung von Idee und Interesse oder der Trennung von Theorie und Praxis uns tatsächlich von Humboldt weg bewegen müssten, wie hier ja schon betont wurde. Die Frage aber in den letzten Diskussionen drehte sich um den ersten Punkt: Trennung von Erkenntnis und Eigentum. Da macht H. Spinner m.E. ganz wichtige Vorschläge, die wir in der Diskussion berücksichtigen sollten. Um dies zu unterstreichen eine kleine persönliche Anmerkung. In unserer Familiengeschichte heißt es, dass mein Urrurgroßvater mit Liebig zusammen den Kunstdünger erfunden hat und IG Farben fürchterlich daran verdiente; die beiden Erfinder sind als Wissenschaftler dem Grundprinzip der Trennung von Erkenntnis und Eigentum gefolgt und haben nicht daran verdient. Ganz stimmt dies nicht, denn es hat dann IG-Farben-Aktien in der Familie auch gegeben, wovon Autos gekauft wurden, mit denen später politisch und rassistisch Verfolgte über die Grenze gefahren wurden. Also, auch die Erfinder haben etwas daran verdient, aber gewiss nicht in dem Maße, wie es heute üblich wäre.

In der Wissenschaftsethik gilt das Grundprinzip des Gemeinbesitzes wissenschaftlichen Wissens weiterhin.³⁵ So wird dies auch von H. Spinner gesehen. Er betont, dass für die Grundlagenwissenschaft die klassischen Ideen weiter gelten. Das heißt, wir müssen Bereiche abstecken, wo wir klar sagen, hier gilt die klassische Wissensordnung weiter – hier geht es dann nicht mehr. Ein solche Differenzierung ist besser, als wenn man wie der damalige Minis-

³² vgl. oben H. Meyer: Eröffnung und Begrüßung

³³ J. Nida-Rümelin: Wissenschaftsethik, in: ders. (Hg.), Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung, Alfred Köner Verlag, Stuttgart 1996, S. 781ff.

³⁴ H. F. Spinner: Die Wissensordnung. Ein Leitfaden für die dritte Grundordnung des Informationszeitalters, Leske + Budrich, Opladen, 1994

³⁵ vgl. Nida-Rümelin, a.a.O., S. 781 ff.

ter Rüttgers zum Beispiel sagt, die Humboldtsche Idee gilt nicht mehr, und sie einfach über Bord wirft. Ihm wäre geholfen gewesen, wenn er Kenntnis über die Differenzierung zwischen verschiedenen Bereichen, in denen unterschiedliche Wissensordnungen gelten, gehabt hätte. Wir müssen für bestimmte Bereiche das Prinzip Trennung von Wissen und Eigentum aufrecht erhalten und für andere, zum Beispiel in der Industrieforschung, muss es gelockert oder müssen andere Prinzipien aufgestellt werden. Hier heißt es eben dann *Verbindung* von Erkenntnis und Eigentum, Idee und Interesse, Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik.

Wir haben nun bestimmte Forschungen, bei denen sogar in einem Forschungsprojekt beide Prinzipien zur Geltung kommen. Und da meine ich besonders das Humangenomprojekt, bei dem gerade in diesem Jahr der Abschluss gefeiert wurde. Dort haben die Forscher um das staatlich geförderte Humangenomprojekt auf den Bermuda-Inseln miteinander vereinbart, dass sie es privatwirtschaftlich nicht nutzen, sondern alle Erkenntnisse ins Internet stellen. Damit war es also Allgemeingut. Das heißt, man hat hier tatsächlich an dem alten ethischen Prinzip festgehalten. Im gleichen Projekt vereinbarte man dann, dass, wenn dann eine DNS-Sequenz gefunden ist, die zu bestimmten Medikamenten führt, man Patente anmelden kann. Man kann daran verdienen, und natürlich muss das auch die Pharmazeutische Industrie. Dies haben wir³⁶ auf unserem von H. Parthey³⁷ und G. Spur organisierten Symposium noch stärker ausgearbeitet. Es muss eine Gegenfinanzierung geben, denn die Pharmazeutische Industrie braucht für die Forschung Geld. Es ist also wirklich genau festzulegen, wann welches Prinzip gilt. Man kann nicht sagen, die Trennung von Wissen und Eigentum gilt nicht mehr, sondern für bestimmte Bereiche muss sie noch gestärkt werden. Das machte ja schon den Konflikt zwischen den beiden Gruppen in der internationalen Humangenomforschung aus. Der eine, Venter, arbeitete privatwirtschaftlich, die anderen staatlich gestützt. Der eine versteckte Erkenntnisse, und da kommen wir doch auf Gefahren – oder nicht? Er versteckte bestimmte Erkenntnisse oder hatte sie gar nicht, nur weil er sie privatwirtschaftlich nutzen will. Die anderen stellen alles ins Internet.

Prof. Hansgünter Meyer:

Humboldt und Kulturstaatlichkeit

Gestatten Sie noch eine Bemerkung zum Stichwort Kulturstaat Humboldtscher Prägung. Wenn Sie sagen, Herr Kreckel, das ist etwas wie Illusionen von Himmel geholt, also ich sehe das ganz nüchtern. Humboldt, als er dieses Konzept entwickelte, hatte es ja auch oder gerade mit einem Staat zu tun, der ihm nicht besonders freundlich gesonnen war, nämlich er musste schon nach neun oder zehn Monaten seiner Tätigkeit als Chef der Sektion für Kultus und Un-

³⁶ K. Fuchs-Kittowski/T. Schewe: Informationsverarbeitung, -recherche und -erzeugung in den Biowissenschaften. In: Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2001. Hrsg. v. Heinrich Parthey und Günter Spur, GeWiF, Berlin 2002

³⁷ H. Parthey: Formen von Institutionen der Wissenschaft und ihre Finanzierbarkeit durch Innovation. In: ebd.

terricht demissionieren, und später wurde er aus seiner Funktion entlassen, als er dieses Gutachten über die Karlsbader Beschlüsse geschrieben hatte. Da schmissen sie ihn also regelrecht raus. Er hat so immer, trotz zeitweise eingenommener hoher Beamtenfunktionen, in einem kritischen Verhältnis zum preußischen Staat gestanden. Bei aller nüchternen Sicht auf das Kräfteverhältnis, auf den Widerstand, der gegen eine freie Entwicklung der Wissenschaft und der Hochschulen bei den tonangebenden Kreisen der preußischen Monarchie aufkommen wird, war ihm natürlich klar, ohne den Staat als Rechtsträger würde es weder eine Rechtsbasis für das neue Bildungssystem geben, noch würden die Ressourcen zusammenkommen, die für diese große Bildungsreform nötig waren.

Wie geht man also mit einem solchen Konflikt um? Welchen Spielraum hatte Humboldt, und wie nutzte er ihn? Er wählte sozusagen ein allgemeines Konfliktszenarium, in welchem der Staat nur eine Komponente von mehreren war. „Der Freiheit (der Wissenschaft, H.M.) droht ... nicht bloß Gefahr vom Staat“, schrieb er, sondern auch von den Anstalten selbst, indem sie einen schädigenden Geist annehmen und beginnen, das Aufkommen anderer zu ersticken“. Der Staat nun muss Nötiges einleiten, dass solchen Beeinträchtigungen der Freiheit der Wissenschaft vorgebeugt werde.³⁸ Alle wissenschaftlichen Einrichtungen, schreibt er, manche mehr, manche weniger, am wenigsten die Universitäten, stehen zunächst „unter Leitung und Oberaufsicht des Staates.“³⁹ Jedoch muss ihre Entwicklung dahin führen, dass sie sich, obgleich zunächst auf die fördernde Rolle des Staates angewiesen, immer mehr von staatlicher Aufsicht freimachen und sich nach den Maßstäben ihrer eigenen inneren Bestimmung entwickeln.

Es ist dann praktisch das meiste nicht so gelungen, wie er es sich gedacht hatte, aber seine unauslöschbare Idee war eben, dass der Staat, vor allem durch die einmütige Haltung der kulturtragenden Eliten, eine bestimmte kulturelle Reife gewinnt, was übrigens auch Kants Idee war, ganz zu schweigen von Hegels schier euphorischem Konzept, nachdem er den Staat – in seiner preußischen Wirklichkeit – als die Wirklichkeit der sittlichen Idee verstand. Die neuhumanistisch geprägten kulturtragenden Eliten in Preußen, die keine lebensfremden Träumer waren, und das gilt auch für andere deutsche Fürstenstaaten nach 1813/15 (vollständiger Sieg über Napoleon) hingen der geschichts-optimistischen Auffassung an, dass die gegebene Staatsmacht allmählich ihr Verhältnis zu Wissenschaft und Kultur in Ordnung bringen werde und dass sich bei den Behörden die Fähigkeit herausbildet, produktiv und fördernd mit diesen komplizierten Dingen wie Wissenschaft und Universitäten umzugehen.

Zunächst mussten sie allerdings die Erfahrung der Metternichschen Reaktion machen, die aus einem ganzen System repressiver Maßnahmen gegen die in den antinapoleonischen Feldzügen aufgekommene antifeudale und nationalstaatliche Volksbewegung, gegen alle demokratische Bestrebungen (umfassende polizeiliche Verfolgung demokratischer Regungen – „Demagogen-Verfolgung“) bestand. Man sollte ruhig daran erinnern:

³⁸ Humboldt, a.a.O., S. 259

³⁹ ebd., S. 266

„Professoren wurden vertrieben, Studenten eingekerkert. Die führenden Köpfe der als Demagogen verleumdeten Gegner der feudalen Despotie saßen lange Haftstrafen ab. In einem Geheimbericht an den Zaren Alexander, den das Mitglied des russischen Staatsrates Graf Stourdza verfaßte, hieß es 1818: die deutschen Universitäten dienten nur dazu, ... die Jugend zu verderben.' Sie sind, ... Sammelplätze aller Irrtümer des Jahrhunderts, aller falschen Theorien, aller lügenhaften Lehren..' Sie sind, ...unverträglich mit den Einrichtungen und Bedürfnissen unserer Zeit.' Graf Stourdza gab sicher bloß Meinungen wieder, die in der adligen preußischen Reaktion und in der Bürokratie verbreitet waren. Entsprechend perfid war der staatliche Gesinnungsterror, der die nationalen und demokratischen Bestrebungen der Studenten und Hochschullehrer voll traf. Im Deutschen Bund wurden allein 1832 – 1838 gegen 1.200 Burschenschaftler und Akademiker Hochverratsprozesse bzw. entsprechende Untersuchungen durchgeführt, 165 Studenten wurden zu Haftstrafen verurteilt, teils lebenslänglich, 35 zum Tode durch das Beil verurteilt, 4 „durch das Rad“, einer grausigen mittelalterlichen Hinrichtungsart. [...] In allen deutschen Staaten regte sich Protest und kam es zu Solidarisierungen, als die bekannten 7 Göttinger Professoren 1838 entlassen und des Landes verwiesen worden, sämtlich international berühmte Gelehrte, darunter die Gebrüder Grimm. Der keineswegs radikal, wohl aber demokratisch denkende, später äußerst populäre niederdeutsche Dichter und Schriftsteller Fritz Reuter, Sohn des Bürgermeisters von Stavenhagen, Mecklenburg, wurde 1833 als Student der Rechte, wegen Beteiligung an der Burschenschaftsbewegung in Jena, 23jährig, in Berlin verhaftet und 1834 zum Tode verurteilt, später zu 30 Jahren Festungshaft begnadigt und nach 6 Jahren Festungshaft, inzwischen von Preußen an Mecklenburg ausgeliefert, amnestiert.“⁴⁰

Nach der Revolution von 1848/49 wiederholten sich die Verfolgungen, Einkerkierungen, Vertreibungen, Hinrichtungen. Wilhelm v. Humboldt, der 1835 starb, erlebte noch viele der abstoßendsten Exzesse der Metternichschen Reaktion und der sog. Demagogenverfolgung.

Dennoch „stimmten“ gewisse Grundvoraussetzungen der historischen Entwicklung, wie sie Humboldt angenommen hatte, überein, allerdings mit anachronistischen dynastischen Überlagerungen in einem Ausmaß und in einer Zeitdauer, wie er sie wahrscheinlich einfach nicht hat annehmen wollen. Wie auch immer, bürgerlich-rechtliche Verhältnisse und der Industriekapitalismus setzten sich allmählich durch. Von Bedeutung war, dass Preußen im Ergebnis der Napoleonischen Kriege und der Festlegungen des Wiener Kongresses sich wirtschaftlich fortgeschrittene Provinzen an Rhein und Ruhr eingliedern konnte. Es erlangte zwar nicht den Status einer konstitutionellen Monarchie, wie sie den Reformern 1808-1812 vorschwebte, dennoch kamen immer mehr parlamentarische Prozeduren zum Tragen, gewannen der preußische Landtag und die Wahlen zu ihm, an Gewicht für die Staatspolitik, wie Bismarck sie als preußischer Ministerpräsident betrieb. Die nach 1871 ausgeschriebenen Reichstagswahlen setzten beträchtliche demokratische Bewegungen frei, die durch die spektakulären Wahlerfolge der Sozialdemokratie den Klassenauseinandersetzungen der Zeit dramatische Züge verliehen (erinnert sei an das repressive Bismarcksche Sozialistengesetz, dass das Wachstum der sozialdemokratischen Bewegung unterbinden sollte, jedoch erheblich zum Aufstieg der sozialdemokratisch geführten Arbeiterbewegung beitrug). Aber nicht nur die Sozialdemokraten, auch die Liberalen verfochten nicht ohne Ergebnis bürgerlich-demokratische

⁴⁰ Günter Steiger (Hg.): Magister und Scholaren – Professoren und Studenten. Urania-Verlag, Leipzig/Jena/Berlin 1981. S. 99 und 87

Zielsetzungen. So konnte u.a. auch die Forderung nach Freiheit der Wissenschaft in beträchtlichem Ausmaß verwirklicht werden.

Nach dem Sieg über Frankreich 1871 gewann jedoch eine ganz andere Frage an Dringlichkeit: Welchen Gebrauch machten die deutschen Universitäten davon? Bereits in den 80er Jahren faßten konservativ-nationalistische und antisemitische Kräfte aus der Bewegung der Alldeutschen bzw. der Größtdeutschen an den Universitäten Fuß. Die von Humboldt befürchteten negativen, wissenschaftsfeindlichen Strömungen „von innen“ prägten sich verheerend aus. Preußisch-deutsche Professoren errichteten in einer Art Vollkommenheitswahn repressiv-autokratische Regimes an den Hochschulen und lösten einen internationalen Skandal durch ihre Kriegsbegeisterung und annexionistischen Kriegsziel-Pamphlete aus. Nach 1918 wurde sie für Jahre von der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaftler ausgeschlossen.

Betrachtet man aber die Weltkarriere, die die auf Humboldt fußende deutsche Universitätsidee nach der 1871er Reichsgründung gemacht hat und wie sich die dabei angewandten Prinzipien im Zusammenhang mit der in der zweiten Jahrhunderthälfte aufkommenden außeruniversitären Forschung erneut bewährten hatten, dann kann man auch für Humboldts Kulturstaatsidee bei allen ihren Mängeln und Paradoxa sagen, dass sie funktionierte. Sie funktionierte auch genau in die erwartete Richtung. Es entstand eine bürgerliche Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturelite, mit der die noch recht junkerlich durchsetzte Bürokratie nicht so umgehen konnte wie noch 80 oder 100 Jahre zuvor, sondern ganz neue Regeln galten inmitten staatlicher Bevormundungen. Das System Althoff lässt nachvollziehen, was wie warum funktionierte und erfolgreich war.

Natürlich, von diesem Tisch aus, an dem wir diskutieren, von diesem Raum hier oder auch von Ihrer Position aus, Herr Staatssekretär, ist es nicht so einfach, den Staat so umzugestalten, dass die Kulturstaatsidee, die ja ohne Gesellschaftsvertrag, ich denke an Hobbes und Rousseau dabei, sich nicht überall durchsetzt, sich nicht idealerweise verwirklicht. Einfach dadurch, indem der Staat gezwungen und veranlasst wird, es so zu machen, wie die kulturellen Eliten es wollen. Das alles nach Wunsch und Belieben zu gestalten, dafür sind die Arme derjenigen, die das so haben wollen, etwas zu kurz. Aber wir haben ja Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und leben ja nicht in den europäischen Zuständen um 1835. Möglicherweise gibt es doch so etwas wie einen fortschreitenden Lernprozess großer Organisationen und im Verlauf einer gewissen Zeit stellen sich dann doch Lernprozesse ein, die staatliche Institutionen veranlassen, eben gerade in dieser Richtung die Humboldtsche Kulturstaatsidee weiterzugehen als bisher und die Wissenschaft in größtmöglicher Freiheit wirksamer zu fördern, weil davon ja nun wirklich viel, wenn nicht alles abhängt.

Dr. sc. Rudolf Welskopf:

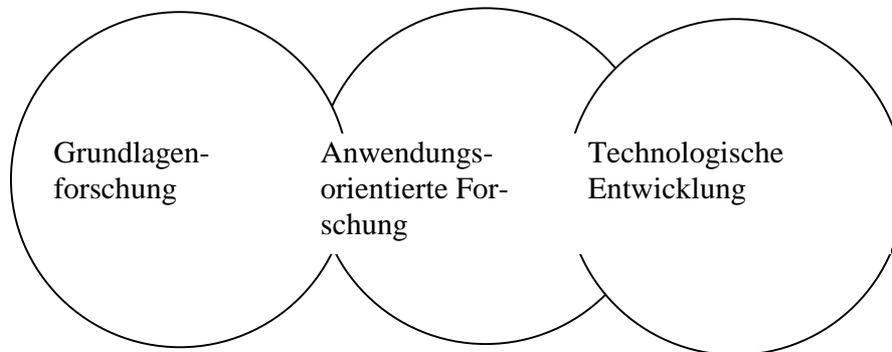
Ein Gesprächsbeitrag in Thesen: Zur Rolle der Hochschulen in Innovationszyklen

1. Jedes nationale Wissenschaftssystem (und darin auch das jeweilige Hochschulwesen) ist kulturell, wirtschaftlich und vom Bildungswesen her so implementiert, dass es seinen spezifischen Platz einnimmt und nicht einfach bspw. ein Hochschulsystem eines Landes mit dem eines anderen Landes ausgetauscht werden kann. Man kann – und muss! – si-

- cherlich viel von erfolgreichen Hochschulsystemen anderer Länder lernen, aber bestimmt nicht, sie nachzuäffen. Man denke nur an das Zusammenspiel von Facharbeitern, Meistern (einer m.o.w. spezifisch deutschen Ausbildungsstufe), Ingenieuren (FHS) und Diplomingenieuren im Industriebetrieb. In Ländern, wo man den Meister sowieso nicht kennt und teils auch nicht über Facharbeiter verfügt, müssen deren intellektuelle Funktionen von Ingenieuren übernommen werden. Logischerweise benötigt man dann proportional mehr Ingenieure als in Deutschland, aber für Deutschland wäre es eine Fehlinterpretation, daraus abzuleiten, auch dem Ziel eines derart bestimmten hohen Anteils von Hochschulabsolventen (bzw. Ingenieuren) an einem Jahrgang folgen zu müssen.
2. So gibt es im deutschen Hochschulwesen auch die spezifischen Funktionen von Hoch- und Fachhochschulen. Wir sollten deren Besonderheiten hier nicht ignorieren, denn es kommt m.E. gerade zukünftig auch darauf an, ihre jeweiligen Potenzen richtig zu nutzen und zu kombinieren – ich komme darauf zurück. Das, was hier von Herrn Meyer über die Universitäten im Humboldt'schen Sinne ausgeführt wurde, gilt für die Fachhochschulen – wenn überhaupt – nur mit gravierenden Einschränkungen. Möglicherweise würden an dieser Stelle Vertreter von Fachhochschulen protestieren. Aber ich erinnere an die Geschichte dieser Gattung von Hochschulen, die in den letzten Jahrzehnten (nach meinem Verständnis) nicht deshalb in den Rang von Hochschulen „erhoben“ wurden, um so etwas wie „Mini-Universitäten“ daraus zu machen – obwohl manche, wie bspw. die FHTW Berlin, sich mit einer Vielfalt der Fachrichtungen ein durchaus nahezu universitär-„universelles“ Profil aufgebaut haben – sondern deshalb, weil die spezifischen Ausbildungen, die sie anbieten, immer tiefer wissenschaftlich durchdrungen sind und sein müssen. An den Fachhochschulen mit ihren traditionell engen Beziehungen zur Praxis bzw. Wirtschaft und zur Industrie (ich komme auf das Verhältnis dieser Bereiche noch zurück) sind die Probleme von Praxisbezug und Forschungsfinanzierung oft gut gelöst. Davon könnten Universitäten sicher noch lernen (wenn es denn nicht unter der Würde von Universitätsprofessoren wäre). Andererseits scheint mir aber in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation auch nicht der beste Zeitpunkt, mit großen Anliegen und umfangreichen Forderungskatalogen an Wirtschaftsunternehmen heranzutreten. Ich frage mich, ob nicht sogar ein (schlimmstenfalls sogar „das“) Zeitfenster verpasst wurde, um solche Beziehungen seitens der Universitäten auf eine solidere Basis zu stellen...
 3. Hochschulwesen und Forschungslandschaft sind jedoch – abgesehen von ihrer „Schnittmenge“ – nicht identisch. Forschung im Sinne von Grundlagenforschung, aber auch angewandte Forschung wird unabhängig von Hochschulen bekanntlich auch an teilweise staatlich grundfinanzierten Einrichtungen (Helmholtz, MPG, FHG) durchgeführt. „Freiheit der Forschung“ heißt eben auch, dass alle diese Institute frei darin sind, zu konkurrieren oder auch zu kooperieren – im eigentlichen Sinne oder durch „Revierbildungen“. Die Zyklen der technisch/technologischen Entwicklung, der anwendungsorientierten und der Grundlagenforschung greifen ineinander – oder sollten es zumindest. Praktisch entstehen sehr häufig Friktionen, Verzögerungen und Verluste – teils auf Grund der Eigengesetzlichkeit und „Für-sich“-Institutionalisierung jeder Phase quasi objektiv und teils

auch subjektiv auf Grund bspw. bestimmter Forschungsinteressen bzw. wirtschaftlich kurzfristiger Interessen.

Abb.: Zyklen von Forschung und Entwicklung (Problemerkennntnis → Problemlösung)



4. Außerdem halte ich es für fragwürdig, die Qualität von Hochschulinstituten vorrangig an Forschungsergebnissen zu messen, denn Forschung ist nicht das Privileg von Hochschulen – aber die Lehre! – und diese ist ein mindestens gleich wichtiger Wirkungsbereich. Allerdings sind auf diesem Gebiet die Resultate schwieriger zu messen als ein citation index. Wenn wir von Verbindungen mit der Praxis, Nutzbarmachung (Verkauf) von Forschung an die Praxis sprechen, heißt Praxis nicht unbedingt Wirtschaft und noch weniger Industrie (ohne deren Bedeutung kleinreden zu wollen). Auch der Staat, das Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen etc. sind wichtige Partner und Abnehmer sowohl von Forschungsleistungen (z.B. auch Gutachten) und ihrer „Outputs“ aus der Lehre – die wissenschaftlich gebildeten Absolventen.
5. Universitäten müssen sich also – anders als die „reinen“ Forschungseinrichtungen einerseits und die primär auf Lehre ausgerichteten Fachhochschulen andererseits – in einem Spagat zwischen Forschung und Lehre üben. Geldmangel, überbordende Studentenzahlen und Bürokratisierung mindern dabei ihre „Gelenkigkeit“. Es mag vielleicht zugespitzt klingen, aber: befinden wir uns nicht im Dilemma eines „Überangebotes“ an Forschungskapazitäten – in Relation zum „kaufkräftigen“ Bedarf? Und andererseits – das wird wohl niemand bestreiten – (fächerspezifisch) in der Situation eines Mangels an Ausbildungskapazitäten?

Mir scheint übrigens, dass die demokratischen Reformen der Hochschulen in Folge der 1968er Ereignisse letztlich in einer institutionalisierten bürokratischen Sackgasse geendet haben – aber vielleicht war oder ist das ja manchem immer noch lieber als eine echte Demokratisierung... – Die Wissenschaft (d.h. nicht nur, aber besonders die Universitäten) ist eigentlich für Autonomie und Selbst-Steuerung prädestiniert wie kein anderes gesellschaftliches System. Jedoch sehe ich das Phänomen, dass sie zunehmend unter dem Verlust ihrer eigenen Fähigkeiten zur Selbststeuerung leidet, ihre eigenen Interessen nicht mehr klar definieren kann („Mehr Geld!“ ist keine Interessen-Definition!) und so zur Manövriermasse von Politik, aber auch wirtschaftlicher Interessen wird. Mit ihren internen kleinlichen Verteilungskämpfen um knappere Ressourcen ist sie in erster Linie selbst daran schuld. Nach der extensiven Wachstums-

phase von Wissenschaft und Forschung in den Industrienationen während der 60er und 70er Jahre sind diese nun – um in der Sprache der Innovationszyklen zu sprechen – in eine Phase der „Saturation“ eingetreten.

Dr. habil. Annedore Schulze:

Staat und Wissenschaftsethik

Es wurden bisher ausschließlich die Vorzüge der Wissenschaftsentwicklung in den USA hervorgehoben. Ich kann damit nur teilweise übereinstimmen. Gerade auf dem Gebiet der Biotechnologie werden häufig ethische Grenzen überschritten. So gibt es z. B. bei der Anwendung von Gentests zu wenig Schutz für die Patienten bei der Weitergabe von personenbezogenen Testergebnissen an Versicherungen und Arbeitgeber. Auf der einen Seite steht das kommerzielle Interesse der Firmen, die Gentests so häufig wie möglich anzuwenden und andererseits können ethische Bedenken bezüglich der Vertraulichkeit der Patientendaten gegen einen Verkauf der Daten an die Arbeitgeber und Versicherungen sprechen. Ich finde es ist ein Vorzug, dass beispielsweise hier in Deutschland damit viel sorgfältiger umgegangen wird. Und es beschäftigt mich, wie man da doch eine staatliche Regulierung einwirken lassen könnte. Ich denke, dass staatliche Regulierungen, gerade wenn ethische Probleme davon betroffen sind, bei aller Freiheit der Wissenschaft sehr wichtig und sehr gut sind. Natürlich bleibt das Problem, wie weit diese Prozesse reguliert werden sollten. Unerlässlich ist, dass Wissenschaftler und staatliche Institutionen und Ethikkommissionen darüber nachdenken, was zu tun ist, um ethische Grenzen wirklich einzuhalten, zu respektieren – und zugleich doch zu sichern, dass das Fortschreiten der Wissenschaft nicht aufgehalten wird. Und wie das in Deutschland im Prinzip – im Prinzip, über Einzelheiten wäre noch zu befinden – gemacht wird, das finde ich eigentlich sehr gut. Da sind wir auch gewissen Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung in den USA echt überlegen.

Prof. Hansgünter Meyer:

Das Gespräch hat einen interessanten Verlauf genommen. Wir sind, von den Universitäten ausgehend, schon bald auf die Probleme der industriellen Forschung gekommen und dabei ist das Gespräch immer mehr in das Dreieck der Beziehungen Wissenschaft – Hochschulen – Industrie bzw. Wirtschaft gedriftet. Herr Dünkel hat dann die Gelegenheit wahrgenommen, sich direkt mit der Beziehung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Innovationsprozessen zu befassen. Irgendwie ist ein solcher Gesprächsverlauf ganz einsichtig. Von der Humboldtschen Universitäts- und Wissenschafts-Idee zu den Problemen der Hochschulen heute und dann zu ihren Praxis- und Gesellschaftsbeziehungen, die natürlich in Wirtschaft und Industrie fokussieren. Zwar, Wissenschaft, wie Humboldt lehrte, muss in Einsamkeit und Freiheit betrieben werden können, ohne jedes mal an ihre ökonomische oder technische Verwertung zu denken. Ständig von einer wirtschaftlichen Zwecksetzung ausgehen zu müssen, verengt die Perspektiven ertragreicher Forschung. Aber letztlich kann Wissenschaft nicht ihrer selbst wegen betrieben werden, sie muss in den gesellschaftlichen Fortschritt, enger gefasst, in die Innovation von Wirtschaft, Arbeit und Technik einmünden. Wollen wir darum den dazu

vorgetragene Gedanken auch größte Aufmerksamkeit zukommen lassen. Man kann in dem schier uferlosen Diskurs über deutsche Hochschulen schwerlich etwas Förderliches sagen, was nicht schon einmal oder auch viele Male gesagt wurde. Aber es ist auch schon viel Abwegiges und Erratisches gesagt worden. Und vieles, was von Unsicherheiten durchtränkt ist. Deshalb ist es immer nützlich, den Diskurs in der effizienten Richtung in Gang zu halten. Das notwendig zu Sagende darf nicht verstummen.

Mit dieser Einsicht beschließen wir unser Gespräch. Die Umstände sind günstig, um es noch einige Zeit in kleinen Gruppen gesellig fortzusetzen.

Zu Protokoll gegebene Beiträge

Hat Innovation etwas mit Evolution zu tun?

Lothar Dünkel

Unter Expertenkreisen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist heute die These unbestritten, dass sich unser Land dem Innovationsdruck stellen muss. Wie sollten wir anders im globalen Wettbewerb bestehen? Nicht zuletzt bietet sich hier auch ein Rettungsanker für Berlin. Was ist zu tun, wenn man einen massiven Schuldenberg und keine nennenswerten Rohstoffe besitzt? Die bessere Nutzung des intellektuellen Potentials wird zum dringenden Gebot.

Was ist aber unter Innovation zu verstehen? Niemand bestreitet, dass es zu wenig Innovationen gibt. Nachhaltige Wirkungen in volkswirtschaftlicher Größenordnung sind allenfalls platonischer Art, denn sonst müssten wir nicht so wachstums- und entwicklungsbegrenzend sparen.

Innovation impliziert immer den Erfolg und wird vielleicht auch deshalb schnell zum Modewort politischer Scharlatanerie. Es handelt sich also nicht nur um ein Ergebnis, das eine gewisse Neuartigkeit besitzt. Der Vorteil gegenüber dem bisherigen Entwicklungsstand muss deutlich erkennbar sein und vor allem auch den potentiellen Nutzer überzeugen. Für die Propagierung bedarf es eines wirkungsvollen Kommunikationssystems. Der Innovation dürfen auch keine Begleitumstände aus triftigen ethischen, politischen und rechtlichen Gründen entgegenstehen.

Die entscheidende Frage für einen Wissenschaftler ist wohl aber, ob er jemals selbst eine Innovation zum Erfolg gebracht hat und was er tun muss, um innovativ tätig zu sein. Eine gediegene Fachausbildung allein reicht sicher nicht aus, obwohl sie zweifelsohne unverzichtbar ist. Sonst wäre die Diskussion schon längst aus der Welt, dass die Innovationsdichte entschieden verbessert werden muss. Die Aussage, dass bei einer Innovation das Subjektive das Objektive werden muss, ist ambivalent wie jede beliebige andere philosophische These auch, die alles und nichts besagt, wenn man nicht den jeweiligen Inhalt mit seinem spezifischen Spannungsumfeld im Hintergrund genauer hinterfragt.

Die Begriffe Innovationsdruck und Evolutionsdruck weisen große Ähnlichkeiten auf. In beiden Fällen beziehen sie sich auf ein Entwicklungssystem, das sich äußeren Zwängen stellen muss. Ein Grottenolm hat sein Sehvermögen wieder eingebüßt, da er in der Dunkelheit ohne Augenlicht zurechtkommen muss. Nach Eigen zerfließt die relevante Information für die biologische Systemanpassung wieder, wenn kein äußerer Zwang dafür existiert. Darwin spricht

vom „survival of the fittest“. Demzufolge bestimmen Mutation und natürliche Auslese entscheidend das Entwicklungsgeschehen in der Biologie.

Die Materialentwicklung in der Holografie mag als Beispiel für innovative Forschung gelten, die sich sicher auch auf andere Gebiete übertragen lässt. Holografie wird heute am meisten durch das Emulsionsdesign begrenzt. Um entscheidende Durchbrüche zu erzielen, muss fortwährend die Natur überlistet werden, weil eine Eigenschaft die andere auszuschließen scheint. Die Lösungen sind vorher weitgehend unbekannt. Das Ausleseprinzip für einen erfolgreichen Verfahrensschritt gilt unmittelbar und absolut: Entweder man erhält ein Hologramm oder man erhält keins. Wenn Neues ausprobiert wird, erhält man in der Regel erst einmal keins, ein Prozess, der sich über Wochen und Monate hinziehen kann.

Wenn in der belebten Natur die Mutationen eine entscheidende Rolle spielen, sollte es bei den Innovationen nicht grundsätzlich anders sein. Ein Experimentator, der viele Versuchsvarianten durchprobieren muss, betreibt im übertragenen Sinne möglicherweise auch so etwas wie Mutation. Aber Halt! Vergleiche hinken immer, und dieser Vergleich hinkt zunächst erst einmal ganz bestimmt. Doch sehen wir uns die Art der unterschiedlichen Versuchsvarianten einmal genauer an:

Bei den oben bezeichneten Innovationen ist es sicher so, dass das „trial and error“-Verfahren eine wichtige Rolle spielt. Denn aufwendige Versuchsreihen mit systematisch variierten Parametern im Sinne eines Screeningverfahrens machen wenig Sinn, wenn man auf der Suche nach Problemlösungen bei sich gegenseitig ausschließenden Materialeigenschaften ist, die auf neue originelle Weise fortschrittsbestimmend sein sollen. Ein allgemein anerkanntes Prinzip der modernen Naturwissenschaft ist, dass die Mutationen rein zufälliger Natur sind. Die zielgerichtete Mitwirkung eines irgendwie gestalteten geistigen Prinzips darf man denken, aber höchstens nur in Zeitschriften publizieren, die mit dem Makel der Unseriosität behaftet sind.

Beim „trial and error“-Verfahren wirken aber unbestritten die Zielvorstellungen des Experimentators und seine Modelle immer als geistiges Prinzip der Versuchsgestaltung mit. Jedenfalls sollte es so sein. Wir hätten also bei der Versuchsvariation kein Mutationsschema nach Art eines reinen Rouletts. Jedoch, der Experimentator kann sich irren, und er irrt sich bestimmt, solange er strebt. Der Zufall, den wir ausschließen wollten, kommt zur Hintertür wieder herein. Es sind zumeist unvorhergesehene Randerscheinungen beim x-ten Versuch, die den Experimentator nach vielfacher Verzweiflung auf die richtige Fährte führen.

Es zählt wohl mit zu den glücklichsten Momenten, wenn der Experimentator nach vielen vergeblichen Versuchen erleben darf, dass seine unablässig korrigierten Modelle unverhofft tragfähig worden sind. Das System gehorcht plötzlich seinem Willen und entwickelt die Eigenschaften, die er sich wünscht. Das erfolgt bei weitem nicht nur durch gesicherte Erkenntnisse, sondern auch durch viel Einfühlungsvermögen und Intuition. Erst dann und nur dann, wenn etwas vollendet funktioniert, spielen Mutationen für die weitere Systementwicklung anscheinend keine entscheidende Rolle mehr, unter fest vorgegebenen Bedingungen jedenfalls. Der Erfolg ist offenbar gerade auch mit dadurch charakterisiert, dass nunmehr wirklich das Subjektive zum Objektiven geworden ist.

Es ist ein bekanntes Axiom von Newton, dass zu einer Wirkung eine im Mittel gleichgroße Gegenwirkung gehört. Was ist nun aber der Gegendruck zum Innovationsdruck, der ausge-

übt werden muss, damit man nicht die triviale Null-Lösung erhält? Wir hören den zuletzt genannten Begriff in der zeitgenössischen Politik viel zu oft. Vielleicht ist es gerade der besondere Evolutionsdruck durch den engagierten Wissenschaftler, der die Dinge ins richtige Lot zu bringen vermag. Es ist nicht auszuschließen, dass in diesem Zusammenhang auch eine Lebenswissenschaft hilfreich sein kann: Es kommt darauf an, dass die richtigen Thesen richtig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen.

Auch ein seriöser Wissenschaftler darf durchaus die These vertreten, dass Gott die Gesetze schafft und der Teufel Leben in die Bude bringt. Die mehr neutrale Aussage des deterministischen Chaos besagt Gleiches, aber da hört ja schon keiner mehr hin. Die mathematische Behandlung zum tieferen Verständnis liefert schließlich noch den Rest, der ggf. auch den Tapfersten entmutigen kann.

Gott würfelt nicht, aber der Teufel würfelt ganz bestimmt. Wenn der Teufel schon die Irrungen schafft, dann sollten wir dem Teufel auch erlauben, dass er uns als Ansporn für die Arbeit ständig im Nacken sitzt. Das ist der entscheidende Druck, den der Wissenschaftler ausüben muss und den er zunächst erst einmal in verquerer Weise kennen lernt. Wer darf schon fortwährend Fehler begehen? Man denke nur an eine durchgefallene Prüfung. Die Zensuren wurden von den Jesuiten eingeführt, und diese waren ständig und immer darauf bedacht, dass der Teufel nicht zum Zuge kam.

Fehler sind notwendig und unumgänglich, wenn man dem trickreichen Verhalten des Teufels auf die Schliche kommen will. In diesem Sinne gibt es auch keine negativen wissenschaftlichen Resultate. Ein wissenschaftliches Resultat bleibt immer ein wissenschaftliches Resultat, wenn es ordentlich protokolliert worden ist, ganz gleichgültig ob einem das Ergebnis im Moment gefällt oder nicht. Möglicherweise gibt es größere Zusammenhänge, die sich erst viel später offenbaren. (Gilt das auch für eine durchgefallene Prüfung? Ja unbedingt. Auch sie sollte eine Lebenshilfe sein, wenn das auch für die einzelnen Beteiligten ganz anders aussehen mag.) Unter allen Umständen gilt ein wichtiges Gebot: Der vom Teufel getriebene Experimentator muss zu jedem Zeitpunkt wissen, was als nächstes getan werden muss, und es auch unverzüglich tun, gerade auch aus der größten Verzweiflung heraus. Gelingt das immer im Alltagsstrott wiederkehrender Verpflichtungen, die uns fast schon heilig sind?

Picasso hat einmal gesagt, dass Malen sein Schicksal sei. Er suche nicht, er finde. Damit wäre eigentlich schon alles gesagt. Aber ganz so einfach ist die Sache nicht. Auch Picasso hat mit Schulbuchkritzeleien begonnen und musste die blaue und rosa Periode durchlaufen, bevor ihm der ganz große Wurf, die Erfindung des Kubismus, gelang. Er war dabei nicht ganz allein. Glückliche Zeit- und Begleitumstände haben ihn dorthin geführt. Die Meinung seiner Zeitgenossen war allerdings geteilt: Es ist, als ob man Werg frisst und Dieselöl säuft.

Innovationen liegen nicht auf der Straße. Der Vorsatz, der in der Justiz fast immer strafverschärfend wirkt, wird dringend benötigt. Schließlich muss man Dinge tun, die am seidenen Faden hängen – es könnte auch ein Rosshaar sein – oder unmittelbar vor einem Abgrund stehen und an deren Realisierung kaum jemand richtig glaubt. Pure Geschäftigkeit helfen hier ebenso wenig weiter wie Hochglanzmanagement mit ordentlich sitzender Krawatte und verbindlichem Lächeln dazu. Apropos Vorsatz: Wie bereits gesagt, schließt moderne Evolutionstheorie ein vorsätzliches Tun bei der Entwicklung hochangepasster Systeme aus. Vermag eine

Innovation etwa mehr, weil sie diese Begrenzung durchbrechen muss? Offenbar findet aber eine Rückkopplung statt, indem das Objektive zum Subjektiven wird et vice versa.

Innovationen muss und kann man lernen, aber Innovation lernt man nur durch Innovation. Damit sind wir bei der kognitiven Seite unserer Überlegungen angelangt, eine zentrale Aufgabe eines jeden Hochschulbetriebs. Aber wie gesagt, eine reine Vermittlung von Sachkenntnissen reicht nicht aus. Für den Autor war das Buch von Gerd Binning „Aus dem Nichts“ sehr aufschlussreich, der in seiner Vorlesung über kreative Prozesse nicht wusste, wo ihn sein Gedankengeflecht in der nächsten Stunde hinführen wird. Er hat schrecklich viel definiert. Hier ist vielleicht mehr Zurückhaltung angebracht.

Lebenswissenschaft sollte weitgehend ungebunden sein. Niemand weiß, wo er angesichts vieler Schicksalswendungen über kurz oder lang hingeraten wird. Die feststehenden Ereignisse beziehen sich immer auf die Vergangenheit. Wem dieses Thema auf den Nägeln brennt, der sollte zur Mitwirkung aufgerufen sein. Ein inhaltliches Schema, sogar mit geordneter Rang- und Reihenfolge, stellt sich dann ganz von alleine ein. Wie hat Sigmund Freud einmal sinn- gemäß formuliert? Ich werde Ihnen nichts beweisen. Sie werden nichts begreifen. Sie haben keinerlei Aussicht auf Erfolg. Aber wenn Sie trotzdem interessiert sind, dann bleiben Sie hier. Also: Üben wir immer Evolutionsdruck aus.

Hochschulen in den Fängen des Marktes

Perspektiven des Zugangs zu Forschung und Lehre im 21. Jahrhundert

Andreas Keller

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen wir in Mitten einer umfassenden Umstrukturierung des Hochschulwesens. Diesen Prozess können wir nicht nur hier in Deutschland beobachten, sondern sie weist eine internationale Dimension auf. Der Zugang sowohl zu Lehre und Studium als auch zur Forschung, den wichtigsten Leistungen des Hochschulsystems, ist unter diesen Voraussetzungen spezifischen Veränderungen unterworfen. Dies wird im Folgenden exemplarisch an der Diskussion um Studiengebühren (Zugang zu Lehre und Studium) sowie an der Reform des Hochschulpatentrechts (Zugang zu Forschung) aufgezeigt.

Dominantes Leitbild der gegenwärtigen Umstrukturierung des Hochschulsystems ist die marktgesteuerte Unternehmenshochschule. In Deutschland soll dieses neue Leitbild an die Stelle des Modells der Gruppenhochschule treten, das sich vor ca. 30 Jahren in den Ländern der damaligen Bundesrepublik, nach 1989 dann auch in den neuen Bundesländern in unterschiedlicher Ausprägung durchgesetzt hat.⁴¹

Die Umstrukturierung des Hochschulwesens zielt zunächst auf eine Neubestimmung des Verhältnisses von Hochschule und Staat ab – vordergründig im Sinne einer Stärkung der Autonomie der Hochschulen, insbesondere in finanziellen Angelegenheiten, also etwa durch die Globalisierung der Hochschulhaushalte. Die Umstrukturierung hat aber zugleich die Institutionalisierung eines marktförmigen Wettbewerbsmechanismus zum Ziel. In Systemen erfolgsorientierter Mittelvergabe sollen Hochschulen, Fachbereiche und Institute als Produzentinnen von Forschungs- und Lehrleistungen um staatliche Ressourcen konkurrieren, die ihnen in abhängig von der ihnen zugeschriebenen Leistung zugewiesen werden. Ergebnis des auf diese Weise simulierten Marktmechanismus ist nicht etwa eine Autonomie der Hochschulen, sondern eine spezifische Form von Heteronomie.

Als Kundinnen und Kunden der marktgesteuerten Unternehmenshochschule sollen schließlich die Studierenden eine marktadäquate Nachfrage entfalten: indem sie für den Erwerb der von den Hochschulen angebotenen Dienstleistungen Studiengebühren entrichten. Insofern sind Studiengebühren weit mehr als eine Antwort auf die desolante staatliche Hochschulfinanzierung: Sie komplettieren die marktförmigen Wettbewerbsmechanismen im Hochschulsystem.

Pendant zur Etablierung von Marktmechanismen ist eine an betriebswirtschaftlichen Kategorien ausgerichtete Neuordnung der Binnenstruktur der Hochschule nach dem Vorbild einer Unternehmensverfassung. Die Neubestimmung des Verhältnisses von Hochschulleitung und zentralem gewählten Vertretungsorgan der Hochschule (Akademischer Senat) orientiert sich an dem der Unternehmensorgane Vorstand und Aufsichtsrat in einer Aktiengesellschaft. Das Gleiche gilt für das Verhältnis entsprechender Organe auf Fachbereichs- bzw. Fakultäts-

⁴¹ vgl. Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte, Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinariatenuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts, Marburg 2000.

ebene (Fachbereichsleitung und Fachbereichsrat). Es geht also nicht nur um eine institutionelle Ausdifferenzierung von Grundsatzentscheidungen und Kontrollfunktionen, sondern um eine Beschränkung der gewählten Vertretungsorgane auf bloße Aufsichts- und Beratungsfunktionen.

Die Stärkung der Leitungsorgane richtet sich demnach nicht nur gegen die im Prinzip der Gruppenhochschule verkörperte Mitbestimmung der am Wissenschaftsprozess beteiligten Gruppen, sondern gegen die im Status der Hochschulen als Körperschaften verankerte Selbstverwaltung als solche. Es überrascht daher nicht, dass auch die Rechtsform der staatlichen Hochschulen als Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Disposition stellt. Darüber hinaus soll – nach dem so genannten „Prinzip der doppelten Legitimation“ – nicht mehr ein von den Hochschulmitgliedern gewähltes Vertretungsorgan, sondern ein externer Hochschulrat („Board“) die Funktion eines Aufsichtsrats wahrnehmen. Dem Hochschulrat gehören nach den dominanten Konzeptionen für eine Umstrukturierung der Hochschulen sachverständige „Persönlichkeiten“ aus Wissenschaft und Wirtschaft an.

Welche Konsequenzen hat die Umstrukturierung des Hochschulsystems für den Zugang zu den Hochschulen und zu den von ihnen erbrachten Leistungen in Lehre und Forschung?

Studiengebühren – Kundenpositionierung der Studierenden

Die Forderung nach Einführung von Studiengebühren ist Ausdruck eines bildungs- und wissenschaftspolitischen Paradigmenwechsels, der die Hochschulpolitik von Bund und Ländern seit Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts zunehmend beeinflusst. Leitbild dieses Paradigmenwechsels ist eine radikale Ökonomisierung und Privatisierung des öffentlichen Hochschulsystems, die Bildung und Ausbildung, Lehre und Studium zu „Waren“ und Studierende zu „Kunden“, zu Nachfragern auf einem Bildungsmarkt machen. Konsequenz dieser hochschulpolitischen Neupositionierung der Studierenden ist, dass diese als Kunden auch marktgerechte Preise für die nachgefragten Dienstleistungen entrichten bezahlen müssen.

Die anhaltende Auseinandersetzung um die Einführung von Studiengebühren hat insofern eine hervor gehobene Bedeutung für die Entwicklung des Hochschulsystems insgesamt: Ordnet sich die Hochschulpolitik der in anderen Politikfeldern dominanten Logik einer neoliberalen Deregulierung ein oder hält sie an sozialstaatlichen Grundsätzen und emanzipatorischen Reformalternativen fest?

Studiengebühren ersetzen den über ein „Recht auf Bildung“ vermittelten Zugang zu Lehre und Studium an den Hochschulen durch eine marktförmige Regulierung dieses Zugangs. Was bedeutet das im Einzelnen?

1. Der Einführung von Studiengebühren liegt ein neues Bildungsverständnis zugrunde, dem zu Folge Bildung nicht mehr entsprechend bisheriger volkswirtschaftlicher Überlegungen als öffentliches Gut, sondern als käuflich zu erwerbende Dienstleistung angesehen wird. Nicht mehr die Gesellschaft, sondern primär das sich qualifizierende Individuum sollen für die Finanzierung ihrer Bildung und Ausbildung verantwortlich sein. Es besteht die Gefahr, dass ausgehend von der In-Frage-Stellung der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums in weiteren Schritten für alle weiterführenden Bildungswege im sekundären und tertiären Bildungssystem – über die bestehenden Ansätze hinaus – eine generelle private Kostenbeteiligung durchgesetzt wird.
2. Studiengebühren lösen nicht etwa, sondern verschärfen das Problem einer ungleichen Verteilung der Lasten staatlicher Ausgaben. Der Ruf nach Studiengebühren wird heute

zunehmend damit begründet, dass unter den Bedingungen einer Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums Steuern zahlende Nichtakademiker die Ausbildung von Akademikern finanzierten. Dass diese Thesen selbst argumentationsimmanent auf falschen Berechnungen beruhen, hat erst kürzlich eine vom Deutschen Studentenwerk vorgelegte Studie nachgewiesen: Akademikerinnen und Akademiker zahlen nach ihrem Studium an den Staat weit mehr zurück, als ihre Ausbildung dem Staat gekostet hat.⁴² Unberücksichtigt bleibt aber darüber hinaus, dass zu den Nutznießern des Hochschulstudiums nicht nur die Hochschulabsolventinnen und -absolventen gehören, sondern die Gesellschaft insgesamt von deren Ausbildung profitiert. Speziell die Wirtschaft ist auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen und fragt diese in wachsendem Umfang nach. Das generelle Problem einer ungleichen Verteilung der Lasten öffentlicher Ausgaben und Investitionen kann allein durch eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Korrektur der Steuerpolitik des Bundes gelöst werden, welche Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entsprechend ihrem finanziellen Leistungsvermögen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen in die Pflicht nimmt. Studiengebühren hingegen würden einseitig und pauschal zukünftige Akademikerinnen und Akademiker – unabhängig von ihrer jetzigen und zukünftigen Leistungsfähigkeit und unabhängig vom individuell gar nicht zurechenbaren Nutzen – belasten. Das Argument, ohne Studiengebühren würde gleichsam „die Krankenschwester“ „dem Arztsohn“ die Ausbildung bezahlen, erweist sich im Ergebnis als ausgesprochen zynisch, weil es die Unterrepräsentanz einkommensschwacher Schichten an den Hochschulen zum Anlass für weitere soziale Zugangsbarrieren nimmt.

3. Studiengebühren sind sozial ungerecht, da sie zu einer Einengung des Hochschulzugangs und der Bildungschancen unmittelbar in Abhängigkeit von der finanziellen Leistungsfähigkeit studierwilliger Menschen bzw. deren Eltern führen. Die Einführung von Studiengebühren würde speziell Kinder von Eltern mit unterdurchschnittlichen Einkommen besonders benachteiligen, da für deren Familien die Gebührenzahlung eine sehr viel größere Belastung darstellt als für Kinder von Eltern mit überdurchschnittlichen Einkommen. Dies gilt aufgrund der spezifischen Sozialisation – hinsichtlich des Stellenwerts eines Hochschulstudiums für die persönliche Entwicklung – in besonderer Weise für Frauen sowie für Abkömmlinge so genannter bildungsferner Schichten. Insofern tragen Studiengebühren systematisch zur Reproduktion ökonomischer und sozialer Ungleichheit im Bildungssystem bei und untergraben die Chancengleichheit. Dasselbe gilt im Prinzip für angeblich sozialverträgliche Studiengebührenmodelle. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Studiengebühren letztlich die aufgrund des Fehlens einer wirksamen Ausbildungsförderung vorhandenen sozialen Ungerechtigkeiten verschärfen: Nur ca. eine/r von acht Studierenden beziehen derzeit Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).
4. Studiengebühren erhöhen nicht etwa den hochschulpolitischen Einfluss von Studierenden, sondern fördern im Gegenteil den weiteren Abbau von studentischen Partizipationsmöglichkeiten. Das durch verbindliche Ansprüche auf Mitbestimmung an der Hochschulselbstverwaltung geprägte Verhältnis von Studierendenschaft und Hochschule soll perspektivisch durch eine Marktbeziehung ersetzt werden, in der sich die Hochschulen als Anbieterinnen von ausbildungsbezogenen Dienstleistungen und die Studierenden als Kundinnen und Kunden gegenüber treten. Die durch Studiengebühren vermittelte Stärkung der Stellung von Studierenden würde sich dabei aber auf die Möglichkeit beschrän-

⁴² Richard Sturm/Gerhard Wohlfahrt: Umverteilungswirkung der öffentlichen Hochschulfinanzierung in Deutschland, Zusammenfassung eines Gutachtens im Auftrag des Deutschen Studentenwerkes, Graz 2000

ken, zwischen vorgegebenen Angeboten nach Maßgabe ihrer persönlichen Kaufkraft wählen zu können, ohne auf deren Zustandekommen Einfluss zu haben. Wer von der Konsumentensouveränität des „König Kunden“ schwärmt, darf nicht übersehen, dass die ökonomische Macht von Verbraucherinnen und Verbrauchern zum Einen eine Variable der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung darstellt und zum Anderen durch Kartell-, Oligopol- und Monopolbildung beeinträchtigt wird.

Die Reform des Hochschulpatentrechts – Optimierte Verwertung von Forschungsergebnissen

Der Deutsche Bundestag hat 2002 eine Reform des so genannten Hochschullehrerprivilegs im Arbeitnehmererfindungsgesetz aus dem Jahre 1957 verabschiedet.⁴³

Das Arbeitnehmererfindungsgesetz schreibt grundsätzlich vor, dass die von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während ihrer Arbeit gemachten Erfindungen vom Arbeitgeber verwertet werden können – unbeschadet einer angemessenen Vergütung für die Erfinderinnen und Erfinder. Das Gesetz sichert letztlich die im Kapitalismus geltende ökonomische Gesetzmäßigkeit, dass der beim Konsum der Ware Arbeitskraft entstehende Mehrwert dem Arbeitgeber zu Gute kommen muss. Das Hochschullehrerprivileg sieht nun aber vor, dass abweichend von diesem Grundsatz Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Universitäten ihre Erfindungen selbst verwerten dürfen. Zur Begründung wird das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit herangezogen. Für eine Reform dieses Privilegs spricht zunächst auch aus einer emanzipatorischen Perspektive Vieles:

1. Wir haben es mit einem Privileg der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu tun. Privilegien von Personengruppen, die andere, nicht privilegierte Gruppen ohne sachliche Gründe, also willkürlich, benachteiligen, sind aber nicht gerechtfertigt. So sehr besondere, wissenschaftsadäquate Regelungen für Hochschulen und Forschungseinrichtungen aufgrund der Geltung des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit gerechtfertigt sein mögen, so wenig ist die Bevorzugung einer bestimmten Gruppe von Trägern dieses Grundrechts legitim. Nicht nur Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, sondern das gesamte wissenschaftliche Personal, unter bestimmten Voraussetzung auch das nichtwissenschaftliche Personal, einer Hochschule kann das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit in Anspruch nehmen. Und: Nicht nur so genannte wissenschaftliche Hochschulen, also Universitäten, sondern alle Hochschulen, d.h. ausdrücklich auch Fachhochschulen, liegen im Anwendungsbereich des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit. Grundsätzlich nichts anderes gilt für die außerhochschulischen Forschungseinrichtungen.
2. Wir müssen dem Umstand Rechnung tragen, dass Erfindungen an Hochschulen in der Regel nicht nur dank der intellektuellen Kapazitäten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sondern auch unter Nutzung der von der öffentlichen Hand bereit gestellten wissenschaftlichen Infrastruktur – von der Schreibkraft über die Fachbibliothek bis hin zu Großgeräten in natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Laboren – zustande kommen. Es ist daher legitim, dass nicht nur Aufwand und Investitionen, die zu wissenschaftlichen Erkenntnissen führen, sondern auch Erträge und Erlöse, die sich daraus möglicherweise ergeben, sozialisiert werden, und nicht, wie es all zu häufig üblich ist, die Unkosten sozialisiert, die Gewinne aber privatisiert werden.

⁴³ Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen vom 18. Januar 2002 (BGBl. I, S. 414).

Allerdings wäre es falsch, die öffentlich finanzierten Hochschulen und das dort tätige Personal zur patentrechtlichen Verwertung ihrer Erfindungen zu zwingen. Der dem Bundestag vorliegende Gesetzentwurf der Regierung trägt diesen Bedenken zunächst dadurch Rechnung, dass Erfinder unter bestimmten Umständen das Recht haben sollen, ihre Erfindung geheim zu halten. Was den Erfindern aber nicht zugestanden wird, ist ein Recht, die Erfindung weder geheim zu halten, noch sie von der Hochschule patentieren und verwerten zu lassen, sondern sie durch eine Veröffentlichung der kommerziellen Nutzung ein für alle Mal zu entziehen. Die Erfinder müssen vor Veröffentlichung ihrer Erfindungen vielmehr ihren Dienstherren Gelegenheit geben, ein Patent anmelden zu können. Zwar soll den Erfindern das „nichtausschließliche Recht“ zugestanden werden, ihre Erfindungen im Rahmen ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit zu nutzen, aber eben nur, wenn eine gleichzeitige kommerzielle Nutzung ermöglicht wird.

Hierin sehe ich einen nicht zu gerechtfertigten Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit. Das Prinzip der Öffentlichkeit ist geradezu konstitutiv für den – insbesondere hochschulisch organisierten und öffentlich finanzierten – Wissenschaftsprozess, bei dem es sich entsprechend des neuzeitlichen aufklärerischen Wissenschaftsverständnisses um eine *res publica* handelt. Wir sollten daher die große Bedeutung der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen respektieren und nicht leichtfertigen ökonomischen Gewinninteressen oder dem internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte opfern.

Da die Bundesregierung im Zusammenhang mit ihrem Aktionsprogramm „Wissen schafft Märkte“ eine regelrechte „Verwertungs-offensive“ an den Hochschulen ausgerufen hat, möchte ich abschließend die Frage aufwerfen, ob die damit verbundenen Konsequenzen für die Hochschulentwicklung ausreichend reflektiert sind. Die Hochschulen sollen ja erklärtermaßen systematisch ermuntert werden, solche Forschungsschwerpunkte einzurichten und jene Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu berufen, die besonders hohe Patentierungs- und Verwertungserlöse für die Hochschulen versprechen. Die absehbare Folge wäre eine einseitige Anpassung der Hochschulentwicklung an das Kriterium der ökonomischen Verwertbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wir brauchen sehr wohl eine stärkere Öffnung der Hochschulen in die Gesellschaft, aber die Hochschulen dürfen nicht zu verlängerten Werkbänken und Labors der Industrie umfunktioniert werden.

Fazit

Die Diskussion um Studiengebühren und die Reform des Hochschulpatentrechts scheinen auf den ersten Blick völlig unterschiedliche Sachverhalte zu betreffen. Tatsächlich liegt ihnen ein innerer Sachzusammenhang zu Grunde. Sie sind beide Ausdruck der zunehmenden Marktregulierung hochschulpolitischer Prozesse. Sowohl der Zugang zu Lehre und Studium als auch der Zugang zur Forschung soll perspektivisch nicht mehr im Sinne einer weitest möglichen Öffnung politisch gesteuert, sondern ökonomischen Regulierungsmechanismen unterzogen werden. Konsequenz ist bei beiden Exempeln eine stärkere Orientierung des Handelns hochschulischen Akteure – Studierende wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – an der Verwertbarkeit ihrer spezifischen Beiträge zum wissenschaftlichen Arbeitsprozess.

Krise als Chance

Die Stunde der Erkenntnisinteressen

Marcel Lepper

„Von der Gelehrtenrepublik zum Dienstleistungsunternehmen?“, so betitelte Detlef Müller-Böling (CHE) das erste Kapitel seiner Programmschrift „Die entfesselte Hochschule“. Markt-orientierung – der Schlachtruf hallt durch die deutsche Universitätslandschaft, verbreitet unter den Leichtgläubigen Euphorie, unter den Besitzstandswahrern – und beileibe nicht nur unter ihnen – Angst und Schrecken.

Den Nachdenklichen scheint es unterdessen geraten, jenseits von anpassungsfreudiger und fortschrittsgläubiger Vollstreckungsbereitschaft einerseits und zukunftsblinder Verlustlarmoyanz andererseits eine „Entselbstverständlichung“, die gesellschaftlich längst stattgefunden hat, endlich fächerintern deutlicher zu thematisieren. Der entstandene Rechtfertigungsdruck bietet die Chance, sich über die grundsätzlichen Motivationen und gesellschaftlichen Verzweckungszusammenhänge von Forschungsarbeit klarzuwerden. Ein Plädoyer für die kritische Selbstbesinnung!

So grundlegender Natur nun die Frage nach dem Forschungsinteresse, der wissenschaftstheoretischen Matrix ist, so verdächtig oft wird sie tabuisiert – von einem sich seiner intellektuellen und materiellen Pfründe immer noch sicher wählenden Wissenschaftsbetrieb traditionellen Zuschnitts ebenso wie von einem fröhlichen Forschungshedonismus, der sich auf ein privatisiertes, exklusives Lustprinzip zurückzieht, das auf letzte Argumentationskompatibilität lächelnd Verzicht leistet.

Dahinter steht erstens eine dezidierte Reflexionsmüdigkeit. In *Le Métier de sociologue* (1968) ruft Pierre Bourdieu jenen Kranken ins Gedächtnis, von dem Freud berichtet, dass er seine Zeit mit dem Putzen seiner *Brille* verbräue, ohne sie je aufzusetzen. In der Tat: Nach der Epoche der großen Methodendiskussionen und kritisch-theoretischen Selbstanalyse hat die Frage nach den Erkenntnisinteressen den faden Beigeschmack des Überengagiert-Skrupulösen angenommen und steht längst selbst unter Ideologie- und Sabotageverdacht.

Zweitens hat in den letzten Jahren eine kurzatmige, schnelltaktige Präsentationskultur auch vom Wissenschaftssystem in einer Weise Besitz ergriffen, dass die Feuerpausen im Veröffentlichungskrieg bestenfalls noch Zeitressourcen zur Beschaffung von Munitionsnachschub, nicht aber für die strategische Grundsatzdebatte zu gewähren scheinen. Der radikale Zweifel als Tugend verliert sich im Hochglanzaktionismus der Selbstvermarktung.

Drittens schließlich hat sich ein fehlgeleiteter Erfolgsmythos etabliert, der auf einer desavouierenden Vulgärlesart des Humboldtschen Modells von Wissenschaft in „Einsamkeit und Freiheit“ beruht. „Weg von Humboldt“ – die nun ihrerseits schon einigermaßen abgestandene Innovationsrhetorik übersieht, dass Humboldts Konzept keineswegs im Pantheon angestaubter Idealismen, sondern an entscheidender Stelle in einem Modernisierungs- und Ausdifferenzierungsprozess zu verorten ist: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts richtet sich Wissenschaft als leistungsfähiges System erst ein – durch die Verselbständigung gegenüber zeitgleich geschal-

teten Systemen – Religion, Politik, Wirtschaft, Recht, Kunst. „Einsamkeit und Freiheit“ – nüchtern übersetzt: Unverzwecktheit – ist nicht die Maxime, die den Forscher in den Elfenbeinturm sperrt, sondern überhaupt erst die Bedingung der Möglichkeit wissenschaftlichen Handelns.

Eine ausdifferenzierte Gesellschaft leistet sich das System Wissenschaft als Wahrnehmungsapparat, Regulativ, langfristig bewährtes Verunsicherungsmoment. Die Funktion des Wissenschaftssystems besteht darin, Erkenntnisse zu produzieren und zu korrigieren, Erkenntnisse über das, was wir „Wirklichkeit“ nennen (Wahrheit zu suchen, würde Humboldt sagen). Eine solche Konstruktion ist nur möglich durch die Entkoppelung des systeminternen Codes von „wahr“ und „unwahr“ von systemexternen Codes („Macht“ oder „Ohnmacht“, „zahlen“ oder „nicht zahlen“). Wissenschaft ist Schutzraum, Spielraum, Denkraum, kalkuliertes Tabu. Der sofort zerstörerisch wirkende Eingriff von Nachbarsystemen ins System Wissenschaft zeugt nicht nur von heillosem Nichtverständnis des doch eigenhändig installierten Systemzusammenhangs, sondern widerspricht auch – im externen Code der Ökonomie gefasst – einem rationalen Kosten- und Nutzenkalkül: Die Reproduktion und Ausmultiplizierung des ohnehin schon Für-wahr-Gehaltenen ließe sich billiger haben. Die Dialektik einer solchen Modernisierung liegt in ihrer Selbstunterbietung: Was sich als konsequent vorwärtsgetriebene Ausdifferenzierung vermarktet, erweist sich als Unterschreitung und Rücknahme erreichter Differenzierungsleistungen.

Dass dem Religionssystem der Zugriff auf das System Wissenschaft weitgehend verweigert ist, scheint uns anders als noch den Menschen der Frühen Neuzeit als eine Selbstverständlichkeit. Dass aber Drittmittelfähigkeit grundsätzlich erst einmal ein ebenso systemfremdes Kriterium für systeminterne Selektionsmechanismen ist wie Dogmenkompatibilität eines war, würde nicht jeder Involvierte sofort zugeben. Dabei liegt doch weithin offen, wie etwa natur- und humanwissenschaftliche Forschung mit zunehmender Selbstverständlichkeit und Ausschließlichkeit als Zulieferbetrieb für lukrative Spitzentechnologie begriffen wird. Eine vordergründige Bestimmung von Anwendbarkeit verteilt vorschnelle Priorisierungen und setzt einschneidende Erwünschtheitsmarkierungen.

In einer besonders prekären Situation befindet sich unterdessen nicht zufällig das Kernstück des Humboldtschen Konzepts, die Philosophische Fakultät. In ihr ist ein Universalanspruch institutionalisiert, der schon um 1800, zu einem Zeitpunkt, als das Expertentum bereits weit ausdifferenziert war, längst nicht mehr heißen konnte, eine Gesamtheit von Weltwissen zu hüten. Vielmehr hat hier die Beobachtung zweiter Ordnung, die über Informationsmanagement hinausgehende übergreifende Reflexionskompetenz ihren besonderen Ort gefunden.

In diesen Tagen nun sieht sich angesichts immer unüberschaubarer werdender Wissensmassen einerseits und einer Tendenz zur eng spezialisierten Anwendungsorientiertheit der Wissensvermittlung andererseits die historische und philosophische, die kultur- und sozialwissenschaftliche Arbeit massivem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt – in Lehrplänen, in der Forschung, im Kulturbetrieb, in den Medien. Ihrer Selbstzweckhaftigkeit innerhalb eines humanistischen Bildungskanons beraubt, muss sie sich häufig genug auf politisch-soziale Sinnstiftungspotentiale abtasten und sich ein radikales Schlankheitsmaß verordnen lassen. Als Endprodukt ist eine Alibi-Kulturwissenschaft zu befürchten, die als zivilisatorischer Luxus im privaten und öffentlichen Haushalt figuriert.

Wissenschaft – und auch das ist eine keineswegs anachronistische Lehre aus Humboldt – heißt Verpflichtung, Verantwortungsübernahme für eine Gesellschaft – nach einem spezifischen Prinzip der Freistellung von Ressourcen für ein methodisches Durchbrechen des *business as usual*. Teil dieser Verantwortung kann, wenn nicht die heroische Außendruckresistenz, so doch immerhin die selbstbewusste Explizitmachung von deren Notwendigkeit sein.

Liste der Autoren und Vortragenden

Lothar Dünkel, Dr. sc., Technische Fachhochschule Berlin (TFH). E-Mail: duenkel.tfh-berlin@gmx.de

Klaus Fuchs-Kittowski, Prof. Dr., Informatikwissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Landesvorsitzender des Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) Berlin. E-Mail: fuchs@cs.tu.berlin.de

Andreas Keller, Dr., Politikwissenschaftler, Referent für Lehr- und Studienangelegenheiten an der Charité – Universitätsmedizin Berlin (Freie Universität/Humboldt-Universität) E-Mail: andreas.keller@medizin.fu-berlin.de

Jürgen Kocka, Prof. Dr., Historiker, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). E-Mail kocka@wz-berlin.de

Reinhard Kreckel, Prof. Dr., Direktor des HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung und Institut für Soziologie der Universität der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg, E-Mail: kreckel@soziologie.Universität-halle.de

Hubert Laitko, Prof. Dr., Philosoph und Wissenschaftstheoretiker, Berlin. E-Mail: laitko@hotmail.com

Marcel Lepper M.A., Studium der Geschichte und Philosophie, Doktorand in der Germanistik an der der FU Berlin. E-Mail: leppermarcel@aol.com

Werner Meske, Prof. Dr. sc., Ökonom und Wissenschaftsforscher, Leiter der Forschungsgruppe Wissenschaftstransformation am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. E-Mail: meske@wz-berlin.de

Hansgünter Meyer, Prof. em. Dr., Soziologe und Wissenschaftsforscher, 1. Vorsitzender des Wissenschaftssoziologie & -statistik e.V. (WiSoS) Berlin, Mitglied des HoF Wittenberg e.V., E-Mail: hg.em.meyer@t-online.de

Heinrich Parthey, PD Dr., Philosoph und Wissenschaftsforscher, Institut für Bibliothekswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. E-Mail: heinrich.parthey@rz.hu-berlin.de

Peer Pasternack, Dr., Politikwissenschaftler, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung im Senat des Landes Berlin. E-Mail: pasternack@hof.uni-halle.de

Annedore Schulze, Dr. habil., Psychologin, Berlin. E-Mail: ann-schu@abuaktu-online.de

Konrad Umlauf, Prof. Dr., Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bibliothekswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin

Rudolf Welskopf, Dr. sc., Soziologe, Mitglied des Vorstandes des WiSoS e.V. Berlin, E-Mail: mail@wisos.org

HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung

Das Institut

HoF Wittenberg ist das einzige Institut, das in den ostdeutschen Bundesländern Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge; gleichwohl beschränkt sich das Institut nicht auf die Untersuchung regionaler Entwicklungen.

1996 gegründet, knüpft HoF Wittenberg an eine Vorgängereinrichtung an: Die "Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst" hatte von 1991 bis 1996 die Neustrukturierung des ostdeutschen Hochschulwesens analysierend und dokumentierend begleitet.

Das Institut für Hochschulforschung Wittenberg wird gemeinsam vom Bund und vom Land Sachsen-Anhalt getragen. Es ist als An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert.

Am HoF arbeiten derzeit zwölf Wissenschaftler(innen), unterstützt von drei Bibliothekarinnen und zwei Verwaltungsangestellten. Geleitet wird das Institut von Prof. Dr. Reinhard Kreckel.

Das Programm

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. Hierzu erhebt HoF Wittenberg Daten, entwickelt theoretische Ansätze, stellt Informationen zur Verfügung, erarbeitet Prognosen, bietet Planungshilfen an und begleitet Hochschulreformprojekte. Das Institut betreibt sowohl Grundlagen- und historische Forschung als auch anwendungsorientierte Forschung sowie Projekte im Service- und Transfer-Bereich.

Vier Themenschwerpunkte strukturieren das Programm inhaltlich:

- Qualität,
- Steuerung,
- Transformation und
- Wissenschaftsinformation.

Die Projekte

Die laufenden Forschungsprojekte befassen sich mit:

- Universitäten im Kräftefeld Staat – Markt – Autonomie
- Zielvereinbarungen, Hochschulverträge und Hochschulsteuerung
- Organisationsreform an Hochschulen
- Qualität als Hochschulpolitik
- Qualifizierung des Hochschuleingangs
- Übergang von der Hochschule in den Beruf
- Qualifizierungs- und Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Geschlechterverhältnisse und Gender Mainstreaming an Hochschulen
- Regionale Nachfrage nach Hochschulbildung
- Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994
- Hochschulexpansion in 20. Jahrhundert
- Hochschulgeschichte der DDR und des früheren Ostblocks
- Hochschulentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten

- Erfassung und Aufbereitung von Hochschulstrukturdaten
- Hochschulbildungsfinanzierung unter Bedingungen von Transformation und Globalisierung
- DDR-Geschichte in den Lehrprogrammen deutscher Hochschulen
- Informations-Dokumentations-System Hochschule/Hochschulforschung

Publikationen

HoF Wittenberg gibt die Buchreihe *Wittenberger Hochschulforschung* heraus. Das Institut publiziert die Zeitschrift *die hochschule. journal für wissenschaft und bildung* (vormals *hochschule ost*). Ferner informiert der Instituts-Newsletter *HoF-Berichterstatter* zweimal im Jahr über die Arbeit am HoF. Projektergebnisse und Tagungsdokumentationen werden u.a. in den *HoF-Arbeitsberichten* veröffentlicht.

Zahlreiche der Publikationen können auch von den Internetseiten des Instituts herunter geladen werden: <http://www.hof.uni-halle.de>

Wissenschaftsinformation

HoF Wittenberg verfügt über eine Spezialbibliothek mit etwa 50.000 Bänden und ca. 180 Zeitschriften. Die Neuerwerbungen konzentrieren sich auf die Kernbereiche der Hochschulforschung sowie Fragen der Hochschultransformation in Ostdeutschland und Osteuropa. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten, die aus den Beständen des früheren Zentralinstituts für Hochschulbildung (ZHB/DDR) Berlin übernommen wurde. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.

Im Aufbau befindet sich ein integriertes Informations-Dokumentations-System zu Hochschule und Hochschulforschung, durch das künftig wissenschaftliche Erkenntnisse, laufende Projekte, Veranstaltungen sowie Institutionen, Experten und Links über das Internet rationell abgerufen werden können (URL: <http://ids.hof.uni-halle.de>). Das Projekt wird von der Volkswagenstiftung gefördert. An diesem Vorhaben sind zahlreiche Partner aus Hochschulen, hochschulforschenden Einrichtungen, Fachbibliotheken und Fachinformationseinrichtungen beteiligt.

Der Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg steht im Zusammenhang mit der Neubelebung des Universitätsstandorts. 1502 wurde die „Leucorea“, die Wittenberger Universität, gegründet. Nach mehr als 300 Jahren wurde 1817 durch die Vereinigung mit der Universität in Halle der Standort aufgegeben. In Anknüpfung an die historische „Leucorea“ ist 1994 eine gleichnamige Universitätsstiftung errichtet worden. Deren Räumlichkeiten beherbergen neben HoF Wittenberg weitere sieben wissenschaftliche Einrichtungen.

Bislang erschienene Arbeitsberichte:

- 1'97 Jahn, Heidrun: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*, 22 S.
- 2'97 Lischka, Irene: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten*, 33 S.
- 3'97 Buck-Bechler, Gertraude: *Zur Arbeit mit Lehrberichten*, 17 S.
- 4'97 Lischka, Irene: *Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland*, 15 S.
- 5'97 Burkhardt, Anke: *Stellen und Personalbestand an ost-deutschen Hochschulen 1995. Datenreport*, 49 S.
- 1'98 Jahn, Heidrun: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 40 S.
- 2'98 Lewin, Dirk: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse*, 44 S.
- 3'98 Jahn, Heidrun: *Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse*, 38 S.
- 4'98 Pasternack, Peer: *Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre*, 30 S.
- 5'98 Lischka, Irene: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten*, 43 S.
- 1'99 Buck-Bechler, Gertraude: *Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?*, 65 S.
- 2'99 Pasternack, Peer: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998*, 81 S., ISBN 3-9806701-0-4, €12,50.
- 3'99 Lewin, Dirk: *Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements*, 61 S.
- 4'99 Jahn, Heidrun: *Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung*, 35 S.
- 5'99 Lischka, Irene: *Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt*, 104 S.
- 6'99 Jahn, Heidrun / Kreckel, Reinhard: *Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie*, 72 S.
- 7'99 Alesi, Bettina: *Lebenslanges Lernen und Hochschulen in Deutschland. Literaturbericht und annotierte Bibliographie (1990 – 1999) zur Entwicklung und aktuellen Situation*. In Kooperation mit Barbara M. Kehm und Irene Lischka, 67 S., ISBN 3-9806701-1-2, €7,50.
- 1'00 Jahn, Heidrun: *Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen*, 65 S.
- 2'00 Burkhardt, Anke: *Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation*, 182 S., ISBN 3-9806701-2-0, €12,50.
- 3'00 Lewin, Dirk: *Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht*, 127 S.
- 4'00 Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/HoF Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg*, 83 S., ISBN 3-9806701-3-9, €7,50.
- 5'00 Lischka, Irene: *Lebenslanges Lernen und Hochschulbildung. Zur Situation an ausgewählten Universitäten*, 75 S.
- 1'01 Pasternack, Peer: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994*, 45 S.
- 2'01 Olbertz, Jan-Hendrik/Otto, Hans-Uwe (Hg.): *Qualität von Bildung. Vier Perspektiven*, 127 S., ISBN 3-9806701-4-7, €5,-.
- 3'01 Jahn, Heidrun: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 58 S.
- 4'01 Teichmann, Christine: *Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation*, 51 S.
- 5'01 Pasternack, Peer: *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Unt. Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, 131 S., ISBN 3-9806701-5-5, €5,-.
- 1'02 Kreckel, Reinhard/Pasternack, Peer: *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996-2001*, 79 S.
- 2'02 Kreckel, Reinhard/Lewin, Dirk: *Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt*, 42 S.
- 3'02 Lischka, Irene: *Erwartungen an den Übergang in den Beruf und hochschulische Erfahrungen. Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern*, 93 S.
- 4'02 Friedrich, Hans Rainer: *Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses*, 22 S. ISBN 3-9806701-6-3.
- 5'02 Teichmann, Christine: *Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten*, 42 S.
- 1'03 Reisz, Robert D.: *Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000*, 42 S.
- 2'03 Reisz, Robert D.: *Public Policy for Private Higher Education in Central and Eastern Europe. Conceptual clarifications, statistical evidence, open questions*, 34 S.
- 3'03 Lischka, Irene: *Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer – Juni 2003*, 148 S., ISBN 3-9806701-8-X, €10,-.
- 4'03 Bloch, Roland/Hüttmann, Jens: *Evaluation des Kompetenzzentrums „Frauen für Naturwissenschaft und Technik“ der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns*, 48 S.

Zweimal jährlich erscheinen die wissenschaftliche Zeitschrift des Instituts „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“ sowie der Newsletter „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Meldungen aus dem Institut.

Beim Beltz Verlag Weinheim/Basel gibt das Institut die Schriftenreihe „Wittenberger Hochschulforschung“ heraus.